



Bundeskriminalamt

COD-LITERATUR-REIHE

BAND 24

Bekämpfung des Rechtsextremismus – eine
gesamtgesellschaftliche Herausforderung

Eine Literatúrauswahl

COD - LITERATUR - REIHE
BAND 24

Bekämpfung des Rechtsextremismus – eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung

Eine Literatúrauswahl anlässlich der Herbsttagung 2012

Inhalt

Begleitwort	3
Literaturauswahl	5

Begleitwort

Mit einer Literatúrauswahl zur Herbsttagung 2012 wird die COD-Literatur-Reihe mit Band 24 fortgeführt. Die Beiträge wurden im Datenbestand des **Computergestützten Dokumentations-**systems für Literatur (COD-Literatur) recherchiert, für das derzeit mehr als 150 Fachzeitschriften und Buchreihen inhaltlich erschlossen werden.

Die Auswahl der Literatur zum Thema der diesjährigen Tagung „Bekämpfung des Rechtsextremismus - eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung“ orientierte sich an den Vorträgen der Tagung. Viele der Beiträge weisen eigene Literaturquellen nach, die dem Leser zusätzlich die Möglichkeit eröffnen, die Themen der Tagung weiter zu vertiefen.

Der Band zeigt eine Auswahl aus den Veröffentlichungsjahren 2001 bis 2012. Er beginnt mit den zeitlich aktuellsten Literaturquellen.

Alle Einzelbeiträge liegen auch in digitalisierter Form vor und können unter der u.a. E-Mail-Adresse bei der Literaturdokumentationsstelle angefordert werden.

Franziska Wallraff-Unzicker

Wiesbaden, November 2012

Bundeskriminalamt
KI 35-Literaturdokumentation
Tel: 0611-55-14050
Fax: 0611-55-45070

e-Mail: ki35Literaturdokumentation@bka.bund.de
<http://www.cod.extrapol.de>

Sommer, Bernd

Macht soziale Unsicherheit rechtsextrem? Ergebnisse empirischer Untersuchungen aus dem Zeitraum von 1996 bis 2008

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), 2012, Bd 5, S. 116-133
mit 37 QU

Der Verfasser fasst Ergebnisse einer Forschungsarbeit zum Verhältnis von sozialer Unsicherheit und rechtsextremen Einstellungen im vereinten Deutschland zusammen. In öffentlichen wie fachwissenschaftlichen Debatten ist die Annahme populär, dass Prekarisierungsprozesse einen "Nährboden" für rechtsextreme Orientierungen darstellen.

Durch die Auswertung verschiedener quantitativer und qualitativer Studien und Daten wird diese Annahme überprüft. Die Analyse zeigt, dass weniger die faktische sozioökonomische Lage (wie akute Arbeitslosigkeit) als vielmehr ein allgemeines Gefühl der Verunsicherung und wirtschaftliche Zukunftsängste einen Einfluss auf das Niveau rechtsextremer Orientierungen auszuüben scheinen. Ein zentrales Untersuchungsergebnis lautet demnach, dass zwar ein Zusammenhang zwischen sozialer Prekarisierung und der Entstehung und Verbreitung rechtsextremer Einstellungen besteht - jedoch nicht in der Pauschalität und Zwangsläufigkeit, wie häufig angenommen wird.

Rechtsextremistische Einstellung; Vorurteil; Fremdenfeindlichkeit; Ursachenforschung;
Erklärungsansatz; Soziale Situation; Sozialer Status; Arbeitslosigkeit; Wirtschaftsentwicklung;
Wirtschaftslage; Lebensstandard; Sozialer Faktor; Empirische Untersuchung;
Untersuchungsergebnis

Pfeiffer, Thomas

Islamfeindschaft als Kampagnenthema im Rechtsextremismus; Erfolgspotenzial, strategische Hintergründe und Diskurstechniken am Beispiel der NPD

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), 2012, Bd 5, S. 216-245
mit 59 QU

Die Agitation von NPD und „pro NRW“ im nordrhein-westfälischen Landtagswahlkampf gegen eine angebliche „Islamisierung“ Deutschlands, gegen Moscheebauten und für das Verbot von Minaretten ist als politische Kampagne mit mindestens zwei konkurrierenden organisatorischen Kernen zu verstehen. Diese Kampagne – ihr Erfolgspotenzial, ihre strategischen Hintergründe und Diskurstechniken – nimmt der Autor am Beispiel der NPD in den Blick. Im Rahmen einer Fallstudie analysiert er das Werbeschreiben, das die NPD im März 2010 an Schülervertretungen in Nordrhein-Westfalen verschickte. „Islamisierung“ ist für die NPD ein „Türöffner“-Thema, um weiterreichende fremdenfeindliche und rassistische Positionen zu vermitteln. Zudem hofft die Partei auf einen Mobilisierungs- und Einigungseffekt innerhalb des „nationalen Lagers“. In die islamfeindliche Kampagne fügt sich das Werbeschreiben an Schülervertretungen nahtlos ein, es ist auch typisch für die Ausrichtung der Partei auf junge Zielgruppen.

Getragen von einem möglichst schülernahen Stil, appelliert das Schreiben an ablehnende Stimmungen: gegen „den Islam“ und gegen „Politiker“. Den Feindbildern steht ein „Wir“-Gefühl gegenüber, das Musliminnen und Muslime ausschließt und mit dem Begriff der „deutschen Identität“ verbunden ist. Die rassistische Unterfütterung des Begriffs, den die NPD an anderer Stelle zu erkennen gibt, lässt der Brief allenfalls erahnen. Der Autor untersucht im Zusammenhang die Begriffe "Islamophobie" bzw. "Antimuslimismus".

Politische Partei; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Agitation; Rechtsextremistische Einstellung; Wahlkampf; Strategie; Feindbild; Islam; Politische Beeinflussung; Jugendlicher; Werbemethode; Aussageanalyse

ID-nummer: 20121378

Weckenbrock, Christoph

Zur Wesensverwandtschaft von NPD und NSDAP. Eine Analyse im Lichte des SRP-Verbotsurteils

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), 2012, Bd 5, S. 180-215
mit 117 QU

Ausgehend von der Annahme, dass ihre Ähnlichkeit mit der NSDAP ein Hauptargument für die Verfassungswidrigkeit der NPD war und ist, untersucht der Verfasser in Anlehnung an das Verbotsurteil der Sozialistischen Reichspartei (SRP) von 1952 den Grad der Wesensverwandtschaft zwischen den Parteien. Dabei konzentriert er sich in seiner Studie auf insgesamt acht Aspekte, die auch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zu Grunde lagen, als dieses die Wesensverwandtschaft von SRP und NSDAP feststellte. Die Anwendung der Grundsätze des Urteils auf die NPD kommt zu dem Ergebnis, dass diese mit der NSDAP wesensverwandt ist und - mit gewissen Einschränkungen - als eine nationalsozialistische Partei betrachtet werden kann. Besonders stark sind die Parallelen bei der "Reichsidee", der Sozial- und Wirtschaftspolitik und dem aggressiven Antisemitismus ausgeprägt.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Rechtsextremistische Organisation; Parteiverbot; Parteiprogramm; PartG; Verbotsverfahren; GG Art 21 Abs 2; Verfassungswidrigkeit; Nationalsozialismus; Ideologie; Propaganda; Rassismus; Antisemitismus

ID-nummer: 20121377

Jung, Walter

Positive Rekurse auf die Völkische Bewegung des Kaiserreichs und der Weimarer Republik innerhalb des aktuellen deutschen Rechtsextremismus; Über einen Aspekt rechtsextremistischer Traditionspflege und seine historisch-ideologischen Hintergründe

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), 2012, Bd 5, S. 134-179
mit 155 QU

Der Verfasser weist anhand von drei konkreten Beispielen nach, dass das Erbe der Völkischen Bewegung, eines historischen Vorgängerphänomens des deutschen Nachkriegsrechtsextremismus, bis heute zumindest in Teilen des aktuellen deutschen Rechtsextremismus präsent ist und tradiert wird. Darüber hinaus zeigt er auf, dass diese Präsenz und Tradition sich nicht auf ein reines, womöglich gar wertfreies Erinnern beschränken, das allein historischem Interesse entspringe. Sondern sie entpuppen sich schon bei halbwegs genauerer Analyse als positive Rekurse. In einem letzten Schritt wird herausgearbeitet, dass aufgrund des engen organisatorischen, personellen wie ideologischen Traditions- und Kontinuitätsverhältnisses beziehungsweise den Kongruenzen zwischen historischem Nationalsozialismus und Völkischer Bewegung als einem seiner direkten und wichtigsten Vorgängerphänomene, Wegbereiter und Ideologielieferanten diese positiven Rekurse - zumindest wohl in den meisten Fällen - als verschleierte, da die verbreitete Unwissenheit innerhalb der breiten bundesdeutschen Öffentlichkeit über die Völkische Bewegung bewusst einkalkulierender Neonazismus interpretiert werden können.

Historie; Weimarer Republik; Nationalsozialismus; Drittes Reich; Nachkriegszeit; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Neonazismus; Ideologie; Antisemitismus

ID-nummer: 20121381

Vierregge, Elmar

„Thor Steinar“. Eine Bekleidungsmarke zwischen sportlicher Straßenmode und rechtsextremistischer Szene

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), 2012, Bd 5, S. 281-309
mit 98 QU

Rechtsextremisten haben in der Vergangenheit mehrere Bekleidungsstile entwickelt, die ihnen zwar ein gemeinschaftliches modisches Auftreten ermöglichten, sie jedoch als Rechtsextremisten nach außen erkennbar machten. Als sich Mitte der 1990er Jahre der gesellschaftliche und behördliche Druck auf ihre Szene erhöhte, entstanden weniger fest organisierte Gruppierungen. In der Folge nahmen junge Szenenangehörige unauffälliger Bekleidungsstile an und bedienten sich dabei auch des 1999 entstandenen Textilherstellers „Thor Steinar“. Er offerierte vordergründig sportlich gestaltete „Streetwear“, machte sich aber durch Bezüge zur germanischen Mythologie oder durch Doppeldeutigkeiten im Bezug auf das „Dritte Reich“ für Rechtsextremisten interessant. Dies führte nicht nur zu publizistischen Reaktionen, sondern auch zu gewalttätigen Angriffen von „Antifaschisten“. Dennoch etablierte sich die Marke am Bekleidungsmarkt, wobei sie einen extremistischen Hintergrund leugnete, obwohl sie für Rechtsextremisten stilbildend wirkte.

Bekleidung; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gruppierung; Gesinnung; Historische Entwicklung; Markenzeichen

ID-nummer: 20121380

Busch, Christoph

Das Grün im Braun; Umweltschutz in den Parteiprogrammen der deutschen extremen Rechten

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), 2012, Bd 5, S. 246-280
mit 3 TAB, 83 QU

Der Autor untersucht, welche Bedeutung die rechtsextremen Parteien der Umweltpolitik in ihren Parteiprogrammen zumessen. Die Analyse zeigt, dass das umweltpolitische Programm bei den jeweiligen Parteien unterschiedliche Funktionen für die Parteien besitzt. Während es für die DVU und Pro NRW ausschließlich der Außendarstellung dient, erfüllt es bei der NPD und den REP auch den Zweck der Integration der Partei. Allerdings besitzt dieser Themenbereich bei allen rechtsextremen Parteien nur eine geringe Bedeutung.

Die inhaltlichen Positionen der Parteien unterscheiden sich stark.

Sie reichen von völkisch-antikapitalistischen Argumentationsmustern der NPD über christlich-konservative gemischt mit nationalistischen bei den REP bis hin zu konservativ-liberalen bei pro Köln. Obwohl die Parteien damit nicht an den nationalsozialistischen Ökologie-Diskurs anknüpfen, lässt sich die Umweltpolitik der extrem rechten Parteien kaum als Element einer inhaltlichen Modernisierung interpretieren. Vielmehr stellen die umweltpolitischen Positionen eine Anpassung der Programmatik unter Berücksichtigung der jeweiligen parteispezifischen Ausprägung des Rechtsextremismus dar.

Politische Partei; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextremismus; Umweltschutz; Umweltpolitik; Ökologie; Tierschutz; Parteiprogramm; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Deutsche Volksunion; Republikaner; Pro NRW

Grutzpalk, Jonas

„Taten statt Worte“; Fünf Thesen zum kommunikationslosen Terrorismus des NSU

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), 2012, Bd 6, S. 102-119
mit 41 QU

Terrorismus wird häufig als Kommunikationsform gedeutet. Das Kommuniqué, die Pressemitteilung, das Bekennerschreiben oder -video scheinen zum modernen Terrorismus unweigerlich dazu zu gehören.

Der „Nationalsozialistische Untergrund“ (NSU) hingegen schwieg. Der Autor versucht zu erklären, warum der NSU einen ungewöhnlich kommunikationsarmen Terrorismus betrieb. Dazu geht er mehreren Denkooptionen nach:

1. der NSU rechnete eigentlich mit einer wesentlich breiteren öffentlichen Reaktion auf seine Morde.
2. der NSU konnte gar nicht kommunizieren. Niemand in der Gruppe hatte jemals gelernt, an die breitere Öffentlichkeit heranzutreten.
3. der NSU war zufrieden mit einer überschaubaren Szeneöffentlichkeit.
4. der NSU folgte Vorbildern, die einen kommunikationslosen Terrorismus vorgemacht hatten.
5. der NSU sah sich als Teil eines dermaßen kolossalen apokalyptischen Endkampfes, dass eine Kommunikation aus seiner Perspektive gar nicht notwendig war.

Der Autor kommt zu dem Schluss, dass der NSU als gewalttätiges Sprachrohr einer neonazistischen Parallelgesellschaft auftrat, die sich aufgrund eines religioiden Sprachcodes und durch weitestgehende Isolierung einen eigenen Sinnkosmos geschaffen hatte, in dem die Terroranschläge logisch erscheinen, ohne dass weiter darüber hätte gesprochen werden müssen.

NSU; Rechtsterrorismus; Terrorismus; Kommunikationsform; Kommunikationsstil;
Öffentlichkeitsarbeit; Medienkompetenz; Isolation

Baron, Udo

Gemeinsamer Hass auf den Staat bei unterschiedlicher Ideologie; Links- und Rechtsautonome im Vergleich

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), 2012, Bd 5, S. 98-115
mit 45 QU

Autonome Bewegungen sind kein grundsätzlich neues gesellschaftliches Erscheinungsbild. Werden dem herkömmlichen Verständnis nach Autonome der linksextremistischen Subkultur zugeordnet, so haben sich mit den "Autonomen Nationalisten" (AN) in den letzten Jahren auch im Rechtsextremismus autonome Strukturen entwickelt.

Der Autor geht in vergleichender Perspektive den Ursprüngen, Zielsetzungen und Bündnispartnern der Links- und Rechtsautonomen nach. Vor allem die aktuelle Entwicklung wird dabei einer kritischen Analyse mit Blick auf das von ihr ausgehende Bedrohungspotential für den demokratischen Rechtsstaat unterzogen.

Es wird deutlich, dass beide sich nicht nur in Outfit, Symbolik und Verhaltensmustern ähneln, sondern sie auch inhaltlich der Hass auf die bestehende Ordnung und das Bestreben, diese gewaltsam zu überwinden, verbindet. Während aber Linksautonome eine kommunistische bzw. herrschaftsfreie Gesellschaft anstreben, verfolgen Rechtsautonome das Ziel einer ethnisch homogenen Volksgemeinschaft.

Autonome Gruppe; Subkultur; Erscheinungsform; Agitation; Ideologie; Linksextremismus; Rechtsextremismus; Bedrohungspotential; Rechtsstaat; Gesellschaftskritik; Gewaltbereitschaft

Pfahl-Traughber, Armin

Die neue Dimension des Rechtsterrorismus; Die Mordserie des „Nationalsozialistischen Untergrundes“ aus dem Verborgenen

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (II), 2012, Bd 6, S. 58-101
mit 92 QU

Im November 2011 wurde eher durch einen Zufall bekannt: Über 13 Jahre lang lebte eine kleine Gruppe von drei Rechtsextremisten im Untergrund (1998-2011) und ermordete in dieser Zeit mindestens zehn Menschen (2000-2007). Wie konnte die Existenz dieses - nach der Selbstbezeichnung „Nationalsozialistischen Untergrundes“ (NSU) - den Sicherheitsbehörden jahrelang verborgen bleiben? Die Gründe dafür können nicht allein, aber mit auf die besondere Dimension dieses Rechtsterrorismus zurückgeführt werden. In zweierlei Hinsicht handelt es sich um ein bislang unbekanntes Phänomen: Die Durchführung von Serien-Morden über mehrere Jahre gehörte bislang nicht zum Handlungsstil von deutschen Rechtsterroristen und auch das öffentliche wie sceneinterne Schweigen über die Taten stellt ebenfalls eine Besonderheit dar. Diese Erkenntnis ergibt sich aus einer vergleichenden Betrachtung des „alten“ und des „neuen“ Rechtsterrorismus, wobei diese über vier Kriterien erfolgt „der politische Hintergrund der Täter“, „die Auswahl der Opfergruppen“, „die Gewaltintensität der Handlungen“ und „die öffentliche Botschaft der Taten“.

NSU; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Einstellung; Mord; Serienstraftat; Terrorismus; Rechtsterrorismus; Definition; Tatmotiv; Zielsetzung; Opfergruppe; Gewaltkriminalität; Historische Entwicklung; Ideologie; Feindbild; Unterstützung; Finanzierung; Politische Beeinflussung; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Gewaltbereitschaft; Kommunikationsstil

Pfahl-Traughber, Armin

Extremismusintensität, Ideologie, Organisation, Strategie und Wirkung; Das E-IO-S-W-Schema zur Analyse extremistischer Bestrebungen

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), 2012, Bd 5, S. 7-27
mit 33 QU

Um die Besonderheiten extremistischer Organisationen zu erfassen, bedarf es konkreter Untersuchungskriterien zu ihrer Analyse. Dazu dient das E-IO-S-W-Schema, das aus den einzelnen Elementen "Extremismusintensität", "Ideologie", "Organisation", "Strategie" und "Wirkung" besteht. Es erlaubt darüber hinaus vergleichende Betrachtungen unterschiedlicher extremistischer Organisationen entweder aus einem Extremismusbereich oder aus verschiedenen Extremismusbereichen.

In der Abhandlung definiert der Verfasser die genannten einzelnen Kriterien in allgemeiner Form und benennt dabei weitere Kriterien spezifischer Form, welche als Messinstrumente zur Erfassung der fünf Elemente des E-IO-S-W-Schemas dienen. Dies wird jeweils auch anhand von Beispielen aus dem deutschen Links- und Rechtsextremismus erläutert. In gesonderten Fallstudien zur Analyse orthodox-kommunistischer Organisationen und Parteien und der Neonazis und Skinheads im Rechtsextremismus sowie anhand des Vergleichs von "Die Linke" und der NPD veranschaulicht er exemplarisch die Anwendung des Schemas.

Extremismus; Extremistengruppe; Linksextremismus; Rechtsextremismus; Ideologie; Organisationsstruktur; Gewaltbereitschaft; Politische Partei; Autonome Gruppe; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Deutsche Kommunistische Partei; Neonazistische Gruppe; Analyseverfahren

Hofsommer, Alexander

"Rechtsrock" und seine Strafbarkeit; Die strafrechtliche Relevanz rechtsextremistischer Musikgruppen unter besonderer Berücksichtigung der "Landser"-Urteile

Kriminalistik, 2012, 10, S. 620-624
mit 40 QU

"Rechtsrock" ist ein Sammelbegriff für das Wirken von diversen Musikgruppen in unterschiedlichen Musikgenres und unter Nutzung verschiedenster Musikstile, mit welchem das Ziel verfolgt wird, rechtsextremistische Feindbilder und Ideologiefragmente zu transportieren.

Während rechtsextremistisches Gedankengut in Deutschland nach 1945 zunächst allein mittels politischer Publizistik in Form von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern transportiert wurde, entstand in England die Idee, nationalistische und rassistische Ideologieelemente auch mittels Musik zu verbreiten, um so auch gezielt Jugendliche anzusprechen. Die Folge dieser Entwicklung ist, dass man aktuell ein breites Spektrum von Musik mit rechtsextremen Inhalten auch in Deutschland vorfinden kann. Trotz der Stilerweiterung der letzten Jahre ist in der heutigen Zeit die zu Rock- oder Hard Rock-Klängen vorgetragene Skinheadmusik immer noch dominierend, wenn es um die musikalische Verbreitung rechtsextremer Thematiken geht.

Um dem Phänomenbereich "Rechtsrock" staatlicherseits effektiv entgegenzutreten zu können, kommen Maßnahmen des Jugendschutzes, der politischen Bildung und der strafrechtlichen Verfolgung in Betracht. Es ist jeweils einzelfallbezogen zu prüfen, ob durch das Wirken von Musikern in verschiedensten Musikbereichen einschlägige strafrechtliche Tatbestände verwirklicht werden.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Musik; Musikszene; Propaganda; Strafbarkeit; Strafbarkeitsbedingung; StGB P 86; StGB P 130; StGB P 90 a; StGB P 90 b; StGB P 129

Bingöl, Askin

"Braune Kriegerinnen" für Volk und Vaterland; Harte Mädels oder Weichspülerinnen in zweiter Reihe?

Kriminalistik, 2012, 10, S. 615-619
mit 19 QU

Für die Betrachtung der weiblichen Vielfalt im Rechtsextremismus ist es nach Meinung der Autorin unerlässlich, zunächst einen Blick in die Vergangenheit zu werfen, um den Aktionsgrad von Frauen in der NS-Zeit zu beleuchten. Viele Frauen unterwarfen sich der nationalsozialistischen Ideologie und fügten sich in die Rolle der Mutter und "Gebäuerin" ein. Auf vielfältige Weise beteiligten sich Frauen tatkräftig an Tod und Elend. Ihre Rolle füllten sie zuweilen derart kalt und mörderisch aus, dass es schwer fällt, sie nur als "funktionierende Rädchen" zu verstehen.

Auch heute sind Frauen auf vielfältige Weise in rechtsextremen Strukturen aktiv. Ob in speziellen Frauenorganisationen, Parteien, Kameradschaften und anderen "Freien Kräften": Frauen fordern größere Teilhabe ein und wollen im Geiste der braunen Sache mitstreiten. Die Aktivistinnen lassen sich von ihren persönlichen Neigungen, Fähigkeiten und Möglichkeiten leiten und blenden hierbei die von vielen Rechtsextremisten postulierte Geschlechterideologie aus.

Weibliche Beteiligungsformen haben oft eine qualitative Scharnierwirkung, mit der die Frauen und Mütter in die Mitte der Gesellschaft hineinspielen, z.B. wenn sie in örtlichen Vereinen und Schulen Verantwortung übernehmen, Hausaufgabenhilfe anbieten. So gewinnen sie das Vertrauen ihrer Mitmenschen und schaffen mit rechtsextremen Freizeitangeboten "für die ganze Familie" ideologische Plattformen, auf denen Kinder in einer homogenen nationalistischen Atmosphäre erzogen werden können. Derartige Tendenzen sind in bestimmten Regionen Ostdeutschlands deutlich erkennbar.

Die Autorin mahnt, den Bedeutungs- und Einflussgrad von Aktivistinnen noch differenzierter zu betrachten, um Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und wirksam entgegenzutreten.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Frau; Nationalsozialismus; Ideologie; Erklärungsansatz; Tatbeteiligung; Selbstbild

Dienstbühl, Dorothee

**Die Verbindung vom islamischen Terrorismus zum Links- und Rechtsextremismus;
Berührungspunkte in extremistischen Ideologien**

Der Kriminalist, 2012, 7-8, S. 20-26
mit 1 BILD, 3 TAF, 41 QU

Die Attraktivität extremistischer Gruppierungen liegt vor allem in sehr einfachen Erklärungen für aufgezeigte Missstände und ebensolch anspruchslosen Lösungen. Allerdings offenbart ein Vergleich der jeweiligen ideologischen Grundlagen Ähnlich- und sogar Gemeinsamkeiten. Mitglieder von Al Qaida und anderen islamistischen Organisationen zeigen derweil Sympathien sowohl für links- als auch rechtsextremistische Inhalte. Linksautonome und Rechtsextremisten, die sich bevorzugt öffentlich und gewalttätig auseinandersetzen, besitzen neben dem gegenseitigen Feindbild weitere Berührungspunkte.

Um den Kenntnisstand über Extremismus in Deutschland näher zu erläutern, nimmt die Verfasserin zunächst Bezug auf die polizeiliche Erfassungsmethodik extremistischer Bestrebungen und die Kenntnisse des Verfassungsschutzes in Bund und Länder. Die Daten werden um Beobachtungen zu Gruppendynamiken und zur Medienpräsenz ergänzt und vor allem auf islamistischem Terrorismus bezogen. Um Vergleiche zwischen den extremen Strömungen ziehen zu können, werden politische Inhalte und Ziele sowie Gruppenstrukturen exemplarisch dargestellt. Obwohl eine eingehende Betrachtung schnell Unstimmigkeiten der extremistischen Inhalte offenbart, üben sie einen Reiz auf junge Menschen aus, der sich aktuell auszuweiten scheint. Dies gilt für alle extremistischen Lager. Im Radikalisierungsprozess von Jugendlichen und Heranwachsenden lassen sich weitere Gemeinsamkeiten feststellen. Dies legt die These nahe, dass die Richtung der Extremisierung das Ergebnis extrinsischer Gegebenheiten und Beeinflussung ist und nicht der Ausdruck ureigenster Überzeugung. Anhand dieser Vergleiche wagt sie ein Ausblick auf mögliche Interventionsprogramme.

Rechtsextremismus; Linksextremismus; Islamistischer Terrorismus; Extremistengruppe; Politisch motivierte Straftat; Politisch motivierter Täter; Radikalisierung; Ideologie; Feindbild; Fanatismus; Gruppenstruktur; Gruppengewalt; Gruppendynamik; Berichterstattung; Medienberichterstattung; Medienwirkung; Interventionsprogramm; Aussteiger

ID-nummer: 20120956

Pfahl-Traugher, Armin

Konzepte terroristischen Handelns im Rechtsextremismus; Eine vergleichende Analyse zu der Mordserie des NSU

Kriminalistik, 2012, 7, S. 436-440
mit 14 QU

Eine vergleichende Betrachtung zeigt, dass es sich beim Rechtsterrorismus des "Nationalsozialistischen Untergrunds" (NSU) um ein singuläres Phänomen handelt. Der Autor erläutert in kompakter Form die Singularität der NSU-Taten im Kontext der Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus. Dem folgt eine Auseinandersetzung mit den gemeinten Ansätzen, wozu das "Werwolf"-Konzept aus der Endphase des "Dritten Reichs", das "Eine Bewegung in Waffen"-Konzept aus dem deutschen Neonazismus, das "Leaderless Resistance"-Konzept aus dem US-amerikanischen Rechtsextremismus, das "Zone Wolf"-Konzept ebenfalls aus dem US-amerikanischen Rechtsextremismus und das Konzept des Einzeltäters in der Praxis in Norwegen und Schweden gehören. Diese Modelle werden jeweils analysiert: Erstens erfolgt eine Darstellung der prägenden Merkmale, zweitens geht es um einen Vergleich mit den Taten des NSU und drittens wird eine Prognose zur Wahrscheinlichkeit einer zukünftigen Umsetzung im deutschen Neonazismus gegeben.

Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremismus; NSU; Rechtsextremistische Einstellung; Terroranschlag; Mord; Terrornetzwerk; Historie; Neonazismus; Neonazistische Gruppe; Linksextremismus; Linksterrorismus; Rechtsterrorismus; Vergleich; Organisationsstruktur; Netzwerkanalyse

ID-nummer: 20120234

Logvinov, Michail

Rechtsextremistische Radikalisierung und Ursachen der Gewalt

Kriminalistik, 2012, 2, S. 117-121
mit 2 TAF, 38 QU

Die Ende 2011 bekannt gewordenen terroristischen Umtriebe des "Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU)" werfen erneut die Frage nach den Ursachen der rechtsextremistisch motivierten Gewalt in Deutschland auf. Welche Erklärungsansätze haben die Sozialwissenschaften zu bieten? Der Autor diskutiert die verbreiteten Interpretationen der Radikalisierungsprozesse im rechtsextremistischen Milieu und zeigt ihre Defizite sowie Stärken auf.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsterrorismus; Entstehungsbedingung; Radikalisierung; Erklärungsansatz; Gewaltursache; Identitätstheorie; Gruppendynamik; Soziales Lernen; Konstruktivismus; Hypothese; Gewaltforschung; Sozialforschung

ID-nummer: 20120335

Hotop, Reinhard

Eine Kleinstadt wehrt sich

CD Sicherheits-Management, 2012, 1, S. 59-62, 64-73
mit 6 BILD

Der Autor beschreibt die Bemühungen und Aktivitäten der thüringischen Kleinstadt Schleusingen sich gegen Neonazismus, der sich in der Stadt breit macht, zu wehren. Er untersucht die Vergangenheit seit den 1930-Jahren, die Entwicklung während der DDR-Diktatur und in der Nachwendezeit.

Neonazismus; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Organisation; Bürgerinitiative; Bürgerbeteiligung; Präventionsarbeit; Präventionskonzept; Gemeinde; Lagebild

ID-nummer: 20120334

Engels, Barbara

Virtuelle Vernetzung des Rechtsextremismus - Was tun?

CD Sicherheits-Management, 2012, 1, S. 48-54, 56-58
mit 8 BILD

In Deutschland gibt es unzählige Webseiten und Onlineplattformen rechtsextremistischer Gruppierungen, auf denen diese ihre ultranationalistischen, völkischen, demokratiefeindlichen Parolen publik machen können. Rechtsextreme können öffentliche Foren praktisch ungestört mit ihren fremdenfeindlichen Positionen füttern. Mit der zunehmenden Popularität sozialer Netzwerke wird das Internet zu einer Propagandaplattform für rechtsextremes Gedankengut. Was man gegen die Verbreitung rassistischer Parolen via World Wide Web machen kann, diskutierten engagierte Menschen, Rechtsextremismusforscher, Politiker und Medienmacher aus Deutschland, der Ukraine und Schweden in 2011 im Rahmen einer Veranstaltung der Friedrich Ebert Stiftung "Virtuelle Vernetzung des Rechtsextremismus. Was tun?" Dieser Beitrag stellt eine Dokumentation zur Berliner Konferenz der Friedrich-Ebert-Stiftung dar.

Rechtsextremismus; Propaganda; Internet; Soziales Netzwerk; Rechtsextreme Gruppierung; Politische Beeinflussung; Ideologie; Vernetzung; Kommunikationsmethode; Rechtsextremistische Einstellung; Neue Medien; Manipulation; Öffentliche Meinung; Medienforschung; Verbreitungsverbot; Internetplattform; Bekämpfungsstrategie

ID-nummer: 20120486

Schäfer, Markus

Staatliche Präventions- und Interventionsarbeit zur Bekämpfung des Rechtsextremismus

Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe - ZJJ, 2012, 1, S. 47-51
mit 8 QU

Im Januar 2009 hat die Bayerische Staatsregierung ein Handlungskonzept gegen Rechtsextremismus verabschiedet. Eine wesentliche institutionelle Säule dieses Handlungskonzepts ist die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus (BIGE), die am Landesamt für Verfassungsschutz angesiedelt ist und sich aus Mitarbeitern von Polizei und Verfassungsschutz rekrutiert. In dem Beitrag wird untersucht, wie sich diese staatliche Stelle in den vergangenen drei Jahren im Feld der Rechtsextremismus-Prävention etablieren konnte. Unter den Stichworten "Prävention" und "Intervention" werden dabei insbesondere die Vortrags- und Beratungstätigkeit, die Aufklärungsarbeit im Internet sowie das Bayerische Aussteigerprogramm thematisiert.

Rechtsextremismus; Präventionsansatz; Präventionskonzept; Extremismusbekämpfung; Interventionswirkung; Aussteiger; Beratungsstelle; Informationsangebot; Internetplattform; Jugendarbeit; Schule; Politische Bildung; Bayern; Landesamt für Verfassungsschutz

ID-nummer: 20120272

Bässmann, Jörg

Frühzeitige Intervention bei Radikalisierung; Erfahrungen aus dem britischen "Channel"-Konzept

Forum Kriminalprävention, 2012, 1, S. 42-44
mit 1 TAF

Das staatliche Interesse daran, politische Radikalisierungen zu erkennen und ihnen rechtzeitig entgegenzutreten zu können, ist nicht neu. Für die Kriminalprävention allerdings war politische Radikalisierung nach Erkenntnis des Autors lange Zeit ein Randthema. Am ehesten greifbar wäre es noch erschienen, wenn es darum gegangen sei, junge Menschen vor einer Hinwendung zum gewaltorientierten Rechtsextremismus zu bewahren. Diese Sichtweise habe sich radikal geändert mit den Terroranschlägen vom 11. September 2001 in New York und nachfolgend im März 2004 in Madrid und im Juli 2005 in London. Empirisch abgesicherte Informationen zur Prävention einer in extremer Gewaltkriminalität mündenden Radikalisierung lägen bislang nicht vor. Auf der Suche nach internationalen Beispielen guter Praxis für den "Infopool Kriminalitätsbekämpfung und Verkehrssicherheitsarbeit" des Bundeskriminalamtes ist der Autor jedoch auf den in diesem Beitrag beschriebenen Ansatz aus Großbritannien gestoßen, der ansatzweise sowohl Potentiale als auch Risiken präventionsbezogenen Handelns aufzeigt.

Radikalisierung; Rechtsextremismus; Interventionsstrategie; Sozialprävention; Frühwarnsystem; Rechtsextremistische Einstellung; Mündliche Äußerung; Politische Meinung; Ideologie; Präventionsprogramm; Kommunale Kriminalprävention; Sicherheitspartnerschaft; Evaluation; Großbritannien

Glitza, Klaus Henning

Die unendliche Geschichte; Der Fall NSU

CD Sicherheits-Management, 2012, 1, S. 30-34, 36-38, 40-44, 46-47
mit 7 BILD

13 Jahre lang zog eine dreiköpfige Rechtsterroristengruppe, die sich selbst "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) nannte, mordend und raubend durch Deutschland, ohne dass ihre Taten dem extremistischen Spektrum zugeordnet werden konnten. Der in diesem Beitrag chronologisch berichtete Fall NSU ist nicht nur eines der schlimmsten, sondern auch eines der rätselhaftesten Serienverbrechen der Nachkriegszeit und es steht zu befürchten, dass Vieles im Dunkeln bleiben wird.

NSU; Rechtsterrorismus; Terroranschlag; Serienmörder; Politischer Mord; Terrororganisation; Rechtsextreme Gruppierung; Terrorist; Terroristin; Tätertypologie; Biographie; Tatablauf; Ermittlungsfehler

Wagner, Bernd

Rechtsextremisten und Gewalt

CD Sicherheits-Management, 2012, 1, S. 18-28
mit 3 BILD

Von Rechtsextremen vertretene Theorien finden nach Bewertung des Autors nicht nur bei einschlägigen politischen Parteigängern Anhänger, sondern seien soziologisch gesehen recht breit angesiedelt und kein Monopol sogenannter randständiger Milieus. Besonders in der Jugend seien solche Vorstellungen angesagt und in verschiedene Zeitgeistmoden verpackt. Die ideologischen Haltungen hätten klare Konsequenzen. Je größer der Glaube an die völkischen und antidemokratischen Prinzipien, die gegen die universellen Menschenrechte gerichtet sind, desto konsequenter würde das eigene, sich zunehmend politisierende Handeln. Kriminalität würde als Heldentum geadelt, auch wenn es billiges Verbrechen bleibe. Die Sanktion des Staates verpuffe, wenn der Täter Inkarnierter der Ideologie bleibe. Er hätte sein Werk getan und würde es wieder tun, wenn der Glaube an die eigene Wirksamkeit nicht erschüttert sei. Ideologie und Glaube seien die ersten Bestimmungen des rechtsextremen Daseins. Sie würden durch die tätige Zugehörigkeit zu einer Gemeinschaft Gleichgesinnter und Gleichgestimmter komplettiert. Ihre Basis sei in der Gegenwart die Gruppe, nicht die Partei, die an anderer Stelle auftreten kann. Die kleine Gruppe sei die Basis für die moderne Organisationsweise der Netzwerke, vielschichtige Einheiten, nach dem Verschottungsprinzip organisiert. Dynamik und Statik wechselten in diesem System ständig ihre Plätze. Rechtsextreme Gewalt als kriminologische, sozialwissenschaftliche Kategorie sei keine allgemeine und profane Gewalt von orientierungslosen Adoleszenten und bildungsfernen Unterschichtlern. Rechtsextreme Gewalttäter attackieren, verletzen, töten Menschen aus dem völkisch-radikalen Prinzip des Kampfes heraus, aus dem sie allgemein einen motivationalen Grund für die Tat ziehen und ihr einen intentionalen Sinn geben kann. Seit 1990 wäre die terroristische Qualität, der terroristische Gehalt rechtsextremer Gewalt geleugnet oder politisch und sicherheitsfachlich banalisiert worden. Es hätte die Theorie gegolten, dass die Täterprofile und die Täterqualifikationen die Begehungsweisen der einzelnen Straftaten die Einordnung in einen Terrorismusbegriff nicht rechtfertigen könnten. Angesichts der Situation in Bezug auf den deutschen Rechtsextremismus nach der Vereinigung der deutschen Staaten hätte es nur zwei Antworten gegeben. Die eine laute: Die demokratische Kultur zu entwickeln. Die zweite laute: Den militanten Rechtsextremismus unmittelbar konsequent mit Wort und Tat geistig politisch und rechtsstaatlich zu bekämpfen. Strategisch sei die Orientierung der Förderung von Ausstieg aus dem Geist und den Strukturen des Rechtsextremismus in beiden Segmenten angesiedelt und fände im Ort, im Dorf und in der Stadt, im Alltag ihre Erfüllung. Ausstiegsarbeit gibt es im Kontaktkreis der heutigen bei EXIT-Deutschland Aktiven seit 1990. Zehn Jahre später wurde das heutige Format gegründet und die Arbeit systematisiert.

Rechtsextreme Gewalt; Ideologie; Rechtsextremismus; Weltanschauung; Gewaltbereitschaft; Politische Gewalt; Propaganda; Hassdelikt; Rechtsextremistische Einstellung; Gruppenstruktur; Terrornetzwerk; Rechtsterrorismus; Bekämpfungsstrategie; Aussteiger; Interventionsprogramm

ID-nummer: 20120079

Wehmann, Daniel

Alle Jahre wieder - Dresden im Ausnahmezustand; Die Soko 19/2

Kriminalistik, 2012, 1, S. 18-19
mit 2 BILD

In Dresden hat sich seit mehreren Jahren im Februar der europaweit größte Aufmarsch von Rechtsextremisten etabliert. Diesem begegnen tausende friedliche Gegendemonstranten. In diese bürgerliche Protestbewegung bindet sich zunehmend auch ein erheblicher Anteil gewalttätiger Linksextremisten ein. Dazwischen stehen regelmäßig mehr als 6.000 Polizistinnen und Polizisten aus ganz Deutschland. Am 19. Februar 2011 flogen Steine, Flaschen, Böller und Eisenstangen auf sie. Müllcontainer wurden angesteckt, Barrikaden errichtet, Menschen verletzt, Häuser beschädigt und Autos zerstört. Sachschäden in Höhe von mehr als 160.000 Euro wurden verursacht. Als Reaktion wurde die Sonderkommission "19. Februar" der Polizeidirektion Dresden (Soko 19/2) gegründet, deren Arbeit in diesem Beitrag beschrieben wird. Die Soko 19/2 bestand zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieses Beitrags aus 30 Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten. Ihr wurde als Aufgabe die beweissichere Aufklärung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten im Zusammenhang mit dem Einsatzgeschehen am 19. Februar 2011 zugewiesen.

Demonstrationseinsatz; Rechtsextremismus; Gegendemonstration; Linksextremismus; Gewaltausschreitung; Einsatzschilderung; Gewalt gegen Polizeibeamte; Sachbeschädigung; Tataufklärung; Videoaufzeichnung; Täteridentifizierung; Sonderkommission; Dresden

ID-nummer: 20120200

Häusler, Alexander

Die PRO-Bewegung und der antimuslimische Kulturrassismus

Polizei-heute, 2012, 1, S. 14-16, 21-24
mit 4 BILD

Die Muslimfeindlichkeit kennzeichnet eine spezifische Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Deutschland, die oftmals mit einem kulturell religiös verklausulierten Rassismus konform geht. Ein solcher Rassismus ist dadurch gekennzeichnet, dass das Kulturelle enthistorisiert, statisch verabsolutiert sowie ethnisiert und damit dem biologistischen Rassismus dienlich gemacht wird. Anstelle von "Ausländer raus" heißt es dann: "Abendland in Christenhand". Mit einer solchen Parole ging die FPÖ in Österreich in den Wahlkampf. In Deutschland war es die PRO-Bewegung, die mit diesem von der FPÖ übernommenen Slogan in den Landtagswahlkampf 2010 in Nordrhein-Westfalen gezogen ist. Das Feindbild Islam gilt als Erfolgsmotiv in der europäischen Rechten. Der Autor zeigt, wie die PRO-Bewegung versucht, als neue Sammlungsbewegung des Rechtsaußenlagers sich die politische Vorherrschaft auf dieses Kampagnenthema zu erkämpfen.

Fremdenfeindlichkeit; Islam; Rechtsextreme Gruppierung; Bürgerinitiative; Politische Partei; Vorurteil; Feindbild; Ethnische Gruppe; Religionsgemeinschaft; Rassismus; Kulturkonflikt; Propaganda; Rechtsextremismus

Glitza, Klaus Henning

Neuer Terror nach alten Rezepten; Das "Al-Qaida-Konzept" der Rechtsextremisten

W&S - Das Sicherheitsmagazin, 2012, 1, S. 14-15
mit 1 BILD, 1 TAF

Grundidee der im Beitrag am Beispiel der rechtsterroristischen Zelle "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) beschriebenen, in den 1960er-Jahren in den USA von Rechtsextremisten entwickelten und seit den 1990er im deutschen Rechtsterrorismus eingesetzten, klar ausformulierten "Phantom Cell Strategy" ist, mit einer Vielzahl autonom operierender Einzelaktivisten oder Kleinstgruppen den "führerlosen Widerstand" ("leaderless resistance") zu organisieren. Denn ein strukturell organisierter Extremismus, der nach der typischen Pyramidenstruktur hierarchisch aufgebaut ist, lässt sich mit nachrichtendienstlichen Mitteln sehr viel leichter aufklären als eine Vielzahl fanatisierter Einzelkämpfer oder autonomer Zellen, zu deren obersten Maximen die Konspiration zählt. Eine solche "Molekularstruktur" bedeutet aus Sicht des Autors für die Sicherheitsbehörden eine ernste Herausforderung. Vermutlich seien nicht alle dieser "Einheiten" terroristisch ausgerichtet. Zum Teil würden sie der konspirativen Weiterführung nach einem möglichen Verbot dienen. Doch Potenzial zum Terrorismus hätten auch diese Zellen.

Rechtsterrorismus; Terrornetzwerk; Autonome Gruppe; Gruppenstruktur; Rechtsextreme Gruppierung; Täterstrategie; Strukturanalyse; Hierarchie; Aufbauorganisation; Unabhängigkeit; Einzeltäter; Vernetzung; Guerillataktik; Konspiration

ID-nummer: 20120077

Scheidler, Alfred

Legaler Waffenbesitz für Neonazis?

Kriminalistik, 2012, 1, S. 8-13
mit 47 QU

Die Mitgliedschaft in Schützenvereinen oder Reservistenkameradschaften kann Rechtsextremisten den Weg öffnen, legal in den Besitz von Waffen zu gelangen, da sie als Sportschützen das für eine waffenrechtliche Erlaubnis erforderliche Bedürfnis (§ 8 WaffG) glaubhaft machen können. Neonazis, die bereits strafrechtlich in Erscheinung getreten und rechtskräftig verurteilt sind, besitzen

- wenn es sich um ein Verbrechen handelte, ansonsten abhängig vom Strafmaß
- unter Umständen nicht die erforderliche Zuverlässigkeit nach § 5 WaffG. Ansonsten kann die Zuverlässigkeit gern. § 5 Abs. 2 Nr. 3 WaffG fehlen, wenn sie einzeln oder als Mitglied einer Vereinigung Bestrebungen verfolgen oder unterstützen, die gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind. Die rechtsextremistischen Ideologien sind von derartigen Gesinnungen geprägt. Trotzdem reicht die Gesinnung alleine noch nicht, ebenso die bloße Mitgliedschaft in einer dementsprechenden Vereinigung, sondern es muss aktives Tun hinzukommen. Dies ergibt sich aus der gesetzlichen Formulierung "Bestrebungen verfolgen oder unterstützen" in § 5 Abs. 2 Nr. 3 WaffG. Angesichts des Bedrohungspotentials durch rechten Terrorismus sollte diese Voraussetzung nicht zu eng ausgelegt werden, so dass es nach der hier vertretenen Ansicht bereits ausreicht, wenn eine rechtsextremistische Gesinnung im Rahmen von Kundgebungen und Demonstrationen nach außen gegeben wird.

§ 5 Abs. 2 Nr. 3 WaffG steht nach der hier vertretenen, dem Bundesverwaltungsgericht folgenden Auffassung selbständig neben § 5 Abs. 2 Nr. 2b WaffG, so dass unzuverlässig in der Regel auch derjenige ist, der verfassungsfeindliche Bestrebungen im Rahmen der Mitgliedschaft in einer nicht verbotenen politischen Partei verfolgt.

Waffenbesitz; Waffenbesitzverbot; Neonazismus; Rechtsextremistische Organisation; Politische Betätigung; Verbotsgrund; Zuverlässigkeitsprüfung; Erlaubnispflicht; Parteizugehörigkeit; Rechtsanwendung; WaffG P 5

ID-nummer: 20120003

Holecek, Rüdiger

Terror aus dem braunen Sumpf

Deutsche Polizei, 2012, 1, S. 6-9
mit 3 BILD, 1 TAF

14 Jahre lang lebte ein rechtes Terror-Trio unbehelligt im Untergrund. Nach dem Stand der Ermittlungen waren sie für die sogenannten Ceska-Morde an neun Mitbürgern türkischer und griechischer Herkunft der Jahre 2000 bis 2006, den Mordanschlag auf zwei Polizisten in Heilbronn am 25. April 2007 sowie die Sprengsatzanschläge vom 19. Januar 2001 und vom 9. Juni 2004 in Köln verantwortlich. 500 Ermittler arbeiten an der Aufhellung der Hintergründe um die drei Terroristen. Sie werten vier Terabyte Daten auf sichergestellten Computern aus und untersuchen etwa 2.500 Asservate. 200 Hinweise gingen aus der Bevölkerung ein. Der Autor resümiert die derzeitige Lage in Deutschland im Bereich Rechtsextremismus.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextreme Gruppierung; Situationsbericht

Logvinov, Michail

"...denn neun sind nicht genug": der neue alte Rechtsterrorismus "Alidrecksau wir hassen dich"

Die Kriminalpolizei, 2012, 1, S. 4-8
mit 11 BILD, 1 TAB, zahlr. QU

Dass eine klandestine, militante und abgeschottete Zelle sich in deutschen rechtsextremistischen Milieus herausbilden könnte, galt bis zum Bekanntwerden der terroristischen Umtriebe des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) scheinbar als unmöglich. Umso größer war die öffentliche Bestürzung über die Morde an den türkischen und griechischen Kleinunternehmern sowie den Mordanschlag auf zwei Polizisten, die Uwe Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe zwischen 2000 und 2007 geplant, organisiert und/oder begangen haben. Außerdem war das Zwickauer Trio für Sprengstoffanschläge in den Jahren 2001 und 2007 und etliche Banküberfälle verantwortlich. Von allen Seiten hagelte es Kritik an den Verfassungsschutz- und Kriminalämtern, die es nicht vermocht haben, eine rechtsextremistische Motivation der Täter festzustellen und die Zelle zu identifizieren.

Das Werk dieser kleinen kriminellen Gruppe erwies sich als geplantes und gezieltes Ergebnis eines Netzwerkes aus Sympathisanten, Mitwissern und Unterstützern mit Verflechtungen in die NPD. Kaltblütige Exekutionen gehören allerdings nicht erst seit dem Bekanntwerden der NSU-Mordserie zur rechtsterroristischen Taktik. So hat das Mitglied der "Wehrsportgruppe Hoffman" Uwe Behrendt im Dezember 1980 den jüdischen Verleger Shlomo Lewin und seine Frau mit einer Maschinenpistole kaltblütig ermordet. Auch in diesem Fall suchte die Polizei den Mörder monatelang unter Angehörigen der Gemeinde und nicht im rechten Spektrum. Der Rechtsextremist Kai Diesner verletzte im Februar 1997 in Berlin-Marzan einen Buchhändler und PDS-Mitglied Klaus Batruschat. Der Mord an ideologischen und anderen "Feinden" ist somit in der rechten Szene nichts Neues.

Der angewandten Extremismusforschung wird in den kommenden Jahren die Aufgabe zukommen, die rechtsextremistischen Radikalisierungsprozesse und -ausprägungen mit innovativen Forschungsansätzen und Methodiken zu erklären. Denn die Annahme, es gebe keinen kausalen Zusammenhang zwischen rechtsextremer Einstellung und Gewalt(bereitschaft) scheint obsolet.

Rechtsterrorismus; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextreme Gruppierung; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Radikalisierung; Gewaltbereitschaft; Terroropfer; Mordopfer; Serienstraftat; Fremdenfeindliche Gewalt; Ausländerfeindlichkeit; Sicherheitsbehörde; Verfassungsschutzbehörde

Bramow, Marcus

Der Verein "Heimattreue Deutsche Jugend e. V."; Das Jugendschutzgesetz und die Rolle der Polizei am Beispiel Mecklenburg-Vorpommerns

Kriminalistik, 2012, 1, S. 3-7
mit 65 QU

Am 1. September 2010 bestätigte das Bundesverwaltungsgericht das am 31. März 2009 durch den damaligen Bundesinnenminister Schäuble ergangene Verbot des Vereins Heimattreue Deutsche Jugend e.V. [HDJ). Begründet wurde die Entscheidung seinerzeit damit, dass der Verein "Einfluss auf Kinder und Jugendliche durch Verbreitung völkischer, rassistischer, nationalistischer und nationalsozialistischer Ansichten im Rahmen vorgeblich unpolitischer Freizeitangebote nehme und (...) Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus propagiere."

Der Beitrag beleuchtet die HDJ als Organisation, ihre Ideologie und ihre spezifische Vorgehensweise. Anhand der Aktivitäten der HDJ in Mecklenburg Vorpommern stellt der Verfasser den Bezug zur Polizeipraxis her. Dabei geht er im Rahmen der Erörterung einer Möglichkeit polizeilicher Intervention ausführlich auf die enge Verzahnung zwischen allgemeinem Polizeirecht und Jugendschutzgesetz ein.

Mecklenburg-Vorpommern; Rechtsextreme Gruppierung; Neonazistische Gruppe;
Jugendorganisation; Ideologie; Propaganda; Jugendschutz; JÖSchG; Polizeirecht; SOG MV;
Gefahrenabwehr

Schellenberg, Britta

Die radikale Rechte in Deutschland

Polizei-heute, 2012, 1, S. 2-13
mit 2 BILD, 1 KT, 29 QU

Deutschland wird als Nation aufgrund seiner nationalsozialistischen Vergangenheit mit dem Thema Rechtsextremismus verbunden. Das nationalsozialistische Deutschland hat die Ideologie der Ungleichwertigkeit und die Auslöschung als unwert definierten Lebens propagiert und umgesetzt. Der Holocaust und seine systematische Vorbereitung, aber auch das Wegschauen Vieler hat sich als Schreckensbild und Warnung in europäische Geschichtsbücher eingeschrieben. Warum gelingt es heute keinen rechtsextremen Parteien mehr, in den Deutschen Bundestag einzuziehen -während in vielen Parlamenten Europas rechtsradikale Parteien sitzen? Wie hat sich der deutsche Rechtsextremismus in den vergangenen Jahren entwickelt? Was ist sein aktuelles Erscheinungsbild und welche Tendenzen lassen sich verzeichnen?

Im ersten Teil des Beitrages analysiert die Verfasserin die zentralen Akteure des Rechtsradikalismus in Deutschland: zuerst politische Parteien und ihre Wähler, dann bewegungsförmige Organisationen und subkulturelles Milieu. Im zweiten Teil werden dann Einstellungen in der Bevölkerung und öffentliche Diskurse, die sich als affin zum Rechtsradikalismus erweisen, beleuchtet. Im dritten Teil schließlich geht es ihr um die Frage, wie real und tragfähig eine transnationale Vernetzung der radikalen Rechten ist. Abschließend werden die Befunde ausgelotet und die aktuelle Bedrohung der pluralen und demokratischen deutschen Gesellschaft durch die radikale Rechte diskutiert.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsradikalismus; Neonazistische Gruppe; Politische Partei; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Deutsche Volksunion; Republikaner; Autonome Gruppe; Parteiprogramm; Radikalisierung; Subkultur; Ausländerfeindliche Straftat; Antisemitismus; Vernetzung

ID-nummer: 20110796

Kock, Sonja; Köhler, Andreas

Der neue Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der politisch motivierten Kriminalität-rechts-; Polizeiliche Gegenwirkungsstrategien im Bereich Rechtsextremismus

Neue Kriminologische Schriftenreihe,

Gewaltdelinquenz - Lange Freiheitsentziehung - Delinquenzverläufe, 2011, Bd 113, S. 197-205

Wirtschaftskriminalität - Gewaltdelinquenz: Aktuelle Entwicklungen und Präventionen, Gießen; BR Deutschland, 2009 [17.09.-19.09.]

mit 3 TAF

In Relation zum Aufkommen an Gewaltdelikten in Deutschland insgesamt, handelt es sich bei politisch motivierter Gewaltdelinquenz, rein quantitativ um einen eher marginalen Bereich der Kriminalität. Vor dem Hintergrund, dass im Jahr 2008 die seit dem Jahr 2005 auf hohem Niveau befindlichen Fallzahlen der PMK-rechts- gestiegen waren, und erstmals seit 2004 wieder Menschen ihr Leben infolge rechter Gewalt verloren wurde ein Maßnahmenkatalog ergänzt durch Handlungsempfehlungen vorgelegt.

Im Ergebnis hat der Polizeiliche Staatsschutz mit dem Maßnahmenkatalog und den Handlungsempfehlungen verbesserte Instrumente zur Bekämpfung der PMK-rechts- eingeführt, die zudem eine lageangepasste Fortschreibung der Maßnahmen ermöglichen.

Der neue Maßnahmenkatalog basiert auf einem Zwei-Säulen-Konzept, das zum einen Handlungsempfehlungen, die kriminalpolitische Aspekte beinhalten (Handlungsbedarf, Handlungsempfehlung, Status der Umsetzung), zum anderen den (neuen) Maßnahmenkatalog der sich auf die kriminalpolizeilichen Aspekte (Interventionen, Strafverfolgung, etc.) konzentriert, umfasst. Im neuen Maßnahmenkatalog zur Bekämpfung der PMK-rechts- wurde auch die Einbeziehung von Wissenschaft und Forschung berücksichtigt.

Staatsschutzkriminalität; Politisch motivierte Straftat; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gruppierung; Kriminalitätsanstieg; Kriminalitätsentwicklung; Polizeiliche Maßnahme; Polizeiaufgabe; Maßnahmenkatalog

ID-nummer: 20120570

Schaefer, Hans Christoph

Ist die Justiz auf dem rechten Auge blind? Vom Umgang der Justiz mit rechtsextremistischen Straftätern

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,

Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz; Antisemitismus im Extremismus, 2011, Bd 4, S. 186-201

mit 36 QU

Der Autor untersucht die Frage, wie die Justiz mit dem Phänomen des Rechtsextremismus umgeht, wie sie dem rechtsextremen und ausländerfeindlichen Straftäter begegnet und in der Vergangenheit begegnet ist. Dazu gibt er einen Rückblick auf die historische Entwicklung, untersucht den Umgang der Justiz mit dem Linksterrorismus sowie den juristischen und politischen Umgang mit dem Rechtsextremismus. Abschließend bewertet er den Beitrag der Strafjustiz zum Umgang mit dem Rechtsextremismus.

Justiz; Richter; Staatsanwaltschaft; Strafsanktion; Sanktionierung; Sanktionspraxis; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremismus; Politisch motivierter Täter; Politisch motivierte Straftat; Linksextremismus; Historische Entwicklung

Becker, Reiner

Weg vom Schlägerimage? Zur Strategie erlebnis- und anerkennungsorientierter Angebote der extremen Rechten

Neue Kriminologische Schriftenreihe,

Gewaltdelinquenz - Lange Freiheitsentziehung - Delinquenzverläufe, 2011, Bd 113, S. 185-195

Wirtschaftskriminalität - Gewaltdelinquenz: Aktuelle Entwicklungen und Präventionen, Gießen; BR Deutschland, 2009 [17.09.-19.09.]

mit zahlr. QU

Die rechtsextreme Jugendkultur mit ihren Cliques ist aus Sicht des Autors nicht per se mit dem organisierten rechtsextremen Spektrum gleichzusetzen. Allerdings stellen solche rechten Jugendcliques ein wichtiges Rekrutierungspotential für die organisierte extreme Rechte dar. Dabei erprobt die rechtsextreme Szene neue niedrighschwellige Formen der Ansprache (z.B. Web 2.0; Schulhof CD etc.) und agiert dabei oftmals "bürgerlich" und unauffällig. Spreche man dabei nur von Strategien der extremen Rechten, so ignoriere man die ernsthafte Motivation der Rechtsextremisten, (junge) Menschen für ihre Sache zu gewinnen. Es stelle sich die Frage, was den Kern der Gemeinschafts- und Erlebnisangebote der extremen Rechten ausmacht. Die Antwort falle nicht schwer, denn es ist nicht nur das Ziel dieser Bestrebungen, selbst in der Gesellschaft anerkannt zu werden, sondern vielmehr auch selbst Anerkennung denen anzubieten, die im Fokus ihrer Rekrutierungsstrategien stehen. Es stelle sich die Frage, wie viele Menschen Anerkennung als soziale Wertschätzung nicht (mehr) erfahren und von gesellschaftlicher Teilhabe ausgeschlossen sind, auch weil viele zivilgesellschaftliche oder politische Kräfte (Kirchen, Parteien, Vereine, Gewerkschaften, Verbände), die solcherlei Anerkennung aussprechen könnten, im Zuge des gesellschaftlichen Wandels und der zunehmenden gesellschaftlichen Fragmentierung (Individualisierung) an vielen Orten nicht mehr präsent sind. Unter solchen Umständen könnten dann auch die Angebote zur Teilhabe an der "Volksgemeinschaft" einen völlig anderen Nährboden finden. Dies bedeute, dass der erste Schritt in der Auseinandersetzung mit dem jugendlichen Rechtsextremismus nicht nur darin besteht, sich "gegen" Rechtsextremismus auszusprechen, sondern vielmehr selbstkritisch zu überprüfen, ob die eigenen Anerkennungsangebote noch stimmen.

Rechtsextremistische Organisation; Jugendarbeit; Politische Beeinflussung; Rechtsextremismus; Jugendlicher; Nachwuchswerbung; Rechtsextreme Gruppierung; Propaganda; Jugendgruppe; Jugendkultur; Anerkennung; Soziale Integration; Rechtsextremistische Einstellung; Ländliches Gebiet; Strategie; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Kommunikationsmethode

Pfahl-Traughber, Armin

Antisemitisch motivierte Straftaten von Beleidigungen bis zu Gewalttaten; Eine Analyse zu Ausmaß, Deliktarten, Entwicklung und Tätern

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz; Antisemitismus im Extremismus, 2011, Bd 4, S. 170-185
mit 42 QU

Angesichts des historischen Hintergrunds Deutschlands verdienen Ausmaß, Formen und Täter antisemitisch motivierter Straftaten von Beleidigungen bis zu Gewalttaten kritische Aufmerksamkeit.

Um Einschätzungen über Ausmaß, Delikte, Entwicklung und Täter formulieren zu können, geht der Autor wie folgt vor: Zunächst gibt er eine Basisinformation über die Erhebung von Daten zu antisemitisch motivierten Straftaten (2.), und deren Entwicklung und Typen (3.). Danach wird anhand von konkreten Beispielen aufgezeigt, welche Formen von antisemitisch motivierten Straftaten es gibt. Hierbei erfolgt eine Aufteilung nach Straftaten mit (4.) und ohne Gewaltbezug (5.). Sodann erläutert er die Besonderheiten der Täter, etwa hinsichtlich Alter, Geschlecht und Motivation. Polizeiliche (6.) und wissenschaftliche Erkenntnisse (7.) liefern hier nur begrenzte, aber doch interessante Informationen. Dem folgend gilt die Aufmerksamkeit den Schändungen jüdischer Friedhöfe sowohl in der "alten" Bundesrepublik (8.) und der früheren DDR (9.) wie in der Zeit nach der Wiedervereinigung (10.). Abschließend geht der Blick auf aktuelle Fälle antisemitisch motivierter Straftaten (11.).

Die Aussagen über die Entwicklung antisemitisch motivierter Straftaten stützen sich auf die Statistiken der Polizeibehörden.

Antisemitismus; Politisch motivierte Straftat; Deliktart; Politisch motivierter Täter; Historische Entwicklung; Kriminalitätsanalyse; Statistische Angaben; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung

Baier, Dirk

Rechtsextremismus unter deutschen Jugendlichen

Neue Kriminologische Schriftenreihe,

Gewaltdelinquenz - Lange Freiheitsentziehung - Delinquenzverläufe, 2011, Bd 113, S. 167-184

Wirtschaftskriminalität - Gewaltdelinquenz: Aktuelle Entwicklungen und Präventionen, Gießen; BR Deutschland, 2009 [17.09.-19.09.]

mit 3 TAB, 2 TAF, 2 QU

Am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) wurde in den Jahren 2007 und 2008 erstmalig eine Studie zum Dunkelfeld rechtsextremen Verhaltens durchgeführt, wobei sich auf die Untersuchung von Jugendlichen beschränkt wurde; Vergleichsdaten aus älteren Befragungen liegen nicht vor. Anliegen des Beitrags ist es, wesentliche Erkenntnisse zur Verbreitung und zu den Bedingungsfaktoren des Rechtsextremismus unter deutschen Jugendlichen vorzustellen. Ziel der Schülerbefragung war es, ein deutschlandweit repräsentatives Bild zum delinquenten, insbesondere gewalttätigen Verhalten von Jugendlichen zu erstellen. Hierfür wurden in 61 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten 44.610 Jugendliche der neunten Jahrgangsstufe befragt.

Methodisch wurde auf dem Weg der schulklassenbasierten Befragung vorgegangen, d.h. die Befragungen wurden in den Gebieten in ca. jeder zweiten bzw. (in Großstädten) jeder sechsten zufällig ausgewählten Schulklasse durchgeführt, jeweils im Klassenverband und in Gegenwart eines Lehrers und eines eigens geschulten Testleiters. Die Rücklaufquote der Befragung beträgt 62,1 %. Da nicht in allen Gebieten eine exakte Abbildung der Verhältnisse der Grundgesamtheit im Hinblick auf die Schulform-Zusammensetzung erreicht werden konnte, wurde ein Gewichtungsfaktor gebildet.

Rechtsextremismus; Ausländerfeindlichkeit; Ausländerfeindliche Straftat; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Jugendlicher; Schüler; Befragungsergebnis; Befragungsmethode; Geschlechterverhältnis; Schulform; Regionalvergleich; Bildung; Familienstruktur; Persönlichkeitsstruktur; Erklärungsansatz

Vierregge, Elmar

2000 Jahre Varusschlacht - Welche Bedeutung hat Arminius für den Rechtsextremismus?

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, 2011, 1. Halbbd., S. 165-172

mit 26 QU

Obwohl sich Rechtsextremisten bei ihrer Beschäftigung mit der deutschen Geschichte auf das Dritte Reich konzentrieren, thematisieren sie zuweilen auch frühere Zeitabschnitte. Das trifft auch auf den Germanen Arminius zu, der vor 2000 Jahren in der Varusschlacht drei römische Legionen vernichtete. Die rechtsextremistische Szene beschäftigt sich zwar permanent mit den Germanen, insbesondere mit ihrer Mythologie, thematisierte Arminius vor 2009 aber nur gelegentlich. Das Interesse der Szene stieg jedoch im Jubiläumsjahr rapide. Die wichtigsten Zeitschriften stellten Arminius in zentralen Beiträgen vor, Vorträge wurden organisiert und Demonstrationen bezogen sich auf den Cherusker. Die ideologische Vereinnahmung stützte sich auf den erfolgreichen Abwehrkampf der von Arminius geführten Germanen gegen eine in das eigene Land eingedrungene Großmacht. Dies bot der Szene den Vorteil, sich auf einen legitimen Widerstandskampf berufen zu können. Doch dabei blieb es nicht, denn mit der Gleichsetzung von Römern und Amerikanern diente Arminius als Plattform, um grundsätzliche Einstellungen sowie die Absicht zur Veränderung der gegenwärtigen Verhältnisse auszudrücken. Dabei sehen sich die Rechtsextremisten, im Rahmen ihrer selektiven Geschichtsbetrachtung, als in der Tradition des Cheruskers stehend und geben sich als Wahrer seines Erbes.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Historie; Mythos; Vorbildfunktion; Ideologie; Fremdenhass; Einwanderungspolitik

Botsch, Gideon; Kopke, Christoph

**Das Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und Staat in der Abwehr des Rechtsextremismus;
Erfahrungen aus dem Land Brandenburg**

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, 2011, 1. Halbbd., S. 151-163

mit LITVZ S. 159-163

In der Vergangenheit war Brandenburg das Land mit den meisten bekannt gewordenen Mordtötungen im Zusammenhang mit rechtsextremen oder fremdenfeindlichen Übergriffen. Zählt man die entsprechenden Fälle in Berlin hinzu, so muss man fast schon von einem spezifischen Problem der Hauptstadtregion sprechen, wo seit 1990 etwa 30% der entsprechenden Taten verübt wurden.

Allein in Brandenburg handelt es sich, je nach Zählung, um etwa 20-25%, in einzelnen Jahren zwischen 40 und 60% der bundesweit bekannt gewordenen Fälle. Angesichts der hohen Gewaltneigung rechtsextremistischer bzw. rechtsextremistisch beeinflusster Gruppierungen und Cliquen sind auch für die kommenden Jahre weitere Tötungsdelikte zu befürchten.

Auch bei Wahlen erzielten rechtsextreme Parteien immer wieder vergleichsweise hohe Erfolge. In zahlreichen Landkreisen und Kommunen sitzen inzwischen Rechtsextremisten in den Volksvertretungen. Das Personenpotenzial ist immer noch sehr hoch und wächst nach den Erkenntnissen der Verfassungsschutzbehörde an.

Um der Entwicklung entgegenzuwirken hat das Land Brandenburg in den vergangenen Jahren relativ erfolgreich Strukturen und Maßnahmen gefördert und entwickelt, um Rechtsextremismus abzuwehren und die demokratische Zivilgesellschaft zu fördern.

Zu den Kernelementen zählen: Akzeptanz des Problems und Bearbeitung als gemeinsame Querschnittsaufgabe aller Ministerien und weiterer staatlicher Institutionen; Mobilisierung und Unterstützung breiter zivilgesellschaftlicher Initiativen; konsequentes polizeiliches Handeln und harte, aber rechtstaatliche Sanktionierung kriminellen Verhaltens mit rechtsextremen Hintergrund.

Brandenburg; Neonazistische Gruppe; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gewalt; Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Politisch motivierte Straftat; Bekämpfungskonzept; Zivilcourage; Gesellschaftspolitik; Sicherheitspolitik; Beschleunigtes Verfahren; Parteiverbot

ID-nummer: 20111167

Barlai, Melani; Hartleb, Florian

Frauen und Rechtsextremismus

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2010/2011, 2011, 1. Halbbd., S. 147-150
mit 8 QU

Rechtsextremistische Parteien und Bewegungen sind in erster Linie männerdominiert. Gerade auch im subkulturellen Bereich existieren Männerbünde und -rituale. Betrachtet man das Wählerverhalten für deutsche Rechtsaußenparteien wie NPD, DVU oder Republikaner, fällt auf, dass diese von doppelt so vielen Männern als Frauen gewählt werden. Im Allgemeinen agieren Frauen vorsichtiger damit, Parteien ohne gesellschaftliche Anerkennung in der Wahlurne oder öffentlich Zuspruch zu geben. Dennoch sind extremistische Parteien nicht frauenfrei. Ein Blick über die Grenzen zeigt, dass Frauen durchaus Führungsaufgaben in rechtsextremistischen Parteien übernehmen (können), wie die Beispiele aus Frankreich, Italien und neuerdings auch Ungarn zeigen. Die rechtsradikalen Parteien in Europa haben das Potenzial der weiblichen Aktivistinnen im parlamentarischen wie im subkulturellen Bereich erkannt und versuchen dem Image einer "Männerpartei" zu entgegenen. Sie setzen Frauen in Führungspositionen, um Modernität und Frauenfreundlichkeit zu signalisieren und, um gegen andere Parteien ankämpfen zu können.

Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsradikalismus; Politische Partei; Frau; Führungsfunktion

ID-nummer: 20120567

Pfahl-Traugher, Armin

Antisemitismus im Rechtsextremismus; Externe und interne Funktionen, formale und ideologische Varianten

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz; Antisemitismus im Extremismus, 2011, Bd 4, S. 135-150
mit 33 QU

Der Autor gibt einleitend eine Darstellung und Einschätzung zur aktuellen Situation innerhalb des Rechtsextremismus (2.). Er beschreibt den inhaltlichen Stellenwert des Antisemitismus in der Ideologie des Rechtsextremismus (3.) und seine Bedeutung im Verlauf der historischen Entwicklung dieses Spektrums (4.). Danach analysiert er die Erscheinungsformen des Antisemitismus im gegenwärtigen Rechtsextremismus: Dabei stehen die offenen Formen in Hassbildern (5.) und die insinuierenden Formen von Andeutungen (6.) sowie die klassischen Ideologievarianten (7.) und neueren Ideologievarianten des Antisemitismus (8.) anhand von Textbeispielen im Zentrum des Interesses. Weiterhin fragt er danach, inwieweit auch der Geschichtsrevisionismus zum Holocaust als Ausdruck von Judenfeindschaft gelten kann (9.). Schließlich behandelt er die interne Bedeutung des Antisemitismus (10.), für das rechtsextremistische Lager selbst, und die externe Bedeutung des Antisemitismus (11.), also für die beabsichtigte öffentliche Wirkung.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Antisemitismus; Lagebild; Ideologie; Historische Entwicklung; Hassdelikt

Meier, Horst

Sonderrecht gegen Neonazis? Über Meinungsfreiheit und Konsensbedarf in Deutschland

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz; Antisemitismus im
Extremismus, 2011, Bd 4, S. 104-111
mit 5 QU

Alljährlich versammelten sich in Wunsiedel Rechtsextremisten, um dem "Stellvertreter des Führers" zu huldigen. Bis dann im Jahr 2005 der Volksverhetzungsparagraf abermals verschärft wurde und seitdem nicht nur bestraft werden kann, wer den Holocaust leugnet, sondern obendrein, wer die "nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt" (Paragraf 130, Absatz 4 Strafgesetzbuch). Auf dieser Grundlage wurde nun Jahr für Jahr der Heß-Gedenkmarsch behördlich untersagt, denn nach Paragraf 15 des Versammlungsgesetzes können Demonstrationen verboten werden, auf denen die Begehung von Straftaten zu erwarten ist. In letztinstanzlicher Entscheidung vom 4.11.2009 erklärte das Bundesverfassungsgericht den neuen Volksverhetzungsparagrafen für grundgesetzkonform.

Nach Ansicht des Verfassers stellt die Wunsiedel-Entscheidung des Verfassungsgerichts eine Zäsur dar, denn die ausdrückliche Rechtfertigung von Sonderrecht gegen rechtsextremistische Ansichten ist ein Bruch mit dem herkömmlichen Verständnis der Meinungsfreiheit.

Versammlungsfreiheit; VersG; VersG P 15; Rechtsextremismus; Neonazistische Gruppe; StGB P 130; StGB P 130 Abs 4; Meinungsfreiheit; Verfassungsrecht; Bürgerrecht; Demokratie

Gransow, Christiana; Partmann, Michael; Strohmeier, Gerd

Politischer Rechts- und Linksextremismus als "polizeiliches Gegenüber"

Jahrbuch Extremismus & Demokratie,

Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 2011, Bd 23, S. 84-107

mit 5 TAB, 2 TAF, zahlr. QU

Die Herausforderungen des Polizeiberufs sind in den letzten Dekaden massiv gestiegen. Ein besonderes Problem stellt das Bedrohungspotenzial durch politische Extremisten dar, die bei der Durchsetzung ihrer politischen Ziele auch vor Gewalt gegen Polizisten nicht zurückschrecken. In dem Beitrag vergleichen die Verfasser links- und rechtsextremistische Straftaten - insbesondere auch gegenüber Polizisten - und untersuchen die damit verbundenen Herausforderungen für die Polizeiarbeit. Zu Beginn werden anhand einer kurzen Auseinandersetzung mit dem Begriff Extremismus Anhaltspunkte und Voraussetzungen für die Bereitschaft zu straffähigem bzw. gewalttätigem Verhalten durch politische Extremisten skizziert. Hierfür werden auch einige Begriffe aus dem links- und dem rechtsextremistischen Spektrum in Deutschland erläutert sowie das links- und rechtsextremistische Personenpotenzial (speziell die vom Verfassungsschutz geschätzte Zahl links- wie rechtsextremistischer Gewaltbereiter) in der Bundesrepublik dargestellt. Unter Verwendung statistischer Daten, unter anderem aus den Verfassungsschutzberichten der Jahre 1999 bis 2010, werden im dritten Abschnitt die Entwicklungstendenzen von Straftaten links- und rechtsextremistischer Gruppierungen aufgezeigt. Dabei wird u.a. auf das Definitionssystem der "Politisch motivierten Kriminalität" (PMK) eingegangen, welches eine genaue Registrierung der links- und rechtsextremistischen Straftaten ermöglicht. Vor diesem Hintergrund lässt sich zeigen, welchen Verlauf links- und rechtsextremistische Straftaten im Zeitraum von 1999 bis 2010 nahmen. Im letzten Abschnitt werden links- und rechtsextremistische Straftaten aus der Perspektive der Polizei vergleichend betrachtet. Dies geschieht auf der Grundlage teilstandardisierter Interviews mit polizeilichen Führungskräften im Zeitraum März bis April 2011. Dabei kommen die besonderen Herausforderungen für die Polizeiarbeit und die spezifischen Bedrohungen von links- und rechtsextremistischen Straftätern zur Sprache.

Rechtsextremismus; Linksextremismus; Gewaltbereitschaft; Staatsschutzkriminalität; Politisch motivierte Straftat; Politisch motivierter Täter; Politische Gewalt; Gewalttat; Gewalt gegen Polizeibeamte; Polizeiliches Gegenüber; Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte; Landfriedensbruch; Bedrohungspotential; Gefahrenanalyse; Verfassungsschutzbericht; Lagebild; Entwicklungstendenz

Fünfsinn, Helmut

**Möglichkeiten der Kriminalprävention im Bereich des Extremismus; Ein
gesamtgesellschaftlicher Beitrag zur Verhinderung extremistischer (Gewalt-) Handlungen**

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Extremismus und Terrorismus als Herausforderung für Gesellschaft und Justiz; Antisemitismus im
Extremismus, 2011, Bd 4, S. 57-71
mit 62 QU

Der Autor beschreibt Projekte und Konzepte gesamtgesellschaftlich ausgerichteter
Kriminalprävention, die versuchen wirksame Maßnahmen auch gegen den politischen Extremismus
zu ergreifen. Die im Beitrag im Einzelnen beschriebenen Ansätze, Konzepte und Projekte (z.B.
Informations- und Kompetenzzentrums Ausstiegshilfen Rechtsextremismus in Hessen (IKARus)
haben sich in diesem Sinne bewährt.

Er beschreibt die Gründe für eine interkulturelle Ausrichtung von Präventionsräten und hier
insbesondere von kommunalen Präventionsgremien. Es ist alles zu unternehmen, bei den Bürgern
mehr Toleranz gegenüber anderen Kulturen und Religionen zu fördern. Es darf aber zugleich
nirgends geduldet werden, dass die grundlegenden Normen und Werte, wie sie eindeutig in der
Verfassung festgelegt sind, von Minderheiten aus politischen oder religiösen Gründen unbeachtet
bleiben.

Kriminalprävention; Kommunale Kriminalprävention; Präventionsrat; Deutsches Forum für
Kriminalprävention; Gewaltprävention; Extremismus; Extremistengruppe; Primärprävention;
Extremismusbekämpfung; Bekämpfungsmaßnahme; Vorurteil; Gewalttätigkeit; Rechtsextremismus;
Präventionsprogramm; Hessen

Brodkorb, Mathias

Vom Verstehen zum Entlarven - Über "neu-rechte" und "jüdische Mimikry" unter den Bedingungen politischer Wissenschaft

Jahrbuch Extremismus & Demokratie,
Jahrbuch Extremismus & Demokratie, 2011, Bd 22, S. 32-64
mit 1 TAB, zahlr. QU

Seit nunmehr 40 Jahren sind verschiedene Länder mit der Herausbildung einer häufig als "Neue Rechte" (NR) etikettierten Strömung konfrontiert. Während führende Vertreter dieser NR für sich in der Regel in Anspruch nehmen, nur den demokratischen Flügel des rechten politischen Spektrums zu repräsentieren, geraten sie dennoch bisweilen in den Verdacht, lediglich besonders kluge Rechtsextremisten zu sein. Im Zentrum dieser Vermutung steht die seit etwa 20 Jahren intensiver erörterte Behauptung, die Vertreter der NR würden ihre wahren, extremistischen Ansichten hinter der Maske einer "politische(n) Mimikry" verbergen und sich nur rein äußerlich den Werten und Institutionen des demokratischen Verfassungsstaates unterwerfen. Trotz ihres hypothetischen Charakters wurde diese Behauptung im Laufe der Zeit dabei mit einer axiomatischen Selbstverständlichkeit vorgetragen, die man eher im Bereich außerwissenschaftlicher Vorurteile vermuten würde. Die Auseinandersetzung mit der postulierten Mimikry der NR gerät so zunehmend zum Lackmustest über die Einhaltung wissenschaftlicher Standards in der real existierenden Sozial- und Politikwissenschaft.

Der Verfasser geht in dem Beitrag zunächst dem Ursprung des Konzeptes der Mimikry in der darwinistischen Biologie nach, wobei er sich thematisch ausschließlich auf den Fall "Neue Rechte" beschränkt. Ein Blick in die deutsche Geschichte zeigt außerdem, dass die Übertragung des Mimikry-Diskurses auf politische Gegnerschaften keinesfalls historisch einmalig ist. Eine strukturelle Analyse der bei diesem Vorwurf zur Anwendung gebrachten kognitiven Konzepte liefert anschließend die Basis für eine abschließende Auseinandersetzung mit dem Phänomen der "Politischen Mimikry" der NR im zeitgenössischen wissenschaftlichen Diskurs.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Einstellung; Tarnung; Täuschung; Selbstverständnis; Konservatismus; Ideologie; Nationalsozialismus; Rassismus; Antisemitismus

ID-nummer: 20120841

Glet, Alke

Sozialkonstruktion und strafrechtliche Verfolgung von Hasskriminalität in Deutschland; Eine empirische Untersuchung polizeilicher und justizieller Definitions- und Selektionsprozesse bei der Bearbeitung vorurteilmotivierter Straftaten

Kriminologische Forschungsberichte - Schriftenreihe des MPI, Freiburg, 2011, Bd K 154, 345 S. mit 19 TAB, 54 TAF, LITVZ S. 287-307, 4 ANL

Die vorliegende kriminalsoziologische Forschungsstudie hat eine umfassende Untersuchung von "Hasskriminalität" in Deutschland zum Gegenstand. Im Mittelpunkt stehen die Handlungsbedingungen und institutionellen Vorgänge ebenso wie die besonderen Tatbestandscharakteristiken, die bei der Identifizierung und statistischen Erfassung von vorurteilmotivierten Straftaten eine Rolle spielen. Die empirische Untersuchung beschäftigt sich primär mit dem Definitionsverhalten deutscher Strafverfolgungsbehörden und beleuchtet unter anderem die komplexen Herausforderungen, die bei der Ausforschung der Motivlage entstehen. Eine Verlaufsanalyse von der Auslösung der Ermittlungen bis zur gerichtlichen Abschlussentscheidung soll hierbei die polizeilichen Erfassungsstrategien analysieren, Aufschluss über die justizielle Bearbeitung von Hasskriminalität geben und in diesem Zusammenhang den Konstruktionscharakter von Kriminalitätsphänomenen hervorheben.

Kriminalsoziologie; Forschungsstudie; Hassdelikt; Kriminalitätsphänomen; Vorurteil; StGB P 130; Politisch motivierte Straftat; Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Rechtsextremistische Einstellung; Lagebild; Täterstruktur; Opferstruktur; Ermittlungsverfahren; Strafverfolgungsstatistik; Strafverfolgungsmaßnahme; Erfassungsmodus; Statistische Angaben; Polizeiliche Kriminalstatistik; Periodischer Sicherheitsbericht

ID-nummer: 20111290

Özsöz, Figen

Theoretische Reflexionen und empirische Befunde über die Folgen einer Inhaftierung für rechtsextreme Gewalttäter

M SchrKrim, 2011, 5, S. 364-382
mit 2 TAB, LITVZ S. 380-382

Welche Entwicklung machen rechtsextreme Gewalttäter während ihrer Inhaftierung im Jugendstrafvollzug durch? Ist die Resozialisierung der Täter möglich, oder ist eher mit einer Verfestigung der rechtsextremistischen Identität zu rechnen? Um diesen Fragen systematisch auf den Grund zu gehen, werden zunächst die gegenwärtig zur Verfügung stehenden theoretischen Ansätze diskutiert und anschließend die Ergebnisse einer qualitativen Längsschnittstudie dargestellt.

Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextremismus; Straffälliger Jugendlicher; Politisch motivierter Täter; Gewalttäter; Jugendgewalt; Jugendstrafvollzug; Resozialisierung; Sozialisationsprozess; Haftsituation; Kriminalitätstheorie; Gruppenbeziehung; Gruppendynamik; Empirische Untersuchung

ID-nummer: 20111089

Kozary, Andrea

**Rechtsextremistische Demonstrationen in Ungarn am Anfang des 21. Jahrhunderts;
Rechtliche und polizeiliche Aspekte**

SIAK-Journal, 2011, 3, S. 14-24
mit 7 BILD, 1 TAF, 11 QU

Politologen, Soziologen, Psychologen, Kriminologen und andere Sozialwissenschaftler beschäftigen sich schon lange mit den Themenbereichen Extremismus, Radikalismus, Rechtsradikalismus und mit der damit im Zusammenhang stehenden Gewalt sowohl in der Theorie als auch in der Praxis. Zum dominanten und breit gegliederten Thema wurde jedoch die Gewalt in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts. Das rege Interesse dauert bis heute an. Im Zentrum der neuen Aufgabenfelder der Polizei steht die öffentliche Sicherheit, d.h. die Wiederherstellung der staatlichen Gewalthoheit und der Aufbau der Rechtsstaatlichkeit. Störfaktoren sind dabei die organisierte Kriminalität, die Präsenz privater bzw. illegitimer paramilitärischer Verbände, Terrorismus, gewaltsamer Extremismus usw. (z.B. Waffenhandel, Drogenhandel, Menschen schmuggel und Korruption).'

Rechtsextremismus; Extremismus; Radikalismus; Hassdelikt; Gewalteskalation; Gewaltbereitschaft; Gewaltkriminalität; Randgruppe; Rassenzugehörigkeit; Widerstand; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextreme Gewalt; Ungarn

ID-nummer: 20110650

Hanak, Gerhard; Krucsay, Brita; Gombots, Roland

Rechtsextreme Straftaten im Kontext; Ergebnisse und Perspektiven der Forschung

SIAK-Journal, 2011, 2, S. 4-17
mit 6 QU

Im Rahmen des Forschungsprojekts "Rechtsextreme Straftaten im Kontext", das als erstes Modul eines umfangreicheren Forschungsschwerpunkts konzipiert und im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres durchgeführt wurde, sollten unterschiedliche Annäherungen an die institutionelle (vor allem polizeiliche und strafrechtliche) Kontrolle rechtsextrem motivierter Straftaten, wie sie von Sicherheitsbehörden und Strafjustiz im Zeitraum 1990 bis 2009 praktiziert wurde, kombiniert werden. Neben einem kursorischen Überblick über neuere sozial- und politikwissenschaftliche Diskurse und Literatur sowie österreichische Forschungen zum Thema Rechtsextremismus sollten mehrere empirische Erhebungen, die sich auf offizielle Statistiken und Dokumente stützten (Statistiken, Verfassungsschutzberichte des Bundesamtes für Verfassungsschutz und Terrorismusbekämpfung [BVT], Anzeigen, Tagebücher der Staatsanwaltschaften) eine Rekonstruktion einschlägiger Tathandlungen und ihres sozialen Kontexts leisten. Das ausgewertete Material soll zum einen für die Gewinnung einer möglichst anschaulichen Phänomenologie und Typologie rechtsextrem motivierter Delikte nutzbar gemacht werden, zum anderen aber auch die Logik und die Routine der polizeilich-strafrechtlichen Reaktion (und der ihr zu Grunde liegenden Annahmen und Prämissen) sichtbar machen.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Ideologie; Politisch motivierter Täter; Nationalismus; Anzeigebereitschaft; Verfassungsschutzbericht; Sicherheitsbehörde; Strafjustiz; Tatbestand; Tathandlung; Österreich

Pfahl-Traughber, Armin

Gemeinsamkeiten und Unterschiede von Antisemitismus und "Islamophobie"; Eine Erörterung zum Vergleich und ein Plädoyer für das "Antimuslimismus"-Konzept

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, 2010, Bd 3, S. 604-628
mit 36 QU

"Antimuslimismus" und "Antisemitismus" stehen beide für Vorurteile gegen Minderheiten im Kontrast zur Mehrheitsgesellschaft. Eine weitere Gemeinsamkeit ergibt sich aus der Identifizierung der beiden Minderheiten über die religiöse Zugehörigkeit, welche auch als Ursache für das unmoralische Handeln der Juden und Muslime gilt. Ebenfalls für Gemeinsamkeiten von "Antimuslimismus" und "Antisemitismus" spricht, dass derartige Einstellungen als Ausdrucksformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit überwiegend von den gleichen Teilen der Gesellschaft vertreten werden. Demgegenüber können folgende Unterschiede ausgemacht werden: Während die Behauptungen im Antisemitismus allenfalls auf die Verallgemeinerung von Einzelfällen Bezug nehmen können, bezieht sich der Antimuslimismus häufig auf reale Konflikte und Probleme in der Gesellschaft oder tatsächliche Vorkommnisse in der islamischen Welt. Der Antimuslimismus argumentiert außerdem aus der Perspektive "von oben nach unten" im Namen von Fortschritt und Moderne, während der Antisemitismus aus der Wahrnehmung "von unten nach oben" gegen die Ideen von Fortschritt und Moderne gerichtet ist. Weitere Unterschiede ergeben sich bei der Diskriminierungspraxis, also hinsichtlich Ausmaß und Intensität der Benachteiligung in der Gesellschaft.

Antisemitismus; Islamismus; Islam; Minderheit; Religionsgemeinschaft; Religionsfreiheit; Vorurteil; Angst; Diskriminierung; Fremdenfeindlichkeit; Agitation; Bevölkerungseinstellung; Einstellungsforschung; Rechtsextremistische Einstellung

Wiese, Claudia; Bornewasser, Manfred

Betriebliche Sicherung des Arbeitsplatzes ist ein guter Schutz vor individuellen rechtsextremistischen Orientierungen

Schriften zur Empirischen Polizeiforschung,
Polizei - Polizist - Polizieren? Überlegungen zur Polizeiforschung; Festschrift für Hans-Joachim Asmus, 2010, Bd 11, S. 253-274
mit 3 TAF, 3 TAB, LITVZ S. 271-274

Mecklenburg-Vorpommern nimmt in Bezug auf das Phänomen Rechtsextremismus eine exponierte Stellung ein. Die in weiten Teilen des Landes gut organisierten neonazistischen und antidemokratischen Gruppierungen prägen zunehmend das kulturelle Geschehen und treten auch im Alltag immer häufiger in Erscheinung. Spätestens seit dem Einzug der NPD in den Landtag lässt sich eine genaue Trennung von Aktivitäten der NPD und von Neonazis kaum noch nachvollziehen. Insgesamt werden der rechtsextremen Szene in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2007 rund 1.300 Personen zugerechnet. Diese setzt sich gemäß des Verfassungsberichts aus ca. 600 Anhängern rechtsextremistischer Subkulturen wie Skinheads und gewaltbereiten Rechtsextremisten, aus 250 erklärten Nationalsozialisten, etwa 400 Mitgliedern der NPD und ca. 50 Mitgliedern der DVU zusammen.

Die Bekämpfung des Rechtsextremismus kann nicht nur punktuell und operativ erfolgen. Sie muss vielmehr zu einer dauerhaften, strukturellen Aufgabe gemacht werden, an der sich alle politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisationen beteiligen. Hierzu zählen auch Unternehmen und Administrationen, die durch die Schaffung von neuen und sicheren Arbeitsplätzen und durch die Etablierung demokratischer betrieblicher Strukturen und Unternehmenskulturen politische Orientierung und sozialen Halt geben und damit präventiv eine Abwehr gegen die Mitgliedschaft in rechtsextremistischen Organisationen mobilisieren.

In der Untersuchung, die Teil eines von zwei Industrieunternehmen der Region geförderten Dissertationsprojekts ist, werden daher in einem ersten Auswertungsschritt einige arbeitsplatzspezifische Einflussfaktoren spezifiziert und ihre Wirkung auf die individuelle Abwehr rechtsextremistischer Einstellungen überprüft. Über die Bestimmung von präventiven Schutz- und erleichternden Risikofaktoren lassen sich sodann einerseits gefährdete Personenkreise bestimmen und andererseits betriebliche Maßnahmen zur gezielten Stärkung des Widerstands ableiten.

Rechtsextremistische Einstellung; Politische Meinung; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Neonazismus; Deprivation; Arbeitsmarkt; Präventionsansatz; Präventivwirkung; Arbeitsplatz; Arbeitszufriedenheit; Mitarbeiterzufriedenheit; Unternehmenskultur; Einflussfaktor; Verhaltensnorm; Mecklenburg-Vorpommern

Pfeiffer, Thomas

Ein- und Ausstiegsprozesse von Rechtsextremisten; Analyse und Konsequenzen auf Basis autobiografischer Berichte

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, 2010, Bd 3, S. 249-272
mit 53 QU

Der Autor geht den Ein- und Ausstiegsprozessen von Rechtsextremisten auf der Basis autobiografischer Berichte einer Aussteigerin und von zehn Aussteigern nach. Die leitfadengestützte Analyse der Einstiegs motive, der Attraktivitätsmomente, der beginnenden Distanzierung und der Ausstiegskonstellationen geschieht auch mit dem Ziel, Schlussfolgerungen für die pädagogische Praxis zu ziehen: für die Prävention des Rechtsextremismus, die Förderung der Ablösung und für Hilfen beim Ausstieg aus der Szene. Die Versprechen von Gemeinschaft und Orientierung - in Verbindung mit einer vielfältigen und im Laufe der Zeit modernisierten Erlebniswelt - erweisen sich als stärkste Reize. Erste Zweifel löst die Diskrepanz zwischen der idealisierten "Kameradschaft" und der realen Gemeinschaftspraxis der Szene aus. Außenstehende können die Distanzierung fördern, wenn sie durch Gespräche auf Augenhöhe Vertrauen gewinnen, zur Irritation scheinbarer ideologischer Gewissheiten beitragen und Impulse setzen, die mitunter erst deutlich später in einen erklärten Ausstieg münden. Der Ausstieg ist angstbesetzt und steht zunächst für drohenden Verlust: der "Kameraden", der Erlebniswelt, der Identität und Gewissheiten, auch der körperlichen Sicherheit. Personen, die Schutz und Hilfe anbieten, sind eine entscheidende Stütze des Ausstiegsprozesses.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Jugendlicher; Motivation; Aussteiger; Biographie; Skinheads; Jugendkultur; Politische Meinung; Politische Motivation; Soziale Herkunft; Familie; Forschungsstudie

Kriskofski, Torsten

Intellektualisierungsbemühungen im Rechtsextremismus; Eine Analyse zur Entwicklung am Beispiel der NPD und ihrer Umfeldorganisationen

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, 2010, Bd 3, S. 211-248
mit 101 QU

Der Beitrag gibt einen Überblick über die aktuelle Situation des intellektuellen Rechtsextremismus. Gleichzeitig zeigt der Verfasser, ob und inwieweit Theorien der "Neuen Rechten" - einem fast mythisch verklärten Synonym für intellektuellen Rechtsextremismus - auch von Organisationen adaptiert werden, die nicht in diesem Bereich verortet werden können. Die Betrachtung fokussiert sich dabei auf die NPD und ihr weiteres Umfeld sowie formal unabhängige Organisationen, die ebenfalls in der Vergangenheit an ihrer Intellektualisierung mitgewirkt haben. Deutlich zeigt sich, dass der Schwerpunkt im Bereich Bildung bei der NPD auf der Schulung von Elementen praktischer Parteiarbeit liegt. Dies äußert sich etwa in der Realisierung von Rechtsschulungen oder Seminaren für kommunale Mandatsträger. Deutlich vernachlässigt wird die Vermittlung ideologischer Inhalte. Auch den organisationsunabhängigen Gruppierungen ist es nicht gelungen, dieses Defizit aufzufangen. Eher lässt sich das Gegenteil konstatieren. Aktuell sind sie kaum noch in der Lage, eigene Impulse in den Rechtsextremismus einzubringen, geschweige denn, sich erfolgreich an der Intellektualisierung der Partei zu beteiligen.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextremistische Organisation;
Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Politische Partei; Parteiprogramm; Ideologie;
Organisationsstruktur; Intellektualisierung; Politische Bildung; Bildungskonzept; Veröffentlichung

Hüllen, Rudolf van

Autonome Nationalisten zwischen politischer Produktpiraterie und "Nähe zum Gegner"; Eine Analyse zu Sprachcodes, Widerstandsverständnis und Gewaltrituale als Brücken zu den linksextremistischen Autonomen

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, 2010, Bd 3, S. 191-210
mit 47 QU

Seit einigen Jahren beschäftigt das Phänomen der "Autonomen Nationalisten" (AN) die Rechtsextremismusforschung, Präventionsspezialisten und Sicherheitsbehörden. Sie bedienen sich an linksextremistischen Outfits, Stilmitteln und Handlungsmustern, kehren Parolen und Symbole der Konkurrenz spiegelverkehrt um. Vielfach wird hinter diesem Verhalten eine Taktik vermutet, die Rechtsextremismus an junge Menschen und ihre Lebensstile "anschlussfähig" machen soll. Reine "politische Produktpiraterie" anzunehmen, verkennt aber offensichtlich, dass extremistische Bestrebungen ideengeleitet sind und sie auf Dauer einen (taktisch motivierten) Widerspruch zwischen ihrem Handeln und Denken nicht aushalten könnten.

Die AN - so die Hauptthese - müssen dies auch nicht. Der Fundus der linksextremistischen Autonomen hält nämlich genügend Elemente bereit, an denen sich auch Rechtsextremisten mental und intellektuell nähren können. Dazu zählen Sprachcodes und politische Symbolik, das Konfrontations- und Widerstandsverständnis gegenüber der demokratischen Ordnung, schließlich die Ästhetisierung der Gewalt und der Mythos des steten "Kampfes". Reflektiert man diese Elemente von der Geschichte und Entwicklung der linksextremistischen Autonomen ausgehend, wird deutlich, dass die AN möglicherweise keine Eintagsfliege sind, weil die "Nähe zum Gegner" nicht taktisch gewählt, sondern ideologisch bedingt ist. Daraus wiederum ergeben sich neue Herausforderungen für die Sicherheitsbehörden, die auf veränderte Formen rechtsextremistischer Militanz angemessen reagieren müssen.

Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung;
Rechtsextremistische Organisation; Autonome Gruppe; Ideologie; Gewaltbereitschaft;
Linksextremismus; Erklärungsansatz; Lebensstil; Verhaltensanalyse; Erscheinungsform; Sprache;
Symbolfunktion; Rhetorik

ID-nummer: 20120758

Vierregge, Elmar

Deutsche Militärzeitschrift (DMZ); Eine Analyse zur Rolle eines militärorientierten Magazins in der rechtsextremistischen Publizistik

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, 2010, Bd 3, S. 151-190
mit 144 QU

Aufgrund der Überzeugung, dass der Kampf ein positiver Aspekt des Lebens ist, an dem sich Individuen wie auch Völker zu messen haben, beschäftigen sich Rechtsextremisten intensiv mit dem Militärwesen. Entsprechende Publizisten bemühen sich darum, nicht nur ihre Gesinnungsgenossen zu erreichen, sondern auch demokratisch eingestellte Leser zu gewinnen. Ansatzweise gelang dies dem Betreiber des rechtsextremistischen "Arndt-Verlags", Dietmar Munier, mit der Übernahme der "Deutschen Militärzeitschrift" (DMZ). Das Magazin legte seine Schwerpunkte auf die Berichterstattung über die Streitkräfte des Dritten Reichs sowie über die Bundeswehr. Dabei äußerte es sich derart moderat, dass es auf den ersten Blick nicht als rechtsextremistisch erschien und dadurch auch ehemalige Verteidigungsminister als Interviewpartner gewann. Die DMZ bedient heute einerseits die Bedürfnisse von an der jüngeren deutschen Militärgeschichte interessierten Personen und bietet sich andererseits Bundeswehr-Angehörigen als vermeintliche Verfechterin ihrer Belange an. Tatsächlich verbreitet sie aber ein das Dritte Reich beschönigendes Geschichtsbild und versucht, unter aktiven Soldaten sowie am Militär interessierten Zivilisten Zweifel an der Wertordnung der Bundesrepublik Deutschland zu erzeugen.

Rechtsextremistische Einstellung; Veröffentlichung; Publikationsinteresse; Militär; Zeitschrift; Untersuchung; Selbstbild; Berichterstattung; Drittes Reich; Wehrmacht; Nationalsozialismus; Bundeswehr

ID-nummer: 20120757

Menhorn, Christian

Die Erosion der Skinhead-Bewegung als eigenständiger Subkultur; Eine Analyse des Wandels elementarer Stilmerkmale

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, 2010, Bd 3, S. 125-150
mit 38 QU

Lange Jahre prägte das typisierte Bild der Skinheads die Berichterstattung über den gewaltbereiten Rechtsextremismus. Doch seit den späten 1990er Jahren konnte einem aufmerksamen Beobachter der Subkultur ein tiefgreifender Wandel des "Kultes" nicht verborgen bleiben. Der Autor beleuchtet die Veränderungen in der Szene anhand einer Untersuchung vier fundamentaler Pfeiler der Skinhead-Bewegung: Musik, Kleidung bzw. Habitus, Selbstverständnis sowie sceneinterne Strukturierungsversuche. Dabei versucht er, die aktuellen Trends der historischen Entwicklung gegenüberzustellen, um das Ausmaß des Wandels deutlich zu machen. Die Prognose für ein Fortbestehen des Kultes gerät in seinem 40. Lebensjahr zwiespältig: zumindest im rechtsextremistischen Part der Szene scheint ein Primat der Politik über die Subkultur eingekehrt zu sein und der Wandel hin zu einer heterogenen Jugendbewegung damit unumkehrbar.

Skinheads; Subkultur; Jugendszene; Historische Entwicklung; Rechtsextremistische Einstellung; Einflussfaktor; Definition; Definitionspraxis; Politische Betätigung; Musik; Erscheinungsform; Organisationsstruktur

Pfahl-Traughber, Armin

Kritik der Kritik der Extremismus- und Totalitarismustheorie; Eine Auseinandersetzung mit den Einwänden von Christoph Butterwegge

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,

Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, 2010, Bd 3, S. 61-86

Rezension zu: Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2010, Bd 3, S. 33-60
mit 52 QU

Die Abhandlung versteht sich als kritische Auseinandersetzung mit dem Beitrag von Christoph Butterwegge "Extremismus- Totalitarismus- und Populismustheorien zur Diskreditierung der Linken." Eine ganze Reihe von Einwänden beruht auf Fehlschlüssen und Missverständnissen: Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit bilden die zentralen Bezugspunkte der Extremismustheorie und nicht die Institution des Staates. Sie richtet sich nicht gegen Kapitalismuskritik und Sozialismusforderungen, sondern gegen die Ablehnung der Basisnormen und -regeln eines demokratischen Verfassungsstaates. Eine inhaltliche Gleichsetzung von Links- und Rechtsextremismus wird nicht vorgenommen, geht es doch um formale Gemeinsamkeiten bei der Negierung der grundlegenden Prinzipien und Spielregeln einer offenen Gesellschaft. Demgegenüber können jene Aussagen der Kritik konstruktiv aufgegriffen werden, welche sich auf die begrenzte analytische Reichweite der Extremismustheorie und die Notwendigkeit zur stärkeren Beachtung gesellschaftlicher Ursachen für den Extremismus beziehen.

Extremismus; Definition; Fundamentalismus; Terrorismus; Totalitarismus; Demokratie; Menschenrecht; Rechtsstaatlichkeit; Gesellschaftsstruktur; Gesellschaftlicher Wandel; Ursachenanalyse; Sozialismus; Rechtsextremismus; Linksextremismus; Diktatur; Vergleich

Butterwegge, Christoph

Extremismus-, Totalitarismus- und Populismustheorien: Ideologien zur Diskreditierung der Linken; Eine Grundsatzkritik an ihren analytischen Defiziten, verborgenen Interessen und politischen Implikationen

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung,
Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2009/2010, 2010, Bd 3, S. 33-60
mit 55 QU

Vor allem die Politikwissenschaftler Uwe Backes und Eckhard Jesse versuchen seit Jahrzehnten, die Extremismus- und die damit eng verbundene Totalitarismustheorie populär zu machen. Neuerdings folgen auch Populismus-, Fundamentalismus- und Terrorismustheorien demselben Argumentationsmuster.

Der Autor spricht ihnen jeglichen wissenschaftliche Gehalt mit der Begründung ab, dass sie bloße Ideologien seien und zwar alles klassifizierten, aber nichts erklärten. Wenn die genannten Ansätze den Extremismus bzw. den Totalitarismus auf den Begriff zu bringen suchten, kommt statt einer Definition meist nur eine Addition von Merkmalen heraus, die zusammengenommen sein Wesen ausmachen sollen. Politikwissenschaft reduziert sich damit auf bloße Deskription. Das eigentliche Dilemma der Totalitarismus- wie der Extremismustheorie besteht darin, um der Akzentuierung partieller Gemeinsamkeiten zwischen zwei Vergleichsgegenständen - Kommunismus einerseits und Faschismus/Nationalsozialismus andererseits - willen deren Wesensunterschiede eskamotieren zu müssen. Zwangsläufig kommen die zentralen Inhalte von Rechtsextremismus und Linksradikalismus nach Meinung des Autors gegenüber ihrer Wirkung, ihrem Absolutheitsanspruch und ihrer Allgegenwart viel zu kurz.

Extremismus; Fundamentalismus; Terrorismus; Totalitarismus; Definition; Definitionspraxis; Theorie; Ideologie; Rechtsextremismus; Linksextremismus; Historische Entwicklung; Historie

ID-nummer: 20100026

Backes, Uwe; Mletzko, Matthias; Stoye, Jan

NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt; Sachsen und Nordrhein-Westfalen im kontrastiven Vergleich

BKA - Polizei + Forschung, 2010, Bd 39, 244 S.
mit 35 TAB, 68 TAF, LITVZ S. 236-244

Seit Beginn der neunziger Jahre stellt rechte, insbesondere fremdenfeindliche Gewalt einen beträchtlichen Teil des Gesamtaufkommens politisch motivierter Gewaltdelinquenz in Deutschland. Auch die Bekämpfung des politischen und lebensstilistischen „Feindes“ hat an Gewicht gewonnen. Ein bedenklich hoher und stabiler Gewaltsockel mit überproportionalen Anteilen der östlichen Bundesländer bestimmt das Bild. Angesichts teils spektakulärer Wahlerfolge auf regionaler Ebene stellt sich die Frage, welche Rolle die radikalisierte Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) bei dem hohen Gewaltaufkommen spielt.

Eine Forschungsgruppe am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e.V. in Dresden hat für den Zeitraum 2003 bis 2006 untersucht, ob Wechselwirkungen zwischen NPD-Wahlmobilisierungen und dem Gewalthandeln rechts- sowie linksradikaler Szenen bestehen. Die Studie zieht einen kontrastiven Vergleich zwischen den Bundesländern Sachsen und Nordrhein-Westfalen und geht der Leitfrage mittels quantitativer Analysen der Polizei- und Wahldaten sowie mit qualitativen Untersuchungen (Gerichtsakten, Szeneschriften, Fallstudien zu Räumen gehäufte rechter Gewalttätigkeit, Experteninterviews) nach.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Politische Partei; Politisch motivierte Straftat; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremismus; Forschungsstand; Gewaltdelinquenz;
Häufigkeitsquote; Kriminalitätsentwicklung; Entwicklungstendenz; Sachsen; Nordrhein-Westfalen

Fladung, Roger

Der Schwarze Block Autonomer Nationalisten - "Kleiderordnung" für Rechtsextremisten

Die Polizei, 2010, 9, S. 263-271
mit 51 QU

Eine Demonstration von Rechtsextremisten in Bad Nenndorf hat in der neonazistischen Szene mittlerweile bundesweite Bedeutung erlangt. 2008 beteiligten sich auch ca. 100 Personen, die den so genannten Autonomen Nationalisten zuzurechnen sind und die im Aufzug einen Schwarzen Block bildeten, der einen aggressiven und militanten Gesamteindruck hinterließ. Die Bildung des Schwarzen Blocks durch Autonome Nationalisten ist auch bundesweit in der rechtsextremistischen Szene eine zu beobachtende Aktionsform von gewaltbereiten Störern.

Das niedersächsische Obergerverwaltungsgericht hat die Gewaltbereitschaft Schwarzer Blöcke und das aus ihnen hervorgehende Gewaltpotential, wie von den Autonomen Nationalisten gezeigt, in seinem Beschluss vom 27. 4. 2009 zu von Rechtsextremisten angemeldeten Demonstrationen am 1. Mai 2009 und am 12. 9. 2009 in Hannover bestätigt.

Das Ziel der Polizeidirektion Göttingen für die Demonstration der Rechtsextremisten sowie angekündigter Gegendemonstrationen am 1. August 2009 in Bad Nenndorf war es, durch die Verhinderung der Bildung von Schwarzen Blöcken in den Aufzügen einen störungsfreien Verlauf der angemeldeten Versammlungen zu gewährleisten.

Aufgrund der Gefahrenprognose der Polizei verfügte der Landkreis Schaumburg als zuständige Versammlungsbehörde mit Auflagenbescheid das Verbot eines Schwarzen Blocks sowie dessen Durchsetzung im Rahmen der Einsatzbewältigung.

Die Auflage, keine gleichartigen durchweg dunklen Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen, soweit hierdurch im Gesamtbild eine suggestiv-militante, Aggression stimulierende und einschüchternde Wirkung vermittelt wird, hat das Verwaltungsgericht Hannover im Wege des einstweiligen Rechtsschutzes geprüft und nicht beanstandet.

Demonstration; Rechtsextremistische Organisation; Auflage; Gefahrenabwehr; Gefahrenprognose; Bekleidung; Versammlungsverbot; Autonome Gruppe; Polizeiaufgabe

ID-nummer: 20101124

Stock, Sascha

§ 130 Abs. 4 StGB; Ein scharfes Schwert gegen rechtsextremistische Veranstaltungen!

Kriminalistik, 2010, 8-9, S. 513-516
mit 55 QU

Seit den 1990er und frühen 2000er Jahren "ist eine kontinuierliche Zunahme rechtsextremistischer Versammlungen zu verzeichnen, die sich in Themenwahl, Veranstaltungsort und Ausgestaltung immer stärker an das Gepräge historischer Aufmärsche des NS-Regimes angleichen, die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft verherrlichen oder verharmlosen und durch bewusste Provokationen das Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus in unerträglicher Weise missachten und das Gefühl der Bevölkerung, insbesondere der Nachkommen der Opfer, hier in Frieden leben zu können, erschüttern.

Dieses führte dazu, dass zum 1.4.2005 der § 130 Abs. 4 StGB eingeführt wurde. Nach Ergänzung von § 130 Abs. 4 ist das Billigen, Rechtfertigen und Verherrlichen der nationalsozialistischen Gewalt- und Willkürherrschaft öffentlich oder in einer Versammlung in einer den öffentlichen Frieden störenden in einer die Würde der Opfer verletzenden Weise strafbar. Es ist nunmehr in sehr viel größerem Maße möglich, gegen rechtsradikale Veranstaltung nach der polizeirechtlichen Generalklausel für Veranstaltungen, die nicht dem Versammlungsgesetz unterliegen oder aber auf Basis des § 15 Abs. 1 VersG für Versammlungen Maßnahmen treffen zu können.

StGB P 130 Abs 4; StGB P 130; Rechtsextreme Gruppierung; Nationalsozialismus; Versammlungsrecht; Versammlungsfreiheit; Menschenwürde; VersG P 14 Abs 1

ID-nummer: 20101111

Knape, Michael

Bewältigung einer komplexen Großlage am 1. Mai 2010 in Berlin; Strategische, taktische und technisch-organisatorische Maßnahmen

Deutsches Polizeiblatt - DPolBl, 2010, 5, S. 12-16
mit 1 TAF, 29 QU

Gilt es Einsätze vorzubereiten, die eine rechte Ausgangsversammlung mit zahlreichen Gegenveranstaltungen zum Gegenstand haben, bedeutet dies für die zuständige Landespolizei in der Regel "höchste Alarmstufe" und zwar sowohl in technisch/organisatorischer als auch in strategischer sowie in taktischer Hinsicht.

Der Autor zeigt anhand des Aufmarsches der Rechten am 1. Mai 2010 in Berlin die Probleme der Einsatzbewältigung bei einer rechten Ausgangsversammlung mit zahlreichen Gegenveranstaltungen auf - die Polizei ist bei derartigen Lagen in besonderer Weise verpflichtet, eine den Anforderungen in größtmöglichem Maße gerecht werdende Einsatzvorbereitung zu gewährleisten.

Großdemonstration; Aufzug; Großlage; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsradikalismus; Gegendemonstration; Berlin; Gewaltmonopol; Einsatzbewältigung; Einsatzvorbereitung; Einsatzkonzept; PDV 100; Besondere Aufbauorganisation; Störerverhalten; Vermummung; Vermummungsverbot; VersG

ID-nummer: 20101077

Rüssmann, Kirsten; Dierkes, Simon M.; Hill, Paul B.

Soziale Desintegration und Bindungsstil als Determinanten von Fremdenfeindlichkeit

Zeitschrift für Soziologie, 2010, 4, S. 281-301
mit 4 TAF, 3 TAB, LITVZ S. 298-300

Die Fragestellung des Beitrags lautet, ob und inwieweit fremdenfeindliche Einstellungen in Deutschland auf Merkmale der Person und auf Merkmale individueller sozialer Situationen zurückführbar sind. Hierzu werden bei 1779 Personen Bindungsstile als personenbezogene und soziale Desintegration als sozialstrukturelle Größe in ihrer Auswirkung auf Fremdenfeindlichkeit untersucht. Es zeigt sich, dass Bindungsstile als Prädispositionen für das Auftreten von sozialer Desintegration betrachtet werden können, die ihrerseits das Ausmaß an Fremdenfeindlichkeit determiniert: Ein sicherer Bindungsstil senkt das Ausmaß an sozialer Desintegration und darüber vermittelt die Intensität fremdenfeindlicher Einstellungen. Ein unsicherer Bindungsstil führt zu einem Anstieg an sozialer Desintegration und Fremdenfeindlichkeit. Eine Betrachtung der Bindungsstilskalen "Angst" und "Vermeidung" sowie kategorialer Ausprägungen von Bindungsstilen (sicher, ängstlich-ambivalent, ängstlich-vermeidend, gleichgültig-vermeidend) konkretisiert diesen Befund. Für die ermittelte Effektstruktur sind insbesondere das Ausmaß an Vermeidung sowie ein ängstlich-vermeidender Bindungsstil relevant.

Fremdenfeindlichkeit; Rechtsextremistische Einstellung; Bindungswirkung; Erklärungsmodell; Bevölkerungseinstellung; Einstellungsforschung; Soziale Situation; Persönlichkeitsmerkmal; Persönlichkeitsentwicklung; Desintegration; Soziale Desorganisation

ID-nummer: 20101194

Glaser, Stefan

Jugendliche online im Visier von Neonazis; Analysen und Gegenstrategien von jugendschutz.net

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis - KJuG, 2010, 4, S. 116-118
mit 3 QU

Das Internet bietet vielfältige Möglichkeiten zur Information, Kommunikation und Unterhaltung. Dies hat auch die rechtsextreme Szene erkannt. Heute ist das Internet für den Rechtsextremismus das Propagandamittel schlechthin. Rechtsextreme nutzen das Netz immer vielfältiger und offensiver, um Hassinhalte zu verbreiten, sich zu vernetzen und Jugendliche anzusprechen.

Als länderübergreifende Einrichtung für den Jugendschutz im Internet sichtet jugendschutz.net bereits seit dem Jahr 2000 die jugendrelevante rechtsextreme Szene im Netz und etabliert Maßnahmen, um Angeboten die Plattform zu entziehen und parallel die medienpädagogische Auseinandersetzung mit den Inhalten zu fördern.

In dem Beitrag werden Trends rechtsextremer Internetnutzung aus der Jugendschutzperspektive sowie Erfahrungen mit geeigneten Gegenstrategien von jugendschutz.net präsentiert.

Internetforum; Rechtsextreme Gruppierung; Neonazistische Gruppe; Propaganda; Jugendmedienschutz; Jugendschutz; Jugendgefährdung; Medienpädagogik; Präventionsstrategie

Presse, Sebastian; Bachmann, Mario

Fremdenfeindliche Straftaten und ihre statistische Erfassung - Eine Zwischenbilanz

Neue Kriminalpolitik, 2010, 3, S. 98-102
mit 73 QU

Die Begrifflichkeiten und Definitionen, die der Erfassung und Abbildung krimineller Erscheinungsformen zugrunde gelegt werden, sind ebenso wie die Phänomene selbst zeitlichen Veränderungsprozessen und politischen Strömungen unterworfen. Von offizieller Seite besteht das Bestreben, auf neue Ausprägungen bestimmter Delikte dynamisch zu reagieren. Dies geschieht einerseits durch Akte der Gesetzgebung, was nicht selten mit Strafschärfungen einhergeht. Zum anderen wird versucht, über Veränderungen der statistischen Erfassung krimineller Verhaltensweisen eine Anpassung an gewandelte Realitäten vorzunehmen. Letzteres geschah auch in Bezug auf fremdenfeindliche Straftaten.

Seit dem 1.1.2001 versuchen Bund und Länder politisch motivierte Kriminalität mit anderen Kriterien als bisher zu erfassen. So ist eine politisch motivierte Straftat u.a. dann gegeben, wenn ein Fall der "Hasskriminalität" vorliegt. Das Themenfeld "Hasskriminalität" besteht wiederum aus verschiedenen Untergruppen, zu denen auch diejenige der "fremdenfeindlichen Straftat" gehört. Die Verfasser des Beitrages bilanzieren, dass nach inzwischen fast zehn Jahren auch das aktuelle Erfassungssystem der Politisch motivierten Kriminalität defizitär ist. Es dränge sich daher die grundsätzliche Frage auf, ob vielschichtige Phänomene wie die Beeinträchtigung von Migranten durch deutsche Straftäter überhaupt zum Gegenstand von Erfassungsversuchen gemacht werden können. Angesichts der Komplexität derartiger Erscheinungsformen von Kriminalität müsse bezweifelt werden, dass sie mit engen Definitionen registrier- und darstellbar sind.

Kategorien wie "fremdenfeindlich" oder "rechtsextrem" sind Konstrukte und nicht zuletzt das Ergebnis von Definitions- und Zuschreibungsprozessen, die in der Vergangenheit oftmals beliebig und zufällig geschehen sind. Die auf dieser Grundlage ermittelten Daten sollten deshalb nicht überbewertet werden. Erforderlich sei es hingegen über Alternativen oder wenigstens Verbesserungen zum derzeitigen Erfassungssystem nachzudenken.

Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Rechtsextremistische Einstellung; Definition; Statistisches Verfahren; Polizeiliche Kriminalstatistik; Erfassungsmodus; Klassifizierungssystem; Staatsschutzkriminalität; Politisch motivierte Straftat; Hassdelikt; Tatmotiv

ID-nummer: 20110007

Krenz, Michael

Die rechtsextremistische Musikszene Baden-Württembergs im europäischen Kontext

MEPA, 2010, 3, S. 16-20
mit 5 BILD, 2 TAF

Ausgangspunkt und Aushängeschild des Rechtsextremismus moderner Prägung ist nach wie vor das szeneeigene Musikangebot. Der hohe identitätsstiftende und freizeitorientierte Stellenwert der Musik ist das Bindeglied einer als heterogen zu bezeichnenden Bewegung, die stets um Nachwuchsgewinnung bemüht ist.

Innerhalb der rechten Musikszene Baden-Württembergs führt die Grenznähe zu Frankreich, der Schweiz und Österreich zu grenzüberschreitenden und damit internationalen Verflechtungen. Aufgabe und Ziel der Sicherheitsbehörden ist es - auch innerhalb dieses Teilbereichs der rechtsextremistischen Szenen - Straftaten zu verhindern und eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung zu unterbinden. Grundlage und Vorstufe hierfür ist es, Tendenzen und Entwicklungen frühzeitig zu erkennen, um entsprechenden Handlungsspielraum zu schaffen und zu erhalten.

Baden-Württemberg; Musikszene; Musikveranstaltung; Subkultur; Rechtsextremistische Einstellung; Ideologie; Skinheads; Internationalisierung; Bekämpfungsansatz

ID-nummer: 20100821

Rieker, Peter

Familien als Ausstiegshelfer? Potenziale, Bedingungen und professionelle Angebote zur Aktivierung familialer Unterstützung beim Ausstieg aus der rechtsextremen Szene

Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe - ZJJ, 2010, 2, S. 165-169
mit 15 QU

Der Beitrag fokussiert auf die Frage, inwieweit Familien von Jugendlichen mit rechtsextremen Orientierungen Ausstiege aus der rechtsextremen Szene fördern und begleiten können. In einem ersten Abschnitt wird zunächst skizziert, was man über die Herkunftsfamilien solcher jungen Menschen weiß, die Affinitäten zum Rechtsextremismus zeigen. Anschließend geht es darum, welcher Unterstützungsleistungen Aussteiger aus der rechtsextremen Szene bedürfen - vor diesem Hintergrund wird dann thematisiert, welche Hilfe durch die Familien überhaupt geleistet werden kann und an welche Voraussetzung diese geknüpft ist. Schließlich geht der Autor auf Ansätze und Herausforderungen professioneller Unterstützung für Familien ein, die als Ausstiegshelfer fungieren.

Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextremismus; Familie; Familienangehöriger; Jugendlicher; Soziale Herkunft; Soziales Umfeld; Hilfeleistung

ID-nummer: 20100820

Möller, Kurt

Regionale Bedingungsfaktoren des Rechtsextremismus aus sozialwissenschaftlicher und (sozial-) pädagogischer Perspektive

Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe - ZJJ, 2010, 2, S. 159-164
mit 38 QU

Der Beitrag befasst sich mit sozialräumlichen Einflussfaktoren auf Rechtsextremismus - unter anderem Faktoren der Sozialstruktur, der sozio-ökonomischen Entwicklung von Regionen, dem politischen Klima, dem im Sozialraum geführten öffentlichen und medialen Diskurs über Rechtsextremismus, dem Verhalten von Akteuren aus dem Bereich der Politik und Zusammenschlüssen der Zivilgesellschaft - und präsentiert Überlegungen zu sozialräumlich relevanten sozialarbeiterischen Erfolgsbedingungen für den Abbau rechtsextremer Haltungen und für eine (Re)Demokratisierung.

Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextremistische Einstellung; Einflussfaktor; Sozialstruktur; Regionalstruktur; Soziales Umfeld; Lebensbedingung; Lebensstandard; Infrastruktur; Sozialarbeit; Sozialpädagogik; Jugendarbeit

ID-nummer: 20100819

Bibouche, Seddik

Rechtsextremismus und sein Umfeld: Eine Regionalstudie

Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe - ZJJ, 2010, 2, S. 151-159
mit 1 TAB, 3 TAF, 8 QU

Der Autor präsentiert wesentliche Befunde einer Untersuchung, die die Tübinger Forschungsgruppe im Auftrag des Vereins für internationale Arbeit und Kultur durchgeführt hat. Ausgangspunkt der Studie waren starke rechtsextreme Aktivitäten, die sich im Jahr 2005 in einem süddeutschen Landkreis ereigneten. Im Fokus der Untersuchung standen die Wechselwirkungen zwischen sozialem Umfeld und Rechtsextremismus, wobei unter anderem strukturelle und soziale Faktoren, lokale Orientierungen, politische Kultur und Haltungen gegenüber Rechtsextremismus berücksichtigt wurden.

Einleitung

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gruppierung; Regionalstruktur; Regionalanalyse; Soziale Ausschließung; Soziale Situation; Soziales Umfeld; Migration; Forschungsergebnis

ID-nummer: 20100818

Krüger, Christine

Hintergründe rechter Gewalt; Erkenntnisse einer biografieorientierten Studie

Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe - ZJJ, 2010, 2, S. 145-151
mit 10 QU

Der Beitrag stellt Ergebnisse einer qualitativen kriminologischen Studie zur Lebenswirklichkeit jugendlicher rechter Gewaltstraftäter vor. Die Analysen der Lebensverläufe richteten sich insbesondere auf die Rekonstruktion der Entwicklung des Gewaltverhaltens und der rechten Einstellung. Sie zeigen, dass die Entwicklung hin zum so genannten rechten Gewaltstraftäter unterschiedlich verlaufen kann und es keine einheitliche Erscheinungsform "rechter Gewaltstraftäter" gibt. Nur selten wird die "rechte" Gewalt tatsächlich von einer rechtsextremen Ideologie motiviert. Erkennbar wird vielmehr eine diffuse, allgemeine Gewalt, die weitgehend nicht als politische Gewalt einzuordnen ist.

Rechtsextremistische Einstellung; Jugendgewalt; Fremdenfeindliche Gewalt; Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Gewalttäter; Gewaltbereitschaft; Biographie; Ideologie; Einflussfaktor; Ausländerfeindlichkeit; Motivation; Kriminologische Untersuchung

ID-nummer: 20100817

Baier, Dirk; Pfeiffer, Christian

Regionale Unterschiede im Rechtsextremismus Jugendlicher

Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe - ZJJ, 2010, 2, S. 135-145
mit 2 TAF, 4 TAB, 37 QU

Regionale Unterschiede im Rechtsextremismus sind bislang wenig untersucht. Vorhandene Studien konzentrieren sich auf den Vergleich von Bundesländern oder auf den Vergleich einzelner ausgewählter Gebiete. Mit einer deutschlandweiten Repräsentativbefragung unter Jugendlichen der neunten Jahrgangsstufe ist es nun erstmals möglich, 61 Landkreise bzw. kreisfreie Städte hinsichtlich ihrer Rechtsextremismusbelastung zu vergleichen. Dabei ergeben sich zum Teil deutliche regionale Unterschiede. Diese Unterschiede können nicht mit der differierenden wirtschaftlichen Situation oder sozialen Zusammensetzung der Gebiete erklärt werden. Notwendig erscheint daher, einerseits weitere Faktoren aus den betrachteten Bereichen in die Analysen einzubeziehen. Andererseits müssten auch weitere Bereiche in die Betrachtung aufgenommen werden.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Jugendgewalt; Einflussfaktor; Regionalanalyse; Bundesland; Ostdeutschland; Ländliches Gebiet; Befragungsergebnis; Meinungsumfrage; Schüler

ID-nummer: 20100816

Rieker, Peter

**Rechtsextremismus bei Jugendlichen und die Entwicklung von Prävention und Intervention:
Wie passen sie zusammen?**

Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe - ZJJ, 2010, 2, S. 130-135
mit 22 QU

In dem Beitrag wird der Frage nachgegangen, inwieweit Präventions- und Interventionsstrategien gegen Rechtsextremismus auf solche Aspekte gerichtet sind, mit denen Jugendliche auffällig werden. Dafür wird zunächst auf verschiedene Ausprägungen von Rechtsextremismus eingegangen und kurz skizziert, inwiefern sich diesbezüglich eine spezielle Jugendproblematik zeigt. Anschließend wird die Entwicklung verschiedener Ansätze der Prävention und Intervention gegen Rechtsextremismus beschrieben. Zum Abschluss wird es darum gehen, inwieweit Präventions- und Interventionsangebote den bei Jugendlichen relevanten Aspekten von Rechtsextremismus gerecht werden.

Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gewalt; Fremdenfeindliche Gewalt; Skinheads; Jugendlicher; Jugendkultur; Jugendsubkultur; Präventionsansatz; Politische Bildung; Jugendarbeit; Intervention; Sozialpädagogik; Sozialarbeit

ID-nummer: 20100815

Farin, Klaus

Unter Kameraden; Rechtsextremismus

Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe - ZJJ, 2010, 2, S. 124-130
mit 5 QU

Die organisierte rechtsextreme Szene stagniert trotz Medien-, Verfassungsschutz- und Antifa-Hype auf niedrigstem Niveau, doch das ist kein Grund zur Entwarnung: Das rechte Gewaltpotential ist nach wie vor hoch. Rund 100.000 Unter-Dreißigjährige in Deutschland gehören rechtsorientierten, gewaltbereiten Cliques an und bilden ein beachtliches antidemokratisches (Gewalt-)Potential. In dem Beitrag gibt der Autor einen Einblick in die rechtsextreme Jugendkultur und beleuchtet die gängigen Erklärungsansätze für neonazistische Einstellung und Gewalt.

Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gewalt; Gewaltpotential; Rassismus; Jugendszene; Erklärungsansatz; Jugendsubkultur; Ursachenforschung; Biographie; Soziales Umfeld; Gesellschaftssystem; Kameraderie; Männlichkeit

Stöss, Richard

Neuere Entwicklungstendenzen des Rechtsextremismus in Deutschland; Ein Überblick

Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe - ZJJ, 2010, 2, S. 116-123
mit 9 TAF, 2 TAB, 23 QU

Seit Anfang der neunziger Jahre hat sich die Anzahl der Rechtsextremisten in der Bundesrepublik von rund 65.000 auf 30.000 halbiert, bei Wahlen ist die Resonanz der rechtsextremistischen Parteien gesunken und auch das rechtsextreme Einstellungspotenzial scheint etwas geringer geworden zu sein.

Nach Ansicht des Autors besteht jedoch kein Anlass zur Entwarnung.

In dem Beitrag wird aufgezeigt, dass der Rechtsextremismus zwar quantitativ rückläufig ist, qualitativ aber einen programmatisch-politischen und einen strukturellen Wandel vollzogen hat und dadurch noch gefährlicher geworden ist.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextremistische Organisation; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Deutsche Volksunion; Republikaner; Nationalismus; Historische Entwicklung; Entwicklungstendenz; Politikwissenschaft; Ideologie; Propaganda; Fremdenfeindlichkeit; Gewaltbereitschaft; Subkultur

Pfahl-Traughber, Armin

Judenfeindschaft als Basis einer Kooperation?; Antisemitismus und Antizionismus bei Islamisten und Rechtsextremisten

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2008/2009, 2009, S. 265-277
mit 42 QU

Islamisten und Rechtsextremisten. Beide Bestandteile des politischen Extremismus weisen grundsätzliche Differenzen auf, welche in dem einen Fall in einer bestimmten Interpretation des Islam und dem anderen Fall in der Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit als Grundlage des ideologischen Selbstverständnisses bestehen. In jüngster Zeit häufen sich jedoch Beispiele, die die Frage aufwerfen:

Droht eine gemeinsame extremistische Front auf Basis des Antisemitismus und Antizionismus? Diese zentrale Problemstellung soll in dem Beitrag über zwei Unterfragen beantwortet werden - welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede bestehen auf ideologischer Ebene beim Antisemitismus in beiden Lagern, und - welche Kooperationen lassen sich mit welchen Interessen in Vergangenheit und Gegenwart ausmachen?

Zunächst werden die beiden zentralen Arbeitsbegriffe "Antisemitismus" und "Antizionismus" definiert, besteht doch kein allgemeiner Konsens über das damit Gemeinte. Danach geht es um die Verbreitung der Ideologievarianten des Antisemitismus im Islamismus und Rechtsextremismus bezogen auf die religiösen und rassistischen, sozialen und politischen sowie die sekundären und antizionistischen Formen. Hierbei wird jeweils eine kurze Erläuterung zum Gemeinten vorgenommen und anschließend die Verbreitung in den beiden Extremismusbereichen eingeschätzt. Erst danach widmet sich die Analyse nach einer Zwischenbilanz den realen Kontakten zwischen Islamisten und Rechtsextremisten in der Vergangenheit und Gegenwart sowie der jeweiligen Interessenlage für eine solche Kooperation. Nach einer darauf bezogenen weiteren Zwischenbilanz werden die Ergebnisse der Untersuchung perspektivisch bewertet und problemorientiert zusammengefasst.

Antisemitismus; Judentum; Extremismus; Rechtsextremismus; Islam; Islamischer Fundamentalismus; Ideologie; Nationalsozialismus; Historie

ID-nummer: 20090039

Nieland, Jörg Uwe

Rechter HipHop in Deutschland - Scheindebatte oder Gefährdung?

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2008/2009, 2009, S. 251-263
mit LITVZ S. 261-263

Diese Betrachtung über eine bislang kaum beachtete Facette rechtsextremistischer Musik stellt einen Werkstattbericht dar, aus den laufenden Erhebungen und Auswertungen (u.a. in der HipHop-Szene und mit Jugendlichen an verschiedenen Schulen) werden Ausschnitte präsentiert. Mit Bezug zu Fragen der öffentlichen Sicherheit in der Bundesrepublik ist mit dem Beitrag zweierlei angestrebt: zum einen sollen Informationen über HipHop als Jugendkultur gegeben werden und zum zweiten wird eine Diskussion über die Reaktionen auf rechten HipHop geführt. Umgesetzt wird das Anliegen in fünf Schritten. Zunächst werden Auslöser und Dringlichkeit der Debatte über den deutschen Battletrap aufgezählt. Der zweite Schritt ist den Ursprüngen und Elementen sowie der Geschichte des HipHop in Deutschland gewidmet. Ob es sich bei rechtem HipHop um ein neues Phänomen handelt, wird in Schritt drei gefragt. Schritt vier stellt einen Blick auf die Reaktionen sowohl der rechten Szene als auch der HipHop-Fans dar. Im abschließenden fünften Schritt werden Gegenstrategien aufgezählt und politik- wie kulturwissenschaftliche Schlussfolgerungen gezogen.

Rechtsextremistische Einstellung; Musikszene; Jugendkultur; Musik; Ideologie; Politische Meinung; Rassismus; Fremdenfeindlichkeit; Nationalismus; Jugendlicher; Heranwachsender; Jugendgefährdung; JÖSchG; Jugendschutz; Rechtsextremismus; Gefährdung; Gefahrenlage; Gewalttätigkeit; Beschlagnahme; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Nationalsozialismus

ID-nummer: 20110293

Wahlberg, Henriette

Wege aus der Neonazi- und Skinhead-Szene

Schriftenreihe der Hochschule der Polizei Hamburg, 2009, Bd 3, S. 66-84
Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus; 1. Fachtagung der Hochschule der Polizei Hamburg, Hamburg; BR Deutschland, 2009 [14.07.]
mit 1 BILD, 2 QU

Bei dem Vortrag handelt es sich um den Erfahrungsbericht einer Frau, die bereits mit 14 Jahren - 1985 in die Rechte Szene gekommen ist. Nach einem ersten missglückten Ausstiegsversuch 2003 gelang ihr, durch die Unterstützung von EXIT (Ausstiegshilfe aus dem Rechtsextremismus), 2005 der endgültige Ausstieg aus der Szene.

Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextremistische Einstellung; Neonazistische Gruppe; Politisch motivierter Täter; Radikalisierung; Identitätsänderung; Biographie; Erfahrungsbericht; Zeugenschutzprogramm; Hilfsorganisation

ID-nummer: 20110292

Mannichl, Alois

Rechtsradikale Hetzkampagnen und Strafanzeigen gegen EinsatzleiterInnen

Schriftenreihe der Hochschule der Polizei Hamburg, 2009, Bd 3, S. 54-65

Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus; 1. Fachtagung der Hochschule der Polizei Hamburg, Hamburg; BR Deutschland, 2009 [14.07.]

mit 1 BILD, 2 QU

Der Autor schildert die Vorkommnisse mit rechtsextremen Gruppierungen in der Stadt Passau und Umgebung in seiner Funktion als Einsatzleiter und Polizeiführer.

Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Erfahrungsbericht; Einsatzleiter; Polizeieinsatz; Passau

ID-nummer: 20090175

Heuer, Hans Joachim

Fremde als Belastung und Gefährdung; Zu einigen Bewertungsstrategien der 90er Jahre; Vortrag des Autors, gehalten am 02.05.2007 im Rahmen einer AKIS-Tagung an der Deutschen Hochschule der Polizei (in Gründung) in Münster

Studien zur Inneren Sicherheit,

Polizei und Fremde - Fremde in der Polizei, 2009, Bd 12, S. 45-68

mit 2 TAB, 78 QU

Die Implementierung von Leitbildern in den Polizeibehörden, die in den 90er Jahren ein wenig als Allheilmittel gegen abweichendes Verhalten von Organisationsmitgliedern gesehen wurde, ist nicht durchgängig realisiert worden. Davon abgesehen, dass mitunter sog. top-down-Verfahren gewählt wurden, die definitiv nicht die gewünschten Identitätsstiftungen zum Ergebnis haben können, hat die Studie von Behr verdeutlicht, dass es mindestens zwei Leitbild-Kulturen in den Polizeien gibt, die eher informalisierte Kultur der Straßenpolizisten (Cop culture) und das eher offizielle Leitbild des polizeilichen Managements, welches in den Internet- und Intranetportalen nachzulesen ist. Nach der Analyse von Behr haben beide Leitvorstellungen oder -bilder nicht unbedingt vielfältige Schnittstellen miteinander.

Zusammenfassend kann nach über zehn Jahren Recherchen, Analysen, Bewertungen und verschiedenen Maßnahmen sicherlich festgehalten werden, dass rassistisches Verhalten (intern und extern) nicht mehr geleugnet oder irgendwie relativiert wird. Es ist das Bemühen unverkennbar, Fremdenfeindlichkeit bei der Polizei offensiver anzugehen, auch wenn der Kontext ein anderer geworden ist. Darüber hinaus wird polizeiintern noch stärker als bisher an das notwendige Vertrauen aller Bürger und Bürgerinnen in die Polizei appelliert, um überhaupt Polizeiarbeit hoch legitimiert fortsetzen zu können. Die Gefahr fremdenfeindlichen Verhaltens und die Beeinflussung polizeiberuflicher Handlungen durch fremdenfeindliche Motive scheint keineswegs auf Dauer gebannt zu sein.

Rechtsextremismus; Fremdenfeindlichkeit; Definition; Polizei; Polizeiübergriff; Polizeiarbeit; Polizeiliches Handeln; Leitbild; Mitarbeiter; Polizeibeamter; Selbstverständnis; Rechtsradikalismus; Politische Meinung; Meinungsbildung; Meinungsumfrage; Polizeiliche Praxis; Politische Partei; Forschungsstudie; Polizeiausbildung; Polizeiführung; Personalentwicklung

ID-nummer: 20110291

Vahldiek, Heino

Zwischen Subkultur, Gewalt und dem Kampf um die Straße

Schriftenreihe der Hochschule der Polizei Hamburg, 2009, Bd 3, S. 42-53

Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus; 1. Fachtagung der Hochschule der Polizei Hamburg, Hamburg; BR Deutschland, 2009 [14.07.]

mit 1 BILD

Der Rechtsextremismus stellt in der Bundesrepublik Deutschland kein einheitliches Gefüge dar. Neben den in Parteien und Kameradschaften organisierten Rechtsextremisten wurden im Jahr 2008 bundesweit etwa 9.500 Personen (2007: 10.000) der gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene zugerechnet.

Aus Sicht des Landesamtes für Verfassungsschutz Hamburg werden in dem Vortrag diese Zahlen und somit auch die Entwicklung erläutert. Dabei beschränkt sich der Referent bei seinen Ausführungen auf die rechtsextremistischen Gewalttaten in Hamburg.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextreme Gruppierung; Verfassungsschutz; Neonazismus; Skinheads; Deutsche Volksunion; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Hamburg

ID-nummer: 20110290

Baier, Dirk

Aktuelle Erkenntnisse einer Dunkelfeldstudie

Schriftenreihe der Hochschule der Polizei Hamburg, 2009, Bd 3, S. 14-41

Aktuelle Entwicklungen im Rechtsextremismus; 1. Fachtagung der Hochschule der Polizei Hamburg, Hamburg; BR Deutschland, 2009 [14.07.]

mit 1 BILD, 8 TAF, 3 TAB, LITVZ S. 40-41

In den Schlussfolgerung aus den Analysen stellt der Autor fest, dass Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus das Weltbild einer Minderheit von Jugendlichen prägen: 14,4 % müssen als sehr ausländerfeindlich eingestuft werden; bei insgesamt 5,2 % der Jugendlichen verbindet sich dies mit rechtsextremen Verhaltensweisen. Fast die Hälfte der befragten deutschen Jugendlichen äußert sich allerdings weder ausländerfeindlich noch zeigt sie Anzeichen rechtsextremen Verhaltens.

Die Analysen zu den Bedingungsfaktoren von Rechtsextremismus belegen, dass eine Reihe an Faktoren beachtet werden muss. Aufgrund von zwei Befunden sollten diese Bedingungsfaktoren weiter untersucht werden: Erstens hat sich gezeigt, dass trotz Berücksichtigung zahlreicher Bedingungsfaktoren ein nicht unerheblicher Anteil der Varianz unerklärt bleibt. Zweitens ergeben sich auch nach Berücksichtigung verschiedener Faktoren signifikante Unterschiede in den Rechtsextremismusquoten der einbezogenen 61 Gebiete.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Ausländerfeindlichkeit; Ursachenanalyse; Jugendlicher; Dunkelfelduntersuchung

Rechtsextremistische Gewalttäter im Jugendstrafvollzug; Der Einfluss von Jugendhaft auf rechtsextremistische Orientierungsmuster jugendlicher Gewalttäter

Kriminologische Forschungsberichte - Schriftenreihe des MPI, Freiburg, 2009, Bd K 148, 284 S. mit 23 TAF, 23 TAB, LITVZ S. 241-260, 10 ANL

Rechtsextremismus ist hierzulande seit den pogromartigen Gewaltextzessen junger Männer gegen Ausländer und Flüchtlinge in den 1990er Jahren ein zentraler Gegenstand der Gewaltforschung und Kriminalpolitik. Vor dem Hintergrund der seither steigenden Zahl rechtsextremistischer Straftaten und nicht zuletzt angesichts der außerordentlichen gesellschaftlichen Sprengkraft ideologisch motivierter Gewaltakte erfährt die Forderung nach einem härteren Vorgehen der Justiz gegen rechtsextremistische Gewalttäter zunehmend Konjunktur.

Dabei wird allerdings die Frage außer Acht gelassen, inwieweit härtere Strafen ein wirksames Mittel bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Orientierungen darstellen.

Die vorliegende Arbeit stellt den Versuch dar, erstmals die staatlich institutionalisierte Jugendstrafe und das Phänomen rechtsextremistischer Jugendgewalt zusammenhängend zu betrachten. Das zentrale Ziel ist es, einen Beitrag zur Klärung der Frage zu leisten, welchen Einfluss die Erfahrungen in der Haft auf die Entwicklung von jungen Männern haben, die aus einer rechtsextremistischen Motivation heraus Gewalt ausgeübt haben. Vor dem Hintergrund des Erziehungsauftrags der Jugendstrafe liegt der Schwerpunkt der Arbeit auf der systematischen Erforschung der Faktoren, die eine Ablösung der Verfestigung von rechtsextremistischen Einstellungen und Handlungsorientierungen zur Folge haben können.

Zunächst werden die wichtigsten Ergebnisse der Arbeit unter Bezugnahme des bisherigen theoretischen und empirischen Forschungsstandes diskutiert. Es folgt eine Diskussion der methodischen und inhaltlichen Grenzen der Arbeit, auf deren Basis ein erster Ausblick auf künftige Forschungsvorhaben vorgenommen wird. Zum Abschluss werden die Konsequenzen der Studie in Hinsicht auf die vollzugspraktischen Möglichkeiten des Umgangs mit dem gerade auch im rechtsextremistischen Sinne bedrohlichen Klientel rechtsextremistischer jugendlicher Gewalttäter erörtert.

Jugendgewalt; Gewalttäter; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gewalt; Gewaltforschung; Sanktionsforschung; Jugendvollzugsanstalt; Jugendstrafe; Sanktionswirkung; Vollzugsziel; Strafschärfung; Haftpopulation; Erziehungsgedanke; Sozialer Hintergrund; Autoritarismus; Persönlichkeitsmerkmal; Täterpersönlichkeit; Sozialbiographie; Resozialisierungsmaßnahme; Resozialisierungserfolg

Baier, Dirk; Pfeiffer, Christian; Simonson, Julia; Rabold, Susann

Jugendliche in Deutschland als Opfer und Täter von Gewalt; Erster Forschungsbericht zum gemeinsamen Forschungsprojekt des Bundesministeriums des Innern und des KFN

KFN-Forschungsberichte, 2009, Bd 107, 132 S.
mit LITVZ S. 128-131, zahlr. TAB, zahlr. TAF, 1 ANL

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium des Innern wurde erstmalig eine für Deutschland repräsentative Befragung zur Thematik Jugenddelinquenz/-gewalt organisiert. In den Jahren 2007 und 2008 wurden insgesamt 44.610 im Durchschnitt 15-jährige Schüler aus 61 repräsentativ ausgewählten Landkreisen bzw. kreisfreien Städten befragt. Einbezogen wurden dabei Schüler neunter Klassen aus allen Schulformen. Schwerpunkt dieses ersten Forschungsberichtes ist das Thema „Jugendliche als Opfer und Täter von Gewalt“. Dabei werden auch die zu einzelnen Gebieten vorliegenden Ergebnisse von Dunkelfeldbefragungen aus den Jahren 1998 und 1999 sowie die Befunde aus entsprechend durchgeführten Längsschnittstudien aus anderen Städten einbezogen. Auf diese Weise ist es möglich, zumindest für acht Gebiete die seit 1998 eingetretene Entwicklung von Jugendgewalt und anderer Formen von Jugenddelinquenz zu analysieren. Ferner wird ein erster Überblick zu den Erkenntnissen vermittelt, die zur Ausländerfeindlichkeit, zum Antisemitismus sowie zum Rechtsextremismus deutscher Jugendlicher erarbeitet werden konnten.

Jugendkriminalität; Jugendgewalt; Entwicklungstendenz; Jugendlicher; Polizeiliche Kriminalstatistik; Opfererfahrung; Gewalterfahrung; Anzeigeverhalten; Elterliche Gewalt; Gewalt in der Familie; Gewalt in der Schule; Jungtäter; Straffälliger Jugendlicher; Täterpersönlichkeit; Täterverhalten; Täteruntersuchung; Soziale Ausschließung; Soziale Herkunft; Soziale Integration; Soziale Umwelt; Soziales Milieu; Peer Group; Intensivtäter; Dunkelfeldforschung; Befragung; Schüler; Drogenkonsum; Fremdenfeindlichkeit; Antisemitismus; Rechtsextremistische Einstellung

Haubeck, Julia

Gefahr von Rechts; Erscheinungsformen des Rechtsextremismus und Präventionsmöglichkeiten der Sozialen Arbeit

Schriftenreihe des Instituts für angewandte Rechts- und Sozialforschung der Fachhochschule Braunschweig/Wolfenbüttel, 2009, Bd 4, 76 S.

mit LITVZ S. 75-76

Der Begriff "Rechtsextremismus" ist jedem geläufig. Weit verbreitet sind die Ansichten, dass all' diejenigen rechtsextrem sind, die Symboliken wie Springerstiefel, Bomberjacken und kahl rasierte Köpfe provokant nach außen tragen. Doch ist der Rechtsextremismus lediglich auf diese Symboliken zu reduzieren? Sicherlich ist er das nicht! Rechtsextremismus zeichnet sich durch eine Vielfältigkeit aus, welche die rechte Szene attraktiv erscheinen lässt - besonders für junge Menschen. Charakteristisch sind die Verbreitung der Ideologie über die modernen und jugendtypischen Medien wie Internet und Musik und als Anreiz wird die Zugehörigkeit zur kraftstrotzenden Gemeinschaft idealisiert.

Die Arbeit setzt sich vor allem mit dem jugendlichen Rechtsextremismus auseinander und fragt nach den Ursachen, die Jugendliche rechtsextrem werden lassen. Welche Orientierungen und Anziehungspunkte bieten rechtsextreme Gruppierungen und lassen sie attraktiv für Jugendliche erscheinen? Mit welchen Problemen haben junge Menschen in der heutigen Gesellschaft zu kämpfen, dass sie ausgerechnet in der rechten Szene Zuflucht suchen? Welche Bedeutung kommt dem Genderaspekt zu? Neigen nur Männer zu rechtsextremen Orientierungen oder haben die Frauen bereits aufgeholt? Polizei und Soziale Arbeit beschäftigen sich seit geraumer Zeit mit dem Phänomen des jugendlichen Rechtsextremismus. Jede Profession entwickelt eigene Strategien für präventives Handeln. Die vorliegende Arbeit zeigt auf, dass Soziale Arbeit dabei der Einsicht folgt, dass Prävention vielseitig und abwechslungsreich gestaltet werden kann, um einen Zugang zu den betroffenen Jugendlichen zu erhalten. Es wird daraufhingewiesen, dass Präventionsarbeit in verschiedenen Stadien anzubieten ist, so dass auch Jugendliche, die bereits tief in der rechtsextremen Szene verankert sind, nicht aufgegeben werden sollten. Spezielle Aussteigerprogramme werden vorgestellt, wie EXIT-Deutschland, die ausstiegswilligen Jugendlichen Alternativen zum Rechtsextremismus aufzeigen und sie beim schwierigen Weg aus der rechten Szene unterstützen, wobei auch die Eltern mit einbezogen werden.

Sozialarbeit; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt;
Jugendarbeit; Jugendszene; Jugendkultur; Erscheinungsform; Ursachenforschung;
Primärprävention; Präventionsarbeit

Jaschke, Hans Gerd; Kock, Sonja

Aktuelle Forschungen zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland

Die Polizei, 2009, 11, S. 324-327
mit 11 QU

Die Messung rechtsextremer Einstellungen in Deutschland hat eine lange Tradition und fällt historisch mit der Zeit des Nationalsozialismus zusammen. In den vierziger Jahren legten Theodor W Adorno und andere im amerikanischen Exil empirische Studien über den "autoritären Charakter" vor, die auch heute noch lesenswert sind. Sie beschäftigen sich mit den Fragen, warum gerade die Deutschen so anfällig waren für die NS-Ideologie und Programmatik, warum Millionen Hitler gewählt hatten und ihn auch unterstützten. Die Forschergruppe um Adorno fand heraus, dass bestimmte Persönlichkeitsmerkmale die Anfälligkeit für rechtsextreme Parolen fördern: Konventionalismus, autoritäre Unterwürfigkeit, stereotypes Denken und Denkmuster in Freund/Feind-Kategorien sind hier besonders auffällig.

Nach 1945 sind zahlreiche Untersuchungen vorgelegt worden, die ähnlichen Fragestellungen nachgehen: Wie groß ist das rechtsextreme Einstellungspotential im Nachkriegsdeutschland und in anderen Gesellschaften? Was sind die förderlichen Bedingungen dafür? Welche Personengruppen sind besonders betroffen? Wie kann dem entgegengewirkt werden? Natürlich sollten diese Untersuchungen auch dazu beitragen, die Selbstreflexion der Gesellschaft zu fördern, die Differenz zwischen Demokratie und Diktatur zu verdeutlichen und die Grundlagen der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland zu festigen. Die Ergebnisse haben in mancher Hinsicht eine bedrückende Gleichförmigkeit: Mit einem rechtsextremen Einstellungspotential in der Bevölkerung von etwa 10 bis 15 Prozent ist zu rechnen. Strukturen des Vorurteils gegenüber Minderheiten haben überlebt und sind tief verwurzelt in der Mitte der Gesellschaft. Mit höheren Bildungsabschlüssen sinkt die Zustimmung zu rechtsextremen Parolen. Von Arbeitslosigkeit Bedrohte und Ältere sind eher bereit, ihnen zu folgen.

Unter den aktuellen Studien zu rechtsextremen Einstellungen in Deutschland zählen die von einer Arbeitsgruppe an der Universität Leipzig seit 2002 im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung durchgeführten Untersuchungen zu den umfassendsten und fundiertesten. Die Ergebnisse wurden in drei Bänden veröffentlicht (Decker u. a. 2006, Decker/ Brähler 2008 und Decker u. a. 2008). In dem Beitrag werden diese Studien vorgestellt und im Anschluss mit anderen aktuellen Untersuchungen zu rechtsextremen Einstellungen verglichen. Abschließend soll kurz auf die Bedeutung solcher Studien für die Polizei eingegangen werden.

Rechtsextremistische Einstellung; Persönlichkeitsstruktur; Kriminologische Untersuchung; Forschungsstudie; Befragungsergebnis; Antisemitismus; Regionalanalyse; Ausländerfeindlichkeit; Autoritarismus

Ziercke, Jörg

Aktuelle Entwicklungen Politisch motivierte Kriminalität -rechts- und Vorstellung der Untersuchung "NPD-Wahlmobilisierung und politisch motivierte Gewalt" des Hannah-Arendt-Instituts der Technischen Universität Dresden; Bundespressekonferenz am 19. Dezember 2009, 10:00 Uhr

BKA - elektronische Veröffentlichung, 2009, 8 S.

Im Jahr 2008 wurde mit über 20.000 polizeilich gemeldeten Straftaten Politisch motivierter Kriminalität (PMK) -rechts- der höchste Wert rechtsmotivierter Kriminalität seit Einführung einer neuen polizeilichen Zählweise im Jahr 2001 registriert. In den vergangenen Jahren haben sich die Fallzahlen nahezu kontinuierlich gesteigert. Auch im Jahr 2009 zeichnet sich eine ähnlich hohe Tendenz ab. Das rechtsextremistische Potenzial in Deutschland belief sich dem Verfassungsschutz zufolge im vergangenen Jahr auf 30.000 Personen, von denen ein Drittel als gewaltbereit eingestuft wird.

Im deutschen Rechtsextremismus spielt die radikalisierte Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) seit über zehn Jahren auch angesichts zahlreicher Wahlerfolge auf regionaler und kommunaler Ebene eine herausragende Rolle.

Um rechter Kriminalität adäquat begegnen zu können, um neue Entwicklungen und Brennpunkte möglichst frühzeitig zu erkennen und entsprechend gegensteuern zu können - Stichwort Früherkennung - werden valide Erkenntnisse zu Ursachen und Erscheinungsformen rechter Kriminalität benötigt. Die Studie des Hannah-Arendt-Instituts listet Möglichkeiten zur Früherkennung auf. Die Untersuchung stellt fest, dass konsequente Strafverfolgung deeskalierend wirkt. Auch der relativ hohe Anteil von Taten, bei denen Gewalt - insbesondere von rechten Gewalttätern - akut lebensbedrohlich eingesetzt wird und es lediglich von Zufall abhängt, ob es zu tödlichen Verletzungsfolgen kommt oder nicht, macht deutlich, wie wichtig eine konsequente Strafverfolgung ist.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Gewaltbereitschaft; Entwicklungstendenz; Statistische Angaben; Früherkennung; Frühwarnsystem; Skinheads; Ideologie; Fremdenfeindliche Gewalt; Polizeistrategie; Strafverfolgung

Pfeiffer, Christian

Rechtsextremismus Jugendlicher - wirklich so bedrohlich?

Der Kriminalist, 2009, 7-8, S. 22-23
mit 1 BILD

Vor sechs Wochen wurden in der Bundespressekonferenz von Bundesinnenminister Schäuble und dem Autor die Ergebnisse eines bundesweiten Forschungsprojektes zur Jugendgewalt vorgestellt. Sie beruhen auf einer vom Bundesinnenministerium geförderten Repräsentativbefragung von knapp 45.000 Neuntklässlern, die mit Daten aus früheren Untersuchungen verglichen werden konnten. Das Kriminologische Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) hatte die Befragung in den Jahren 2007/2008 in 61 zufällig ausgewählten Städten und Landkreisen Deutschlands durchgeführt. Jeder Siebte der befragten deutschen 14- bis 16-Jährigen hat ausländerfeindliche Einstellungen offenbart. 5,2 Prozent sind als eindeutig rechtsextrem einzustufen (Ausländerfeindlichkeit gekoppelt mit entsprechendem Verhalten bis hin zu Straftaten). 3,8 Prozent sind nach eigenen Angaben Mitglied in einer rechten Gruppe oder Kameradschaft. Auffällig ist ferner, dass Jungen im Vergleich zu Mädchen hier jeweils klar dominieren: bei der Ausländerfeindlichkeit mit 19 zu 9,6 Prozent, beim Rechtsextremismus sogar mit 8,1 zu 2,3 Prozent. Von den 4,9 Prozent der männlichen Jugendlichen, die nach eigenem Bekunden Mitglieder rechtsextremer Gruppierungen sind, haben immerhin zwei Fünftel ausländerfeindliche Straftaten zugegeben. Sie haben z.B. gezielt Ausländer geschlagen und verletzt oder ein von Ausländern bewohntes Haus beschädigt. Dies zeigt, dass es allen Anlass gibt, diese Befunde ernst zu nehmen und taugliche Präventionsstrategien zu entwickeln.

Rechtsextremismus; Jugendlicher; Heranwachsender; Jugendkriminalität; Jugendgewalt; Statistik; Ausländer; Ausländerfeindlichkeit; Fremdenfeindlichkeit; Migrant; Präventionsstrategie; Kriminalitätsursache

Vierregge, Elmar

Relativierung und Leugnung des Holocaust; Eine Analyse zu Argumentationsmustern und zur Lage des rechtsextremistischen Revisionismus

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2008, Bd 2, S. 303-341
mit 134 QU

Seit dem Untergang des Dritten Reiches sehen sich Rechtsextremisten aufgrund der Erinnerung an dessen Verbrechen in ihren Bemühungen behindert, der Demokratie eine Systemalternative entgegenzustellen. Aus diesem Grund relativieren und leugnen sie seit mittlerweile sechs Jahrzehnten den Holocaust. Ihre Aktivitäten setzten bereits kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ein und entfalteten sich zunächst außerhalb Deutschlands. In den 1970er und 1980er Jahren bildeten sie eine international kooperierende Szene, die sich schließlich um die Vortäuschung eines wissenschaftlichen Hintergrundes bemühte. Obwohl die Holocaust-Leugner gelegentlich die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregten und sie die modernen Medien für ihre Agitation nutzten, blieben sie lediglich eine von der Wissenschaft nicht akzeptierte Gemeinschaft, deren Handlungsmöglichkeiten durch eine sich in den 1990er Jahren verschärfende Strafverfolgung entscheidend eingeschränkt wurden. Gegenwärtig bilden diese Personen eine gesellschaftlich randständige Gruppe, die zwar innerhalb der rechtsextremistischen Szene Anerkennung findet, sich aber seit einigen Jahren in einer Krise befindet, aus der es zur Zeit keinen Ausweg zu geben scheint.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Einstellung; Neonazismus; Faschismus; Massenmord; Leugnen; StGB P 130; Agitation; Völkermord; Antisemitismus; Nationalsozialismus; Drittes Reich; Historie; Strafverfolgung

Pfeiffer, Thomas

Parteinahe Jugendzeitschriften einer neuen sozialen Bewegung von rechts; Eine Analyse zu Funktion und Inhalten von sechs Periodika

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2008, Bd 2, S. 264-302
mit 132 QU

Moderne Optik und jugendgerechte Medien prägen in erheblichen Teilen die Agitation des zeitgenössischen Rechtsextremismus - hierzu tragen kostenlose Musik-CDs, einschlägige Websites mit jugendaffinen Elementen, aber auch Jugendzeitschriften bei. Sechs Periodika nimmt der Beitrag exemplarisch in den Blick: fünf aus der NPD, eine Zeitschrift aus der Organisation „pro Köln“. Letztere ist im Verfassungsschutzbericht NRW als Verdachtsfall einer verfassungsfeindlichen Bestrebung eingeordnet. Anknüpfend an den bewegungstheoretischen Ansatz der Rechtsextremismusforschung, werden sie als parteinahe Jugendzeitschriften einer neuen sozialen Bewegung von rechts verstanden und hinsichtlich ihrer Vernetzungsleistung, ihres Beitrags zur symbolischen Integration der Bewegung und ihrer Professionalität untersucht. Im Ergebnis spiegeln die Periodika die Gleichzeitigkeit von Provokation und Tarnung wider, die für die Bewegung von rechts zurzeit typisch ist, insbesondere für ihre Ansprache von Jugendlichen. Die meisten dieser Medien nutzen den Reiz des Verbotenen und Verpönten - gleichzeitig treten euphemistische Formulierungen an die Stelle stigmatisierter Begriffe. Fremdenfeindliche Tendenzen sind den Periodika gemeinsam, während ihre Vernetzungsrichtungen und Professionalisierungsgrade variieren.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Zeitschrift; Medieneinfluss; Medienpolitik; Meinungsbildung; Propaganda; Jugendgefährdende Schriften; Verbotsgrund; Beschlagnahme; Rechtsextremistische Einstellung; Fremdenfeindlichkeit; Politische Meinung; Sprache; Jugendlischer; Heranwachsender; Ideologie; Netzwerk; Musik; Jugendkultur; Journalismus; Kommunikation

Menhorn, Christian

Die Bedeutung subkultureller Bewegungen für den deutschen Rechtsextremismus; Die Strategie und Taktik von Neonationalsozialisten und NPD gegenüber subkulturell geprägten Rechtsextremisten

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2008, Bd 2, S. 247-263
mit 31 QU

Der Beitrag beschreibt die Wechselwirkungen zwischen dem subkulturellen Spektrum und den beiden anderen, ausschließlich politisch orientierten Bereichen des deutschen Rechtsextremismus - dem Neonationalsozialismus und den rechtsextremistischen Parteien - seit der Wiedervereinigung. Er zeigt zudem auf, inwieweit Neonationalsozialisten und NPD in Vergangenheit und Gegenwart versuchten, subkulturelle rechtsextremistische Strömungen für ihre Belange zu instrumentalisieren und dabei auf Veränderungen im subkulturellen Segment einzugehen gezwungen waren. Dabei untersucht der Autor zum einen das Verhältnis zwischen den rechtsextremistischen Skinheads in den 1990er Jahren zu den beiden anderen Spektren des Rechtsextremismus. Zum anderen geht er auch auf die gegenwärtigen Positionen von NPD und Neonationalsozialisten bezüglich der subkulturell geprägten „Autonomen Nationalisten“ ein und prognostiziert, daß auch zukünftig beide Lager das nicht unerhebliche Potential subkultureller Rechtsextremisten in ihrer Strategie zu berücksichtigen haben werden.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Organisation; Rechtsextreme Gewalt;
Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Deutsche Volksunion; Neonazistische Gruppe;
Politisch motivierte Straftat; Skinheads; Subkultur; Ideologie; Verfassungsschutzbehörde;
Wiedervereinigung; Vereinsverbot

Jung, Walter

Neonazismus in der "Deutschen Stimme"; Eine ideologietheoretische Analyse der NPD-Parteizeitung

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2008, Bd 2, S. 193-246
mit 114 QU

Im Beitrag geht es um die Frage nach der Existenz neonazistischer Einstellungen in der NPD. Zur Beantwortung dieser Frage zieht der Autor die Ausgaben der NPD-Parteizeitung „Deutsche Stimme“ (DS) heran, die zwischen März 2003 und Januar 2008 erschienen. Es gelingt dabei, für den Untersuchungszeitraum eindeutige neonazistische Tendenzen bis hin zu - wenn auch relativ seltenen - direkten, in Inhalt und Formulierung völlig unverhohlenen Bekenntnissen zum historischen Nationalsozialismus (NS) in der DS nachzuweisen. Für einen erheblichen Teil der dabei zitierten DS-Artikel neonazistischen Inhalts zeichnen ehemalige wie aktuelle, teils hochrangige NPD-Funktionäre als Autoren verantwortlich. U.a. diese Befunde lassen Rückschlüsse auf die Verbreitung neonazistischer Einstellungshaltungen bis in Führungskreise der Partei zu. Abschließend ordnet der Beitrag diese neonazistischen Tendenzen in ein umfassenderes Phänomen ein, von dem der in der DS nachweisbare Neonazismus nur einen, wenn auch einen vor dem Hintergrund der vom historischen NS zu verantwortenden Verbrechen moralisch besonders abstoßenden Teilaspekt darstellt: eine während des Untersuchungszeitraumes in der DS durchgängig feststellbare fundamentale Ablehnung der westlichen Moderne, Werteordnung und Wertegemeinschaft im Allgemeinen und der auf diesen Werten beruhenden freiheitlichen demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland, aber auch anderer westlich-modern determinierter Staaten im Besonderen. Er konstatiert dabei einen ausgeprägten, gegen die westliche Moderne gerichteten politisch-ideologischen Eklektizismus der in der DS vertretenen Rechtsextremismusvarianten.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Politische Partei; Partei; Politik; Parteiverbot; Medienpolitik; Meinungsbildung; Zeitschrift; Analyseverfahren; Sprache; Propaganda; Politische Meinung; Neonazismus; Definition; Nationalsozialismus; Historie; Drittes Reich; Fremdenfeindlichkeit; Fremdenhass; Rechtsstaatsprinzip; Verfassungsfeindlichkeit; Verfassungswidrigkeit; Demokratie; Wertesystem; Freiheit; Ideologie; Globalisierung; Sozialismus; Rassismus; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Statistische Angaben; Beleidigung; Innere Sicherheit

Grumke, Thomas

"Und sie bewegt sich doch": Rechtsextremismus als soziale Bewegung; Das Analysepotential der Bewegungsforschung zur Interpretation neuerer Entwicklungen im Rechtsextremismus

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2008, Bd 2, S. 95-121
mit 2 TAF, 2 TAB, 65 QU

Wie Dieter Rucht zu Recht anmerkt, könnte die Frage danach, ob Rechtsextremismus in Deutschland heute als soziale Bewegung beschrieben werden kann, getrost ignoriert werden, wenn es nur um Begrifflichkeiten ginge. Der analytische Nutzen, der unter anderem von Richard Stöss eingefordert wurde, liegt nach Ansicht des Verfassers schlicht darin, dass der moderne Rechtsextremismus gar nicht mehr anders verstanden werden kann: Schon vor fast 20 Jahren forderte Klaus von Beyme, dass das Studium von Rechtsextremismus nicht allein aus Parteien- und Wahlforschung bestehen dürfe, da der gesamte politische Kontext dieses Phänomens so nicht erfasst werden könne. In der Tat sind die eher partikularen Ansätze der Parteien- und Wahlforschung oder der Jugend- und Gewaltforschung kaum in der Lage, das komplexe, heterogene und mittlerweile sich internationalisierende Phänomen voll zu erfassen. Selbstverständlich ohne einen wissenschaftlichen Alleinvertretungsanspruch formulieren zu wollen, stellt die Bewegungsforschung eine Reihe von Analysewerkzeugen bereit, die zum Verständnis des zeitgenössischen Rechtsextremismus erheblich beitragen.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextremistische Organisation; Rechtsradikalismus; Fremdenfeindliche Gewalt; Politikwissenschaft; Soziales Umfeld; Historie; Gesellschaftssystem; Gesellschaftsstruktur; Nationalsozialismus; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Deutsche Volksunion; Organisationsform; Ideologie; Netzwerk

Stöss, Richard

Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik; Eine empirische Analyse zum Zusammenhang bei den Einstellungen in der Bevölkerung

Schriften zur Extremismus- und Terrorismusforschung, 2008, Bd 2, S. 66-94
mit 6 TAB, 39 QU

Rechtsextreme Angebote stoßen bei der Bevölkerung vor allem dann auf Resonanz, wenn sie sich nicht nur gegen die politisch-kulturelle Ordnung sondern auch gegen die ökonomisch-sozialen Verhältnisse richten. Denn im Bewusstsein der Bürger besteht ein enger Zusammenhang zwischen Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik. Rechtsextreme Kapitalismuskritik äußern 17 Prozent der Befragten. Sie findet sich insbesondere bei der von den gesellschaftlichen Verwerfungen besonders betroffenen Unterschicht. Zwar sind rechtsextrem eingestellte Personen immer noch weithin in das demokratische Parteiensystem integriert, aber die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen begünstigen einen sich kapitalistisch-kritisch gerierenden Rechtsextremismus. Aus seiner Sicht bedeuten nämlich die Entgrenzung der Welt, die verstärkte Migration, die Entwertung der Nationalstaaten, der Steuerungsverlust der Politik und die kulturellen Angleichungstendenzen eine fundamentale Bedrohung von Volk und Nation. Kapitalismuskritik ist in der Bundesrepublik weit verbreitet und findet sich in allen politischen Lagern: Insgesamt 58 Prozent der Befragten äußern entsprechende Vorbehalte, bei den PDS-Anhängern sind es 80 Prozent, bei denen der CDU/CSU 52 Prozent und bei den FDP-Anhängern immerhin noch 25 Prozent. Die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung hat mithin ein enormes Ausmaß angenommen, Kapitalismuskritik gehört fast schon zum normalen Einstellungsinventar der Bundesbürger. So verwundert es auch nicht, dass 85 Prozent der Rechtsextremisten kapitalismuskritisch eingestellt sind. Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik sind bei ihnen fast vollständig miteinander verbunden. Die hegemoniale Stellung der NPD im rechtsextremen Lager dürfte vor allem darauf beruhen, dass sie die einzige Partei ist, die den Zusammenhang von völkischnationalistischen und kapitalismuskritischen Positionen glaubhaft darstellt. Die Schnittmenge von Rechtsextremismus und Kapitalismuskritik bezeichnen wir als rechtsextreme Kapitalismuskritik, die von Rechtsextremismus und Antikapitalismus als rechtsextremen Antikapitalismus. Der Anteil der Rechtsextremisten an der bundesdeutschen Bevölkerung beträgt 20 Prozent. Rechtsextreme Kapitalismuskritik äußern 17 Prozent, rechtsextremen Antikapitalismus 11 Prozent der Befragten. Rechtsextremismus bzw. rechtsextreme Kapitalismuskritik nimmt mit wachsendem Alter zu und ist vor allem bei Frauen, bei Arbeitslosen, einfachen Arbeitern und Rentnern sowie entsprechend bei der Unterschicht zu beobachten. Die Mittelschicht und insbesondere die Oberschicht sind dagegen nahezu immun.

Rechtsextremismus; Kapitalismus; Bevölkerungseinstellung; Politische Meinung; Meinungsbildung; Ursachenforschung; Politik; Kritik; Globalisierung; Demokratie; Gesellschaftlicher Wandel; Rechtsextremistische Einstellung; Politische Partei; Zukunftsperspektive; Bedrohung; Nationalismus; Sozialismus; Ideologie; Nationalsozialismus; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Statistische Angaben; Statistik

Fittkau, Karl Heinz; Graser, Peter

Zur Rolle individueller politischer Bekenntnisse und gesellschaftlicher Zuschreibung beim Töten durch Jugendliche

Oranienburger Schriften, 2008, Bd 2, S. 59-64
mit 21 QU

Der Beitrag stellt eine Auskoppelung aus einer umfangreichen Studie zu Tötungsdelikten, begangen durch jugendliche und heranwachsende Täter, dar. Es handelt sich um eine Totalerhebung über die Landgerichtsbezirke Neuruppin und Frankfurt/Oder im Zeitraum zwischen 1992 und 2002. Diese Grundgesamtheit besteht aus 16 Taten mit insgesamt 45 Tätern, welche durch die Strafverfolgungsbehörden als vollendete oder versuchte Tötungsdelikte qualifiziert worden waren. Über die forensisch orientierte, kriminologische Analyse hinaus stellte insbesondere die Erarbeitung und Überprüfung soziologischer Fragestellungen einen Schwerpunkt der Untersuchung dar. Die Besonderheit bestand darin, dass im Unterschied zu den meisten herkömmlichen soziologischen Studien zu Gewaltverhalten bei Jugendlichen nicht Meinungsumfragen das Forschungsinstrumentarium darstellten, sondern die Untersuchung von tatsächlichen Gewalttaten. Die einzelne Tat wird dabei nicht mehr als ausschließlich strafrechtlich relevante und forensisch interessante Erscheinung angesehen, sondern als ein qualifizierter Gewaltakt, der so gravierend ist, dass eine Beeinträchtigung des Rechtsgutes Leben nicht ausgeschlossen werden konnte. Der Bezug zur Erscheinungsform der rechtsextremistischen Gewalt stellt nur einen Aspekt der umfangreichen Untersuchung dar. Da jedoch insbesondere hier Ergebnisse erzielt wurden, die das Phänomen in einem veränderten Licht zeigen, wurde diesem Themenbereich der Vorzug vor den stärker akademisch akzentuierten Modellbildungen gegeben.

Tötungsdelikt; Gewalttätigkeit; Gewaltkriminalität; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Politisch motivierte Straftat; Kriminelle Energie; Täterpersönlichkeit; Täteruntersuchung; Täterverhalten; Tatmotiv; Modus operandi; Sozialer Hintergrund; Politisch motivierter Täter; Politische Betätigung; Ursachenanalyse; Brandenburg

Keil, Jan Gerrit

Zur Phänomenologie links- und rechtsextremistischer Tatverdächtiger im Bereich PMK-Gewalt in Brandenburg

Oranienburger Schriften, 2008, Bd 2, S. 27-38
mit 3 TAB, 6 TAF, 16 QU

Der Autor stellt in seinem Beitrag fest, dass im engen Wortsinne interpretiert die politisch motivierte Straftat als Ausdruck einer extremistischen Grundeinstellung der Täter letzten Endes der Logik der Tat folgend immer auf eine Systemüberwindung hinzielt. Bei näherer ernsthafter Betrachtung stellt sich jedoch oft heraus, dass nur die wenigsten Straftaten hinsichtlich ihres realen Bedrohungspotentials gegenüber der freiheitlich demokratischen Grundordnung diesem extremistischen Anspruch auf Systemüberwindung tatsächlich gerecht werden.

Während sich der Zusammenhang zur Gesellschaftskritik bei PMK-Straftaten des linksextremen Spektrums in der Regel noch erkennen lässt, weil die Täter explizit in Bekenner- und Begründungsschreiben zu ihrer Tat Stellung nehmen und damit die revolutionäre Intention der Tat bewusst kommunizieren, hat man es bei rechtsextremen PMK-Straftaten nicht selten mit stumpfsinniger Hasskriminalität zu tun, deren weltanschaulicher Gehalt sich auf rassistische und fremdenfeindliche Attitüden beschränkt.

In einer tabellarischen Zusammenfassung stellt der Autor die signifikanten Unterschiede rechter und linker TV bei PMK Gewaltdelikten gegenüber.

Staatsschutzkriminalität; Politisch motivierte Straftat; Rechtsextremismus; Linksextremismus; Phänomenologie; Tatverdächtiger; Tatverdächtigenstruktur; Geschlechterverhältnis; Tatmotiv; Körperverletzung; Gewaltbereitschaft; Forschungsstudie; Brandenburg

ID-nummer: 20100038

Paech, Ludwig

Abweichendes Verhalten rechtsextremer Jugendlicher; Begründung sozialpädagogischer Handlungsformen anhand soziologischer Kriminalitätstheorien

Rothenburger Beiträge,
Polizei und Soziale Arbeit - Schnittstellen und Berührungspunkte, 2008, Bd 45 , S. 11-69
mit 3 TAF, 4 TAB, LIT VZ S. 66-69

Die Arbeit ist inhaltlich in vier Gliederungspunkte unterteilt. Im ersten Abschnitt werden wichtige Begriffe definiert, um eine terminologische Grundlage zu bilden. Im Abschnitt Rechtsextremismus wird dieses Phänomen genauer charakterisiert. Hierzu werden rechtsextreme Gruppen, Organisationen und Parteien vorgestellt, statistische Daten analysiert und zwei Theoriekonzepte zum Problemfeld skizziert. Der dritte Abschnitt Soziologische Kriminalitätstheorien befasst sich mit den Theoriekonzepten von Merton, Cohen, Sutherland und Sack. Der Darstellung der jeweiligen Theorie folgt die Bezugnahme auf das Problemfeld Rechtsextremismus. Im letzten Gliederungspunkt dienen die bis dahin gewonnenen Erkenntnisse dazu, bestehende Handlungsansätze in den Bereichen offene Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit und Neue Ambulante Maßnahmen im Umgang mit rechtsextremen Jugendlichen vorzustellen und zu begründen.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Organisation;
Rechtsextremismus; Phänomenologie; Definition; Statistische Angaben; Rechtsextremistische Einstellung; Fremdenfeindlichkeit; Fremdenhass; Kriminalitätstheorie; Neonazismus;
Neonazistische Gruppe; Jugendarbeit; Sozialarbeit; Sozialpädagogik; Jugendlicher; Abweichendes Verhalten; Ambulante Maßnahme

ID-nummer: 20081827

Brunner, Georg

Ergebnisse der Rezeptions- und Wirkungsforschung und ihre Relevanz für den pädagogischen Umgang mit rechtsextremer Musik

Polizei-heute, 2008, 6, S. 223-229
mit LITVZ S. 228-229, 1 TAF

Die Musik der rechten Szene weist, wie die Rock/Popszene im Allgemeinen eine enorme Fragmentierung auf. Auch heute noch wird häufig Skinhead-Musik schlechthin als synonym für rechte Musik gesehen. Ein genauer Blick zeigt jedoch, dass fast sämtliche Musikstile als Plattform für die Infiltration von rechtsradikalem Gedankengut verwendet werden. Zum Thema Rezeption und Wirkung von Rechtsrock wurde bislang nur sehr wenig geforscht. Ausführliche empirische Erhebungen fehlen. So versteht sich der Beitrag nur als Annäherung an das Phänomen, und zwar dergestalt, als Erkenntnisse zur Rezeption und Wirkung von Musik im Allgemeinen in den Blick genommen werden und dann versucht wird, diese auf den Rechtsrock zu beziehen. Durch Rechtsrock allein wird man nicht zum Rechtsradikalen. Wohl kann Musik aber einen emotionalen und sozialen Kontext schaffen, der Menschen für rechtsradikales Gedankengut öffnet.

Musikszene; Musik; Skinheads; Jugendszene; Rechtsextremistische Einstellung;
Sozialisationsinstanz; Geschlechtsspezifisches Verhalten; Peer Group; Beeinflussung

Hoffmann, Karsten Dustin

Autonome Nationalisten; Der schwarze Block auf rechtsextremen Demonstrationen

Polizeispiegel, 2008, 6, S. 19-20, 22-23
mit 13 QU, 1 TAF, 1 BILD

Die Vielzahl der Verbote rechtsextremistischer Vereine in der ersten Hälfte der 90er Jahre löste zwei unterschiedliche Reaktionen aus. Zum einen unterstützen viele Aktivisten nun die NPD, was wesentlich zu deren Wiedererstarken beigetragen hat. Zum anderen meiden viele Aktivisten feste Organisationsstrukturen und agieren in Form so genannter "Freier Kameradschaften" oder "Freier Nationalisten", denn gegen diese Gruppen ohne Satzungen, Vereinsvermögen und feste Hierarchien kann der Staat nur schwer vorgehen. "Freie Nationalisten" treten vornehmlich im Rahmen von Demonstrationen auf. Nennenswerte politische Erfolge erzielen sie nicht. Es überrascht also kaum, wenn Rechtsextreme nach neuen Strategien Ausschau halten. Eine neue Generation von Rechtsextremen hat dabei offensichtlich keine Scheu, Konzepte des politischen Gegners zu übernehmen. Junge Rechtsextreme sind häufig nicht gewillt, sich durch ein Skinhead- Outfit mit einschlägigen Tätowierungen selbst gesellschaftlich an den Rand zu stellen. Die Strategie "Autonomer Nationalismus" eröffnet ihnen hingegen die Möglichkeit eines "Hobby-Aktivismus": Sie können unbehelligt ihrer Arbeit oder Ausbildung nachgehen und dennoch aktiv am Szeneleben teilnehmen. Ihre schwarze Oberbekleidung erschwert die Strafverfolgung und die Bloßstellung durch Antifa-Aktivisten und erhöht zudem die Attraktivität der Strömung für Jugendliche. Autonome Nationalisten übernehmen den Großteil des Repertoires linksautonomer Strategien, schwarze Blöcke haben sich inzwischen auf rechtsextremen Demonstrationen als Aktionsform etabliert. Trotz der formellen Distanzierung der NPD und den Differenzen mit den freien Kameradschaften können Autonome Nationalisten mit weiterem Zulauf vor allem junger Aktivisten rechnen. Inhaltlich zeigen rechte Autonome durch das Erschließen neuer Politikfelder Reformansätze, die jedoch in rechtsextremen Kategorien verhaftet bleiben.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Demonstration; Linksextremismus; Nationalismus; Rechtsradikalismus; Autonome Gruppe; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Modus operandi; Störerverhalten; Strategie

Grumke, Thomas

Die transnationale Infrastruktur der extremistischen Rechten; Globalisierte Antiglobalisten?

SIAK-Journal, 2008, 1, S. 108-121; 2, S. 102-111
mit 5 BILD, 2 TAF, LITVZ S. 119-121, LITVZ S. 110-111

Globalisierung prägt und verändert nicht nur die Welt wie wir sie kennen, sondern auch diejenigen Bewegungen, die sich gegen sie stellen. Dies gilt auch für rechtsextremistische, also inhärent nationalistische, Bestrebungen. Es besteht ein transnationales Netzwerk von Rechtsextremisten, das von einer kollektiven Identität und einer international kompatiblen Ideologie getragen wird. Die kollektive Identität ist a) im Sinne von Rassezugehörigkeit die eines Weißen (bzw. "Ariers") und b) im Sinne der Kulturzugehörigkeit die eines dezidiert abendländischen Kulturkreises. Die kompatiblen ideologischen Elemente sind panarischer Rassismus und Antisemitismus. Heute sind alle Rechtsextremisten in westlichen Industrieländern mit nahezu identischen Herausforderungen konfrontiert. Der Feind ist nicht national, sondern global organisiert. Dementsprechend orientieren sich mehr und mehr Rechtsextremisten hin zu einer transnationalen Vernetzung, um gegen die schier übermächtige (jüdische) Verschwörung anzukämpfen. Im Zuge dieser Entwicklung ist die Vernetzung engmaschiger geworden, haben sich Auslandskontakte intensiviert, haben sich die Kommunikationswege verbessert, herrschen ein permanenter Informationsaustausch und ein reger Veranstaltungstourismus. Die Zahl international besuchter rechtsextremistischer Treffen, Veranstaltungen und Demonstrationen nimmt ständig zu. Auf diese Weise ergibt sich ein komplexes Geflecht aus Kooperationen, das an den in diesem Beitrag dargestellten Beispielen deutlich wird. Rechtsextremisten leben, wie übrigens alle Fundamentalisten, in einer hermetischen ideologischen Gegenwelt. Gesellschaftlich stellt sich also die Frage: Wie kann die liberale Gesellschaft eine absolute Feinderklärung annehmen, ohne ihre eigenen freiheitlich-demokratischen Ideale zu verraten?

Rechtsextremismus; Extremismus; Globalisierung; Netzwerk; Infrastruktur; Ideologie; Internationalisierung; Protestpotential; EU-Erweiterung; Fremdenfeindlichkeit; Antisemitismus; Nationalismus; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Organisation; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Europa; Skinheads; Rechtsextreme Gewalt; Gewalttätigkeit; USA; Europäische Union; Politische Partei; Politische Meinung; Fundamentalismus; Neonazismus

Graser, Peter; Fittkau, Karl Heinz

Die Gewalt ist rechts; Jugendliche und heranwachsende Tötungsdelinquenten in Brandenburg und der Einfluss rechtsextremistischen politischen Gedankengutes

Kriminalistik, 2008, 1, S. 32-39
mit 12 TAB, 28 QU

Zur Rolle rechtsextremistischer politischer Einstellungen auf das Gewaltverhalten Jugendlicher, insbesondere in den neuen Bundesländern, ist viel geschrieben worden. Im allgemeinen ging man vom theoretisch fundierten Begriff des Rechtsextremismus aus, erforschte zunächst dessen Ausprägung in einer repräsentativen Stichprobe und fragte in einem dritten Schritt nach Gewalterfahrungen der Probanden. Der umgekehrte Weg, ausgehend von einer Grundgesamtheit gewichteter Gewalttaten nach der Rolle rechtsextremistischer Grundhaltungen bei ihrem Zustandekommen zu fragen, ist kaum eingeschlagen worden. Die Studie nun geht von einer Gesamtheit rechtskräftig abgeurteilter Tötungshandlungen aus und fragt, in welcher Weise das so oft als bedrohlich gekennzeichnete rechtsextremistische politische Gedankengut ostdeutscher Jugendlicher und Heranwachsender zum Tragen kommt. So mag es gerade die veränderte Perspektive sein, welche altbekannte Fragen in neuer Art und Weise beantworten kann.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextreme Gruppierung;
Tötungsdelikt; Gewaltbefürwortung; Gewaltanwendung; Gewalterfahrung; Ostdeutschland;
Forschungsstudie; Straffälliger Jugendlicher; Heranwachsender

Pfahl-Traughber, Armin

Gibt es eine "Braune Armee Fraktion"? Entwicklung und Gefahrenpotenzial des Rechtsterrorismus in Deutschland

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, 2007, S. 147-162
mit 51 QU

Bei Fällen, die mit beabsichtigten rechtsextremistischen Gewalthandlungen einhergingen, sprachen Medien oder Politiker ab und an vom Bestehen einer "Braunen Armee Fraktion". Mit dieser Formulierung spielte man auf die linksextremistische "Rote Armee Fraktion" (RAF) an. Sie hielt seit Anfang der 1970er bis Mitte der 1990er Jahre die Republik in Atem, ermordeten ihre Aktivisten doch eine Reihe von wichtigen Funktionsträgern in Politik und Wirtschaft. Geplant wurden diese Taten aus einer gut organisierten Struktur heraus, welche in der Illegalität über ein logistisches Netzwerk mit guten Auslandskontakten verfügte. Sollte daher die Formulierung "Braune Armee Fraktion" mehr als nur ein unüberlegtes Schlagwort sein, so müssten die gemeinten rechtsextremistischen Gruppierungen in Anschlagintensivität und Struktur ähnlich entwickelt sein. Doch gibt es einen solchen Rechtsterrorismus? Können wir von einer "Braunen Armee Fraktion" in diesem Sinne sprechen?

Diese Frage bildet die zentrale Problemstellung des Beitrags. Um sie beantworten zu können, werden die Etappen in der Geschichte des deutschen Rechtsterrorismus bis in die Gegenwart bezüglich Handlungen und Struktur dargestellt und eingeschätzt. Hierbei bildet die linksterroristische RAF unterschwellig ein Vergleichskriterium, da sich die erwähnte Formulierung auf diese Gruppierung bezieht. Es geht also nicht nur um die Frage, inwieweit bestimmte rechtsextremistische Organisationen als Terroristen gelten können, sondern auch um den Grad ihrer Handlungsfähigkeit und Strukturentwicklung. Außerdem nimmt der Autor eine bilanzierende Gefahrenpotenzial-Einschätzung im Kontext mit anderen Faktoren vor.

Rechtsterrorismus; Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Organisation; Gefahrenpotential; Politisch motivierte Straftat; Gewaltbereitschaft; Ausländerfeindliche Straftat; Historische Entwicklung; Nationalsozialismus; Ideologie

ID-nummer: 20100908

Vierregge, Elmar

Die Fußballweltmeisterschaft 2006 und der deutsche Rechtsextremismus

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, 2007, S. 137-145
mit 49 QU

Als die FIFA am 6. Juli 2000 Deutschland als Austragungsland der WM 2006 festlegte, gab sie den Startschuss für den Beginn der Vorbereitungen. Aufgrund der großen gesellschaftlichen Bedeutung des Fußballsports und des zu erwartenden internationalen Interesses eröffnete sich für die deutschen Rechtsextremisten die Chance, das anstehende Turnier in ihrem Sinn zu nutzen. Das bereits im Vorfeld der Weltmeisterschaft große allgemeine Interesse am Fußball bot den Rechtsextremisten die Gelegenheit, Bücher und andere Erzeugnisse zu vertreiben, um Gelder zu erwirtschaften und gleichzeitig politische Ansichten zu verbreiten. Dennoch kam es lediglich zur Veröffentlichung eines einzigen Buches mit einem Bezug zum Fußball. Im Rahmen der WM eröffnete sich den rechtsextremistischen Vereinigungen die Möglichkeit, mit fußballbezogenen Veranstaltungen ein alternatives Freizeitangebot anzubieten und sich über eine propagandistische Flankierung als jugendorientiert und sozial darzustellen. Im Fazit bleibt festzustellen, dass die rechtsextremistische Szene die Gelegenheit vergab, die Fußballweltmeisterschaft 2006 für ihre Zwecke auszunutzen. Sie war unfähig, sich positiv darzustellen, konnte kein alternatives Freizeitangebot anbieten und verpasste die Möglichkeit, finanzielle Mittel zu erwirtschaften.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Organisation; Fußballweltmeisterschaft; Ideologie; Werbung

ID-nummer: 20100907

Pilz, Gunter A.

Rechtsextremismus und "rechte" Tendenzen im Fußballumfeld - aktuelle Erscheinungen - Herausforderungen für die Prävention

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, 2007, S. 121-136
mit LITVZ S. 135-136

Die Entwicklung rassistischer, fremdenfeindlicher Handlungen im Fußball verläuft in scheinbar sich widersprechende Richtungen. So weisen Untersuchungen darauf hin, dass offenes rassistisches, fremdenfeindliches und rechtsextremistisches Verhalten in den vergangenen Jahren in den alten Bundesländern zurückgegangen ist. Das bedeutet allerdings nicht, dass ein solches Verhalten nicht mehr beobachtbar ist. An einzelnen Standorten gibt es sowohl einen Rückgang auf unterschiedlichem Niveau als auch unterschiedliche Problemlagen. Während es an den meisten Standorten eher Einzelpersonen oder kleinere Gruppen sind, die sich an entsprechenden Äußerungen beteiligen, hat sich an manchen Standorten abhängig vom Spielgeschehen ein ganzer Block von mehreren hundert bis tausend Fans an fremdenfeindlichen Diskriminierungen beteiligt. Im Beitrag zeigt der Autor die aktuellen Entwicklungen, unterschiedlichen Aktionsfelder des Rechtsextremismus im Fußballumfeld und Folgerungen für die Prävention auf.

Fußballfan; Fußballspiel; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Einstellung; Fremdenfeindlichkeit; Rassismus

Korgel, Lorenz

Homogene Vielfalt - Wie "gefährlich" ist die Ausdifferenzierung rechtsextremer Szenen in Deutschland?

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, 2007, S. 113-120
mit 28 QU

Ein Bild über die Ausformungen und Potenziale des aktuellen Rechtsextremismus erhält man in Mecklenburg Vorpommern. Wie in Mecklenburg Vorpommern differenzieren sich die rechtsextremen Szenen in Ostdeutschland in regional unterschiedliche Ausprägungen von Szeneangeboten. Der am Nationalsozialismus orientierte "Scheitelträger" im Stile der HJ bildet eher eine Minderheit. Vorherrschend ist statt dessen eine mit "nordischer Symbolik" überladene vom Skinhead-Habitus abgekupferte Szene, die entsprechend ihrer soldatisch/maskulinen Selbstinszenierung sich auch inhaltlich an Männerbünden (Waffen SS, Wikinger, Germanen, Ritterorden) orientiert und dies teilweise mit naturreligiösen Angeboten kombiniert. Diese Gruppen zelebrieren mit nationalrevolutionärem Gestus ihre Ideologie des "Nationalen Sozialismus", der bei genauerer Betrachtung nicht mehr ist als ein völkisch aufgeladenes Konzept der geschlossenen Nationalökonomie in der "raffendes" dieser Betrachtung = jüdisches") Kapital verstaatlicht und "schaffendes" Kapital (z. B. das "ehrlche deutsche Handwerk") protektioniert werden soll. Ergänzt werden diese Szenen durch rechtsextreme Rockergangs, rechtsextrem beeinflusste Hooligan-Gruppen, klassische "Nazi-Skins", NS-Black-Metal Szenen und rechtsextrem orientierte Szenen des Dark Wave.

In Großstädten, aber durchaus auch in einigen ländlichen Regionen entwickeln sich dagegen die Szenen der sog. "Autonomen Nationalisten", "Nationaler Sozialisten" usf. Sie kombinieren das typisch "linke Outfit" (Lange Haare, "Palituch" etc.) mit einem aktionistisch ausgelegten Erlebnisangebot, wie symbolischen Hausbesetzungen, Ausspionieren politischer Gegner und "Wortergreifung" auf Veranstaltungen demokratischer Initiativen und Parteien.

Festzustellen ist, die rechtsextreme Politik in Netzwerken hat trotz einer insgesamt schmalen Aktivistenbasis einige politische Erfolge ermöglicht, die grundsätzlich auch wiederholbar sind. Die Heterogenität der Szenen ist ein Ausdruck dieses Netzwerksangebotes. Demzufolge agieren rechtsextreme Netzwerke auf der Basis eines ideologischen und taktischen Minimalkonsens, der die Umsetzung kurzfristiger politischer Ziele ermöglicht.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremistische Organisation;
Entwicklungstendenz; Netzwerk; Netzwerkanalyse

Rensmann, Lars

"Antiimperialismus" und "Antizionismus" als Mobilisierungsagenden der extremen Rechten und Linken; Eine vergleichende Analyse im deutschen und europäischen Kontext

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, 2007, S. 93-111
mit 66 QU

Antiimperialismus und israelfeindlicher "Antizionismus" - Kernelemente linksextremer Ideologiebildung insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren - sind in den letzten Jahren ins Zentrum rechtsextremer Mobilisierung gerückt. Zugleich erleben diese solcher Art entlehnten Begriffe und Weltanschauungselemente auch in Teilen der extremen Linken eine Renaissance. Seit der Jahreswende 2000, und insbesondere seit Beginn der so genannten "Al Aqsa Intifada" im Nahen Osten sowie den Terroranschlägen in New York und Washington vom 11. September 2001, sind dergestalt Tendenzen einer politisch-ideologischen Neuausrichtung bzw. Re-Justierung in relevanten Teilen der extremen Rechten und der extremen Linken in Deutschland und Europa zu beobachten, die in diesem Aufsatz vergleichend untersucht werden.

Abschließend wird die Bedeutung der Akteure und ihrer neuen Mobilisierungen für die öffentliche Sicherheit und für neue Gegenstrategien der streitbaren liberalen Demokratie diskutiert.

Linksextremismus; Rechtsextremismus; Ideologie; Weltanschauung; Antisemitismus; Faschismus; Nationalismus; Fundamentalismus; Radikalismus; Rassismus; Islamismus; Politisch motivierte Straftat

Pfahl-Traughber, Armin

Gemeinsamkeiten im Denken der Feinde einer offenen Gesellschaft; Strukturmerkmale extremistischer Ideologien

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,
Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2006/2007, 2007, S. 21-35
mit 67 QU

Unter der Sammelbezeichnung "Extremismus" werden Anhänger ganz unterschiedlicher politischer Bestrebungen subsumiert: Anarchisten und Kommunisten, Nationalisten und Rassisten, Islamisten und Scientologen. Zwar teilt man sie noch einmal differenziert in die Kategorien "linker", "rechter" und "religiöser Extremismus" ein. Gleichwohl weisen die Erwähnten hinsichtlich des ideologischen Selbstverständnisses erhebliche Unterschiede auf. Worin bestehen dann aber die Gemeinsamkeiten, die eine solche Sammelbezeichnung sinnvoll erscheinen lassen? Zum einen richten sich diese Bestrebungen gegen die Minimalbedingungen eines demokratischen Verfassungsstaates, beabsichtigen sie doch dessen Überwindung zugunsten eines autoritären Staates oder einer staatenlosen Gesellschaft. In diesem Sinne lässt sich für "Extremismus" von einem Abgrenzungsbegriff, also einer Negativ-Definition sprechen. Gemeint ist die Frontstellung gegen die Grundlagen von Demokratie und Rechtsstaat.

In dem Beitrag werden die formalen Gemeinsamkeiten extremistischen Denkens in Gestalt von Strukturmerkmale systematisch herausgearbeitet und exemplarisch erläutert. Hierbei finden sich sowohl exemplarische Fälle aus der Geschichte wie aus der Gegenwart des politischen Extremismus.

Extremismus; Marxismus; Rechtsextremistische Einstellung; Islamischer Fundamentalismus; Religion; Scientology Church; Ideologie; Selbstverständnis; Politische Motivation; Gesellschaftssystem

ID-nummer: 20070580

Knape, Michael

Ausgewählte Problemstellungen des Versammlungsrechts im Zusammenhang mit unfriedlichen Demonstrationen, insbesondere Auseinandersetzungen Links-Rechts

Die Polizei, 2007, 6, S. 151-160
mit 55 QU

Der Autor geht über die Abgrenzung zwischen verfassungsrechtlicher Meinungsäußerungsfreiheit einerseits und Versammlungsfreiheit andererseits - unter Berücksichtigung komplementärer Verstrickung dieser beiden Grundrechte - auf die besondere rechtliche Problematik von Vorkontrollen als essentielles Element der Kooperation auf Seiten der Polizei, auf die rechtliche Bewertung von so genannten Verhinderungsblockaden, auf rechtliche und taktische Fragen der einschließenden Begleitung rechter Aufzüge, auf die rechtlich interessante Frage der Berufung des so genannten unechten polizeilichen Notstandes und auf Fragen des Zweckveranlassers im Zusammenhang mit rechtsgerichteten Aufmärschen ein. Zudem wird die Erwartung der Staatsanwaltschaft an die Polizei in so genannten Gemengelagen mit doppelfunktionalem Charakter, die dabei von der Polizei vorzunehmende Güter- und Pflichtenabwägung im Rahmen echter Interessen- und Pflichtenkollision während des aktuellen Einsatzgeschehens thematisiert. Zur Vermeidung der Eskalation von Gewalt wird in diesem Zusammenhang auf zielführende Leitlinien eingegangen. Der Autor unterscheidet scharf zwischen politischer Wünschbarkeit und geltendem Recht. Er zeigt dabei zugleich die rechtliche Diskrepanz auf, in der sich der Polizeiführer bei Einsatzlagen "Rechts-Links" stets befindet. Insoweit wird dies einmal mehr mit dem Grundsatz der Einheit von Recht und Taktik belegt.

Einsatzlage; Einsatztaktik; Versammlungsfreiheit; VersG; Versammlungsverbot; Versammlungsrecht; Verfassungsrecht; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Rechtsextremistische Organisation; Unfriedliche Demonstration; Gegendemonstration; Vorkontrolle; Absperrung; Brokdorf-Beschluss; Polizeirecht; Rechtsgüterabwägung

ID-nummer: 20070579

Knape, Michael

Welche Instrumente braucht eine effektive Strafverfolgung gegen Rechtsextremismus?

Die Polizei, 2007, 6, S. 149-151

Der Autor stellt in seinem Vortrag die seiner Meinung nach wichtigsten Instrumente zur effektiven Strafverfolgung gegen Rechtsextremismus aus Sicht eines Direktionsleiters dar, einer Direktion, die ein ausgeprägt hohes Maß rechtsextremistischer Kriminalität zu bewältigen hat. Dabei geht er sowohl auf rechtliche, taktische und kriminalistische als auch auf organisatorische Aspekte ein. Das reibungslose Zusammenwirken von örtlicher Direktion, Landeskriminalamt, Staatsanwaltschaft und Ermittlungsrichter sind nicht nur Voraussetzung einer erfolgreichen und wirksamen Kriminalitätsbekämpfung, sondern auch Garantien rechtsstaatlich operierender Strafverfolgungsbehörden unter Beachtung richterlicher (Vor-)Kontrolle i.S. des verfassungsrechtlich determinierten Richtervorbehalts für eine Reihe von strafprozessualen Eingriffsmaßnahmen. Polizeiliches Handeln, repressive und Präventionsmassnahmen sind von maßgeblicher Bedeutung im Zusammenwirken mit den strafverfolgenden Maßnahmen entsprechend der Lage.

Strafverfolgung; Rechtsextremismus; Ermittlungsarbeit; Rechtsgrundlage; Lagebild; Polizeiliches Handeln; Staatsschutzkriminalität

ID-nummer: 20070652

Knape, Michael

Das Polizeirecht in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus

Polizeispiegel, 2007, 6, S. 20-24; 7/8, S. 20-24
mit 24 QU

Der Autor geht ausführlich und differenziert auf die polizeirechtlichen Eingriffsmöglichkeiten polizeilichen Handelns bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus ein. Er grenzt dabei die Rolle der Polizei von der des Verfassungsschutzes ab. Zudem beschreibt er genau die Trennlinien und die daraus resultierenden Rechtsgrundlagen zwischen Veranstaltungen mit bloßem Konsumentencharakter der Teilnehmer einerseits und Versammlungen andererseits. Die Anwendung des Polizeirechts bezieht sich sowohl auf Einsätze aus besonderem Anlass - z. B. Razzien - als auch auf polizeiliches Handeln im Rahmen des Täglichen Dienstes.

Polizeirecht; Polizeiliches Handeln; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Organisation; Skinheads; Eingriffsrecht; Eingriffsermächtigung; Eingriffsbefugnis; Verfassungsschutz; Versammlungsrecht; Gefahrenabwehr; Vorfeldmaßnahme; Befugnisnorm

ID-nummer: 20100242

Schroeder, Klaus

Expertise zu "Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland"

Politische Studien - Themenheft, 2007, 1, S. 83-119
mit 9 TAB

Die vorgestellte Rechtsextremismus-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt, zusammenfassend gesagt - aufgrund inhaltlicher und methodischer Defizite weder einen Beitrag zur Erforschung des Rechtsextremismus dar, noch kann sie sinnvolle Vorschläge zu seiner Bekämpfung unterbreiten. Die Studie "Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland", herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, beansprucht, mittels einer repräsentativen Befragung das rechtsextreme Personenpotenzial in Deutschland aufzuzeigen und gleichzeitig Vorschläge zu unterbreiten, wie mit radikal-antidemokratischen, rechtsextremen Einstellungen politisch umzugehen sei. Daher ließen die Autoren neben der Erhebung von Aussagen zur politischen Einstellung und einigen typischen sozioökonomischen Daten auch einen psychologischen Test durchführen, der es ihnen erlauben sollte, rechtsextreme Ansichten und Persönlichkeitstypen zueinander in Bezug zu setzen. Explizit geht es in dieser Studie nicht um Darstellung und Vergleich von Straf- oder Gewalttaten von Rechtsextremisten, sondern nur um politische Einstellungen.

Rechtsextremistische Einstellung; Rechtsextremismus; Kritik; Untersuchung; Politische Meinung; Forschungsstudie; Einflussfaktor; Umfrage; Umfrageergebnis; Meinungsumfrage; Statistik; Radikalismus; Politik; Ausländerfeindlichkeit; Antisemitismus; Demokratie; Nationalsozialismus; Fragetechnik; Fehlerquelle; Bundesland; Ostdeutschland; Minderheit

Neu, Viola

Die Wahl extremistischer Parteien

Politische Studien - Themenheft, 2007, 1, S. 64-82
mit 11 TAB, 11 QU

Bislang hat sich die Wahlforschung vor allem mit den Ursachen, die zu rechtsextremen Einstellungen führen, beschäftigt und ist der Frage nachgegangen, welche Einstellungsmuster zur Wahl rechtsextremer Parteien führen. Auch die Frage, wie groß das rechtsextreme Einstellungspotenzial ist, wird immer wieder gestellt. Trotz der Unterschiede der Erklärungsmodelle gibt es auch eine Gemeinsamkeit: Alle konstatieren kontinuierlich verändernde gesellschaftliche Bedingungen. In Kitschelts Modell hängt die individuelle Positionierung auf den Achsen libertär-autoritär sowie Sozialismus-Kapitalismus u.a. davon ab, welche Erfahrungen im Berufsleben gemacht werden. Das Anwachsen des Rechtsextremismus seit den 80er-Jahren erklärt er mit der Globalisierung. Scheuch und Klingemann haben mit ihrer Aussage, Rechtsextremismus sei eine "normale Pathologie" der westlichen Industriegesellschaften ebenfalls auf gesellschaftliche Veränderungen hingewiesen. Dabei fällt auf, dass die Wahlergebnisse der rechtsextremen Parteien starken Schwankungen unterliegen. Eigentlich müssten diese Wahlerfolge jedoch verfestigt sein, da Entwicklungen, wie sie mit der Globalisierung einhergehen, keine zeitliche Begrenzung haben. Daher wird in den Erklärungsmodellen auch immer auf die Gelegenheitsstrukturen hingewiesen. Rechtsextremismus ist abhängig von bestimmten Konstellationen wie beispielsweise politische Krisen, soziale Verwerfungen, aber auch von Systembedingungen wie dem rechtlichen Rahmen. In der Wahlforschung gibt es eine intensive Diskussion darüber, inwieweit die Wähler der rechtsextremen Parteien auch über ein mehr oder weniger geschlossenes rechtsextremes Weltbild verfügen und somit auch Extremisten sind. Ideologische Grundüberzeugungen der Wähler sowie Themen aus dem rechten Spektrum würden zur Wahl motivieren. Die Gegenthese geht davon aus, dass zwar in der Gesellschaft latente rechtsextreme Einstellungen vorhanden sind, diese aber nicht automatisch zur Wahl rechtsextremer Parteien führen. Pappig formulierte die These des rationalen Protestwählens. Zweifellos finden sich für beide Thesen gute empirische Gründe. Da sich die rechtsextremen Parteien jedoch nicht auf ein dauerhaftes, stabiles Kernwählerpotenzial, geschweige denn auf eine Stammwählerschaft stützen können, muss noch eine situative Komponente hinzukommen. Diese ist affektiver Natur und besteht aus Wut, Enttäuschung und der Unzufriedenheit mit Parteien, Politik oder Regierungen. Somit zeichnet sich ab, dass man im Wählerpotenzial rechtsextremer Parteien latente rechtsextreme Einstellungen findet, diese aber erst zur Wahlentscheidung führen, wenn Gelegenheitsstrukturen vorhanden sind.

Politische Partei; Extremismus; Wahlkampf; Forschung; Politische Meinung; Statistik;
Rechtsextremismus; Politik; Bildung; Beruf; Gewerkschaft; Religion; Lebensalter; Geschlecht;
Ursachenforschung; Bevölkerungseinstellung; Bundesland; Sozialstruktur

ID-nummer: 20100239

Kailitz, Steffen

Das nationalsozialistische Vertreibungs- und Nationalisierungsprojekt der NPD

Politische Studien - Themenheft, 2007, 1, S. 44-53
mit 40 QU

Der Autor analysiert die Gesinnung und politische Ausrichtung der NPD und stellt fest, dass die NPD programmatisch inmitten des nationalsozialistischen Spektrums angesiedelt ist und nicht nur Brücken in dieses Spektrum hineinschlägt. "Nationalsozialismus" ist dabei als Gattungsbegriff für rechtsextremistische Parteien zu verstehen, deren Programmatik eine völkische Grundausrichtung mit einer starken Betonung sozialstaatlicher Elemente und dem Streben nach einer staatlichen Kontrolle der Wirtschaft kombiniert. Ebenso wie die NSDAP ist bei der NPD bereits in der Bewegungsphase deutlich erkennbar, dass sie Staatsverbrechen plant. Rund elf Millionen Menschen will die Partei vertreiben. Auf dem Weg zu ihrer Utopie einer Volksgemeinschaft erscheint der NPD zweierlei notwendig:

- eine Unterordnung der Volksdeutschen unter die Interessen einer völkisch definierten deutschen Gemeinschaft und
- ein Ausschluss aller Menschen aus der deutschen Gesellschaft, die aus Sicht der NPD nicht in eine deutsche Volksgemeinschaft gehören.

Nationaldemokratische Partei Deutschlands; NSDAP/AO; Rechtsextremistische Organisation; Gesinnung; Politische Betätigung; Nationalismus; Parteiprogramm

ID-nummer: 20100238

Backes, Uwe

Rechts- und linksextreme Gewalt in Deutschland - vergleichende Betrachtungen

Politische Studien - Themenheft, 2007, 1, S. 31-43
mit 3 TAF, 2 TAB, 25 QU

Der Antifaschismus bildet seit langem ein zentrales Agitations- und Mobilisierungsthema des militanten Linksextremismus. Doch ist seine Bedeutung gestiegen - nicht zuletzt durch die verstärkte öffentliche Präsenz der NPD, die sich nach dem Scheitern des Verbotsverfahrens zu einer der aussichtsreichsten Wahlformationen am rechten Rand entwickelt hat. Während die NPD und die militanten rechtsextremen Szenen jedoch im Mittelpunkt öffentlicher Auseinandersetzung stehen, findet die von linksextremen Gruppierungen ausgehende Gewalt weit weniger Beachtung. Die wissenschaftliche Forschung hat sich bislang kaum mit dem Thema auseinandergesetzt. Dies gilt gleichermaßen für die unübersehbaren Interaktionen und Wechselbeziehungen militanter Rechts- und Linksextremisten. Dieser Beitrag gibt einen kurzen Überblick zur Entwicklung in beiden Bereichen und beleuchtet anschließend ausführlicher Kräfteverhältnisse, Gewalthandeln und Interaktionen.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gewalt; Linksextremismus; Extremistengruppe; Kriminalphänomenologie; Gewalttätigkeit; Unfriedliche Demonstration; Gewaltkriminalität; Statistische Angaben; Kriminalitätsanstieg; Interaktion; Protestverhalten; Kriminalitätsentwicklung; Entwicklungstendenz

ID-nummer: 20070349

Özsöz, Figen

Rechtsextreme Gefangene im Strafvollzug

MschrKrim, 2007, 1, S. 30-47

Das Phänomen Rechtsextremismus wurde in den vergangenen Jahrzehnten durch zahlreiche Studien erforscht und von kontroversen Debatten in der Öffentlichkeit begleitet. Mit wenigen Ausnahmen fand jedoch das Thema Rechtsextremismus im Kontext des Strafvollzugs bisher kaum einen Eingang in sozialwissenschaftliche Untersuchungen. In der folgenden Übersichtsarbeit wird die bisherige Forschungsliteratur zum Thema Rechtsextremismus und rechtsextreme Straftäter im bundesdeutschen Strafvollzug vorgestellt. Der Fokus liegt dabei insbesondere auf den rechtsextremistischen Gewalttätern im Jugendstrafvollzug.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Jugendstrafvollzug; Strafvollzug; Gefängnisalltag; Gefängnissoziologie; Erziehungsgedanke; Anti-Aggressivitäts-Training

ID-nummer: 20100237

Pfahl-Traugher, Armin

Der parteipolitische Extremismus in Deutschland - Bestandsaufnahme und Bewertung

Politische Studien - Themenheft, 2007, 1, S. 18-30
mit 38 QU

Zum einen lässt sich erkennen, wie hoch der Anteil von Bürgern mit dem Bedürfnis zur Organisierung in einer extremistischen Partei ist. Zum anderen zeigt sich, wie stark die Bereitschaft zu einem Wahlvotum zugunsten von Extremisten ausgeprägt ist. Darüber hinaus geben die ideologische Ausrichtung der jeweiligen Parteien und deren inhaltliche Schwerpunktsetzung bei der öffentlichen Agitation Auskunft über die "Angebote" von Extremisten, welche mehr oder minder stark in Form von Organisation und Wahlentscheidung gesellschaftliche Akzeptanz erhalten. Daher nimmt die Betrachtung des parteipolitischen Extremismus nicht nur einen marginalen Teil politischer Entwicklung zur Kenntnis, sondern verkoppelt diesen in der gewählten Perspektive auch mit dem Grad gesamtgesellschaftlicher Einbettung. - Insofern will diese Abhandlung nicht nur eine Bestandsaufnahme zum parteipolitischen Extremismus in Deutschland liefern, sondern auch das Ausmaß von dessen gesellschaftlicher Akzeptanz in den Blick nehmen. Daher stehen beide Gesichtspunkte im Zentrum von problemorientierten Portraits der sechs gegenwärtig relevanten links- und rechtsextremistischen Parteien in Deutschland (DKP, DVU, NPD, PDS, Republikaner, MLPD). Umrahmt wird dieser Hauptteil durch einen historischen und vergleichenden Überblick, der die gegenwärtige Situation in den entsprechenden Kontext stellen will, und eine analytische und vergleichende Bilanz, welcher es um eine problemorientierte Gesamtschau geht. Zur Vermeidung von Missverständnissen noch eine Anmerkung zum Extremismus-Begriff: Er steht hier für alle politischen Bestrebungen gegen die Grundlagen moderner demokratischer Verfassungsstaaten. Dabei geht es weder um eine inhaltliche Gleichsetzung der Phänomene noch soll der unterschiedliche Intensitätsgrad der Einstellungen ignoriert werden.

Politische Partei; Extremismus; Definition; Neue Linke; Politische Meinung; Politische Beeinflussung; Meinungsbildung; Deutsche Kommunistische Partei; Linksextremismus; Rechtsextremismus; Deutsche Volksunion; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Republikaner; Historie; Statistische Angaben

ID-nummer: 20100236

Jesse, Eckhard

Die unterschiedliche Wahrnehmung von Rechts- und Linksextremismus

Politische Studien - Themenheft, 2007, 1, S. 8-17
mit 31 QU

Mit Extremismus sind jene politischen Richtungen gemeint, die die Werte und Verfahrensregeln der freiheitlichen Ordnung ablehnen. Der Rechtsextremismus ist in der Bundesrepublik in aller Munde. Von linksextremistischen Bestrebungen wird wenig gesprochen - und Vergleiche zwischen rechts- und linksextremistischen Bestrebungen fallen rar aus.

Der Beitrag schildert eingangs vier verschiedene Varianten des Extremismus, jeweils mit Blick auf den Rechts- und Linksextremismus. Danach wird - jeweils anhand dieser Varianten - beispielhaft eine gewisse Fehlwahrnehmung aufgezeigt, ohne immer klar zwischen der Politik, der öffentlichen Meinung und Wissenschaft zu unterscheiden. Schließlich fragt der Autor nach den Gründen für die verbreitete Diskrepanz zwischen Realität und Wahrnehmung. Abschließend werden einige Thesen zur Diskussion gestellt, die stark normativen Charakter tragen und Empfehlungen aussprechen.

Extremismus; Definition; Erscheinungsform; Rechtsextremismus; Linksextremismus;
Gewaltanwendung; Gewaltforschung; Subkultur; Politische Partei; Verfassungsstaat;
Medienverantwortung

ID-nummer: 20070184

Dovermann, Ulrich

Perspektiven der politischen Bildung in der Auseinandersetzung mit Extremismus

Kriminologie und Praxis - KUP,
Extremistische Kriminalität - Kriminologie und Prävention, 2006, Bd 51, S. 217-228
Extremistische Kriminalität - Kriminologie und Prävention, Wiesbaden; BR Deutschland, 2005
[24.11.-25.11.]
mit 28 QU

Der Vortragende stellt die Strategien der Bundesregierung 2002 bis 2005/2006 über die aktuellen und geplanten Maßnahmen und Aktivitäten gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt" vor. Unter den vier "Säulen" Menschenrechtspolitik; Zivilgesellschaft stärken - Zivilcourage fördern; Förderung der Integration; Maßnahmen, die auf die Täter und ihr Umfeld abzielen (hierunter auch der Opferschutz) wurde ein breites Handlungsspektrum aller zuständigen staatlichen Kombattanten aber auch der Zivilgesellschaft entfaltet und das Extremismusproblem auf diese Weise zu einem Querschnittsthema vieler gesellschaftspolitischer Bemühungen erklärt.

Rechtsextremistische Einstellung; Präventionsstrategie; Politische Bildung; Jugendarbeit;
Präventionsprogramm; Präventionspolitik

ID-nummer: 20070183

Rieker, Peter

Die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in der Jugendarbeit: Ansätze - Entwicklungen - Herausforderungen

Kriminologie und Praxis - KUP,

Extremistische Kriminalität - Kriminologie und Prävention, 2006, Bd 51, S. 203-216

Extremistische Kriminalität - Kriminologie und Prävention, Wiesbaden; BR Deutschland, 2005
[24.11.-25.11.]

mit LITVZ S. 214-216

In dem Beitrag zeichnet der Vortragende die zentralen Entwicklungen auf dem Feld der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit nach. Zunächst wird es dabei um die Aufklärungspädagogik und um die akzeptierende Jugendarbeit gehen. Anschließend werden verschiedene Konsequenzen beschrieben, die sich aus der Kritik an den verschiedenen etablierten Arbeitsformen ergeben haben. Abschließend werden einige Schwachstellen der gegenwärtigen Präventions- und Interventionspraxis und Perspektiven für die Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit skizziert.

Jugendarbeit; Rechtsextremistische Einstellung; Fremdenfeindlichkeit; Aufklärungskonzept; Präventionsansatz; Präventionserfolg; Präventionskonzept; Akzeptanz; Pädagogik

ID-nummer: 20070944

Erkens, Thomas

Die Hitlerjugend; Das planmäßige Vorbereiten einer Generation auf den Kriegseinsatz

Beiträge zur inneren Sicherheit,

Rechtsextremismus als Gesellschaftsphänomen. Jugendhintergrund und Psychologie, 2006, Bd 27, S. 191-228

mit LITVZ S. 227-228, zahlr. BILD

In jüngster Zeit mehrten sich Anzeichen, die ein verstärktes Werben von Rechtsextremisten unter Jugendlichen andeuten. Gerade diese zum größten Teil noch unpolitischen Mitbürger sind bei der derzeitigen, in einigen Bereichen problematischen sozialen Situation in der Bundesrepublik besonders gefährdet, den Extremisten ins Netz zu gehen. Als Beispiele für die sozialen Probleme sind u.a. die hohe Jugendarbeitslosigkeit mit der daraus resultierenden Perspektivlosigkeit und die steigende Anzahl zerrütteter Familien zu nennen. Für viele scheint die Kameradschaft in der rechten Szene einen Familienersatz darzustellen. Dabei findet sich in der deutschen Geschichte, in Form der Hitlerjugend, schon ein Beispiel für ein gezieltes Verblenden einer Generation im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie. Den Nationalsozialisten ist es vor knapp siebzig Jahren gelungen, die Jugend durch für die damalige Zeit interessante und moderne Freizeitangebote wie das Segelfliegen, Motorradfahren und Schießen, für sich zu gewinnen, zu indoktrinieren und - in der Folge - für politische Interessen zu missbrauchen. Von Beginn des Krieges an wurden Angehörige der Hitlerjugend, zuerst nur an der Heimatfront, eingesetzt. Je länger der Krieg andauerte, umso mehr wurden Hitlerjungen auch an vorderster Front in Wehrmacht und Waffen-SS eingesetzt.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Organisation; Nationalsozialismus; Jugendlicher; Jugendorganisation; Jugendpolitik; Historie; Sozialisation; Militarisierung; Ideologie; Drittes Reich; Kriegsgeschichte; Fanatismus

Backes, Uwe

Die Unterscheidung von Rechts- und Linksextremismus: Geschichte, Logik, Leistungsfähigkeit und Problematik

Kriminologie und Praxis - KUP,

Extremistische Kriminalität - Kriminologie und Prävention, 2006, Bd 51, S. 149-163

Extremistische Kriminalität - Kriminologie und Prävention, Wiesbaden; BR Deutschland, 2005
[24.11.-25.11.]

mit 4 TAF

Für den Umgang mit extremistisch motivierter Kriminalität ist die Bestimmung des ideologischen Motivationshintergrundes von erheblicher Bedeutung. Die gängige Unterscheidung zwischen Rechts- und Linksextremismus orientiert sich am ideologischen Selbstverständnis extremistischer Akteure. Wie diese Unterscheidung entstanden ist und welche Bedeutung ihr heute zukommt, soll in diesem Beitrag erhellert werden. Dabei erscheint es unerlässlich, die Gegenwartsphänomene in einen weiteren historischen Horizont einzuordnen. Es lässt sich zeigen, dass die Bedeutung der im 18. Jahrhundert entstandenen politisch-topographischen Unterscheidung für die Analyse des Motivationshintergrundes extremistischer Akteure in der Gegenwart stark zu relativieren ist. Statt dessen sollte den Gemeinsamkeiten in der gedanklichen Struktur extremistischer Weltbilder und Ideologien erhöhte Aufmerksamkeit zugewendet werden. In einem ersten Schritt wird der Begriffsgeschichte der dichotomischen Gegensatzpaare „extrem“/„gemäßigt“ und „rechts“/„links“ nachgegangen. Danach werden die historischen Befunde genutzt, um die Begriffe zu systematisieren und Möglichkeiten einer sinnvollen Definition aufzuzeigen.

Linksextremismus; Rechtsextremismus; Definition; Ideologie; Historie; Extremismus;
Kriminalphänomenologie

ID-nummer: 20060846

Bannenberg, Britta; Rössner, Dieter

Hallenser Gewaltstudie; Die Innenwelt der Gewalttäter; Lebensgeschichten ostdeutscher jugendlicher Gewalttäter

Kriminologie und Praxis - KUP,
Jugendarbeitslosigkeit und Kriminalität, 2006, Bd 50, S. 133-165
Jugendarbeitslosigkeit und Kriminalität, Leipzig; BR Deutschland, 2006 [April]
mit 23 QU, LITVZ S. 163-165

Unverkennbar ist die Gewaltbereitschaft Jugendlicher in den neuen Bundesländern nach der Wiedervereinigung gestiegen. Aus diesem Grund wurde eine Untersuchung durchgeführt, die sogenannte Hallenser Gewaltstudie, die von der Volkswagenstiftung gefördert wurde. In der Studie geht es um Gewalt aus der Sicht der Betroffenen, das heißt, dass die Jugendlichen zu ihrer Bedeutung der Gewalt gefragt wurden und ihre Lebensgeschichte erzählen. So berichten sie fast alle umfassend u.a. von sich, den wichtigsten Sozialisationsinstanzen, über ihre Familie, ihre Kindheit, Erfahrungen in der Schule und Ausbildung, ihren Freunden und Freizeitverhalten, nicht bekannt gewordene Straftaten, über Untersuchungshaft und Strafvollzug. Es wird deutlich, dass für viele Jugendliche Gewalt zu ihrem Leben gehört, viele haben prägende Gewalterfahrungen als Opfer oder Zeugen in der Familie und im Freundeskreis. Die Ergebnisse dieser Studie werden ausführlich dargestellt.

Abweichendes Verhalten; Gewalttäter; Jugendlicher; Ostdeutschland; Biographie;
Lebenseinstellung; Empirische Untersuchung; Gewalterfahrung; Gewaltbereitschaft; Sozialstruktur;
Familienstruktur; Lebensbedingung; Zukunftsperspektive; Heranwachsender; Ausbildung; Schule;
Rechtsextremismus; Halle (Saale)

Richter, Stephan

**"Gehasst - verdammt - vergöttert". Das Phänomen der ehemaligen Skinhead-Kultband
"BÖHSE ONKELZ" und ihre Bezüge zum Rechtsextremismus**

Beiträge zur inneren Sicherheit,

Rechtsextremismus als Gesellschaftsphänomen. Jugendhintergrund und Psychologie, 2006, Bd 27,
S. 109-190

mit LITVZ S. 170-190

Im Juni 2005 setzten die „BÖHSEN ONKELZ“, die wohl umstrittenste Band in der Geschichte der deutschen Rockmusik, mit einem Doppelkonzert vor über 100.000 Zuschauern einen Schlussstrich unter ihre insgesamt 25-jährige Karriere. Durch ihre kompromisslosen und aggressiven Texte, oftmals demonstrative Brüche mit gesellschaftlichen Tabus, hatten sich die vier Musiker in den frühen 80-er Jahren schnell zu einer Kultband jugendlicher Randgruppen, zunächst der Punk später der Skinhead-Subkultur entwickelt. Die zeitweilige Zugehörigkeit zur Skinhead-Szene, die nachhaltig durch das Wirken der „BÖHSEN ONKELZ“ beeinflusst wurde und Botschaften wie „Deutschland den Deutschen“ machte die Band zu Pionieren und Stichwortgebern rechtsextremistischer Rockmusik. Sie war jahrelang die populärste Rockgruppe rechtsorientierter Jugendlicher. Nach einem einleitenden Überblick zum Karriereverlauf der Band sollen in dieser Ausarbeitung zunächst die Ursachen dieses teils immer noch bestehenden Symbolcharakters der „BÖHSEN ONKELZ“ für rechtsextremistische Kreise aufgezeigt werden. Hierfür werden insbesondere die frühen Veröffentlichungen der Gruppe auf verschiedene Elemente rechtsextremistischer Denkmuster untersucht. Bei der Analyse wurde unter anderem auf sogenannte Bootleg-CDs, also nicht autorisierte Schwarzmarkt-Tonträger, zurückgegriffen, da die Originale aus den frühen achtziger Jahren nicht mehr verfügbar sind.

Skinheads; Rechtsextremismus; Gesellschaftskritik; Musikgruppe; Laufbahn; Ideologie; Jugendsubkultur; Jugendszene; Veröffentlichung; Ursachenanalyse; Rechtsextremistische Einstellung; Neonazismus; Politische Beeinflussung; Erscheinungsform; Gesellschaftsentwicklung; Kriminalphänomenologie; Kriminalitätsentstehung; Gewaltursache; Medienberichterstattung; Fremdenfeindlichkeit; Nationalsozialismus

Karwehl, Dirk

Möglichkeiten und Grenzen der Jugendarbeit mit rechtsextremistischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Beiträge zur inneren Sicherheit,

Rechtsextremismus als Gesellschaftsphänomen. Jugendhintergrund und Psychologie, 2006, Bd 27, S. 75-108

mit LITVZ S. 105-108

Im Problembereich des Rechtsextremismus in Deutschland fällt den Jugendlichen und jungen Erwachsenen besonderes Augenmerk zu, da Heranwachsende nun einmal besonders 'extremismusanfällig' sind. Dies belegt auch eine im Verfassungsschutzbericht des Jahres 1994 veröffentlichte Analyse der verurteilten Gewalttäter von 1991 bis 1994 in der militanten rechtsextremen Szene: Danach waren 78 % der Täter Jugendliche und Heranwachsende im Alter von 14 bis 20 Jahren. Den Großteil stellten hierbei die 17- bis 19jährigen. Im Beitrag analysiert der Verfasser die Möglichkeiten der Jugendarbeit bzw. Jugendhilfe mit Jugendlichen mit rechtsextremen Hintergrund. Ziel ist es, die verschiedenen Formen von Jugendarbeit mit 'rechten' Jugendlichen und jungen Erwachsenen darzulegen und in zukunfts- und handlungsorientierter Art und Weise aufzuzeigen, welche Chancen und Möglichkeiten sie bietet. Es sollen aber auch die Grenzen verdeutlicht werden, die sie nicht zu überwinden vermag.

Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremismus; Jugendlicher; Jungerwachsener;
Extremismusbekämpfung; Jugendarbeit; Jugendhilfe; Präventivmaßnahme

Ziercke, Jörg

Lagebild extremistischer Kriminalität in Deutschland

Kriminologie und Praxis - KUP,

Extremistische Kriminalität - Kriminologie und Prävention, 2006, Bd 51, S. 61-106

Extremistische Kriminalität - Kriminologie und Prävention, Wiesbaden; BR Deutschland, 2005

[24.11.-25.11.]

mit LITVZ S. 103-106, 5 TAB, 1 TAF

Bislang gibt es kaum sozialwissenschaftliche Erkenntnisse über die sozialstrukturelle Zusammensetzung der Täter. Die Informationsgewinnung ist besonders schwierig wegen der unterschiedlichen Hintergründe und Ziele der Täter. Darüber hinaus lassen die geringen Fallzahlen kaum verallgemeinerbare Aussagen zu. Vor diesem Hintergrund gewinnt die auf phänomenologische Untersuchungen, Ursachenanalysen und Prognoseinstrumentarien ausgerichtete Arbeit der Forschungsstelle Terrorismus/Extremismus (FTE) an Bedeutung. Der derzeit schwelende Karikaturenstreit belegt es auf eindrucksvolle Weise: Die Lösung von Konfliktpotentialen im 21. Jahrhundert erfordert die eingehende Auseinandersetzung mit der Bedeutung von „Kultur“ und „Religion“ für die Entstehung terroristischer Gewalt. Auch die Bekämpfung links und rechts motivierter extremistischer Kriminalität bedarf eines gesamtgesellschaftlichen Ansatzes. Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und antisemitischem Einstellungspotential liegen multikausale Ursachen zugrunde, die ein breites Instrumentarium von Gegenmaßnahmen erfordern. Polizeiliches Handeln sollte sich nicht in Maßnahmenkatalogen bezüglich konkreter Gefahrenlagen erschöpfen, sondern sich auch mit deren Symptomen und Ursachen auseinandersetzen. Vor diesem Hintergrund entwickelte das BKA Ende letzten Jahres gemeinsam mit dem Deutschen Forum für Kriminalprävention (DFK) und dem Programm Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) ein Konzept für eine breit angelegte Informations- und Aufklärungskampagne, deren Ziel es ist, rechtsextreme und fremdenfeindliche Straftaten ebenso wie den Zulauf junger Menschen zu rechtsextremistischen Gruppierungen zu verhindern. Gleichzeitig sind staatliche repressive und präventive Maßnahmen lediglich ein unverzichtbares flankierendes Instrumentarium: Demokratische Orientierungs- und Verhaltensmuster können nicht durch staatliche Kontrollmaßnahmen erzwungen werden. Eine erfolgreiche Bewältigungsstrategie der Phänomenbereiche Politisch motivierte Kriminalität muss in allen Bereichen unserer Gesellschaft ansetzen.

Extremismus; Kriminalitätslage; Kriminalitätslagebild; Definition; Staatsschutzkriminalität; Rechtsextremismus; Fremdenfeindlichkeit; Statistische Angaben; Hassdelikt; Bundesland; Rechtsterrorismus; Antisemitismus; Linksextremismus; Linksterrorismus; Terrorismusbekämpfung; Bundeskriminalamt; Polizeiarbeit; Islamistischer Terrorismus; Gefahrenanalyse; Kriminalprävention; Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum

Backes, Uwe

Interdependenzen und Interaktionen zwischen gewaltlosen und gewaltorientierten extremistischen Akteuren am Beispiel von "Autonomen", "Neonationalisten" und "Skinheads" in der Bundesrepublik Deutschland

BKA - Polizei + Forschung,

Terrorismus und Extremismus - der Zukunft auf der Spur. Beiträge zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus - Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie, 2006, Bd 33, S. 41-57

Zur Entwicklungsdynamik von Terrorismus und Extremismus - Möglichkeiten und Grenzen einer prognostischen Empirie [Kolloquium], Wiesbaden; BR Deutschland, 2005 [30.03.-01.04.] mit 3 TAF, 42 QU

Die Interdependenzen zwischen ideologisch divergierenden gewaltorientierten Szenen werden unter dem Blickwinkel von Theoremen der Politischen Ökonomie und Spieltheorie erörtert. Auf Häufigkeit und Art rechtsextremer Gewalt wird unter besonderer Berücksichtigung der gesellschaftlichen Transformationsprozesse in Deutschlands Osten Bezug genommen und die Entwicklung spezifischer Subkulturen (Skinheads) und ihrer Gruppenkohäsion auch im Vergleich mit anderen westlichen Ländern erörtert. Vergleichbares wird für die (west)deutsche Anarchoszene seit den 80er Jahren geleistet und die gegenwärtige Gewaltstrategie antiimperialistischen Kampfes beschrieben. Neben makrosoziologischen Systembedingungen und soziostrukturellen Merkmalen werden personenbezogene Kategorien in das Erklärungsmuster einbezogen und Konzepte einer rational choice-Ökonomie auf politische Machtstrategien in der Analyse mitberücksichtigt. Die wechselseitige Beziehung von NPD und PDS und ihrer randständigen außerparlamentarischen Gruppierungen wird beschrieben und die Möglichkeit einer Prognose im vorgestellten analytischen Rahmen erörtert.

Rechtsextremismus; Linksextremismus; Skinheads; Fremdenfeindliche Gewalt;
Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Deutsche Kommunistische Partei; Anarchismus;
Methode; Soziologische Theorie; Makrotheorie; Ökonomischer Ansatz; Spieltheorie

Bannenberg, Britta; Rössner, Dieter; Coester, Marc

Hasskriminalität, extremistische Kriminalität, politisch motivierte Kriminalität und ihre Prävention

Kriminologie und Praxis - KUP,

Extremistische Kriminalität - Kriminologie und Prävention, 2006, Bd 51, S. 17-59

Extremistische Kriminalität - Kriminologie und Prävention, Wiesbaden; BR Deutschland, 2005
[24.11.-25.11.]

mit LITVZ S. 53-59

Im August 2001 trat das Bundesministerium der Justiz an das Deutsche Forum für Kriminalprävention mit dem Anliegen heran, das Konzept der sogenannten Hate Crimes (Hasskriminalität), welches insbesondere in den USA schon weite Verbreitung gefunden hat, in einer Expertengruppe für die deutsche Situation zu diskutieren und hierbei insbesondere Aspekte der Prävention verstärkt zu berücksichtigen. Damit sollte einem internationalen Forschungsstand Rechnung getragen werden, der schon seit längerem Phänomene wie z.B. die auch die deutsche Öffentlichkeit beunruhigenden rechtsextremistischen und fremdenfeindlichen Gewalttaten theoretisch wie kriminalpolitisch in einen größeren Zusammenhang stellt. Der Projekttitel 'Primäre Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige - insbesondere: junge Menschen -' richtet den Fokus genau auf diese Erweiterung: Die hassgefährdeten Gruppen - Ausländer, Homosexuelle, Behinderte, etc. - werden Opfer aufgrund ihres symbolischen Status' und der Zugehörigkeit zu einer vom Täter als fremd eingestuften sozialen Gruppe. Die Wirkungen dieser Taten sind verheerend, da sie erstens auf Merkmale abzielen, welche das Opfer nicht beeinflussen kann, weil sie zweitens der gesamten Opfergruppe eine einschüchternde Botschaft der Ablehnung, des Hasses und der Angst signalisieren und weil ihnen drittens ein Aufforderungscharakter an die eigene Gruppe innewohnt. Diesem Grundmodell folgend untersuchte eine Projektgruppe mit 14 ständigen Mitgliedern in regelmäßigen Sitzungen verschiedene Teilaspekte der Theorie und Prävention von Gewalt gegen Gruppenangehörige. Angereichert wurde die Arbeit durch Vorträge mehrerer Experten, eine kriminologische Dokumentation, ein (sozial)psychologisches Gutachten, den Workshop 'Primäre Prävention von Hassverbrechen in Deutschland' am 02. Dezember 2002 in Bonn sowie das internationale Symposium 'Nationale und internationale Präventionsstrategien zur Verhütung von Hasskriminalität' am 07. März 2003 in Berlin. In diesem Beitrag sollen die Empfehlungen der Projektgruppe vorgestellt werden, nachdem erst über Hasskriminalität (Definition) gesprochen wird - und deutlicher sowie ausführlich auf die Vorurteils-kriminalität (Rechtsextremismus) eingegangen wird.

Hassdelikt; Definition; Rechtsextremismus; Politisch motivierte Straftat; Präventivmaßnahme; Vorurteil; Kriminalitätsbereitschaft; Primärprävention; Gewaltkriminalität; Rassismus; Minderheit; Randgruppe; Kriminalphänomenologie; Kriminalitätsursache; Ursachenanalyse; Sozialpsychologie; Kriminalitätsentstehung

Sellmeier, Dirk

Die Psychologie des Rechtsextremismus und ihr Transfer auf ausgesuchte wissenschaftliche Studien

Beiträge zur inneren Sicherheit,

Rechtsextremismus als Gesellschaftsphänomen. Jugendhintergrund und Psychologie, 2006, Bd 27, S. 11-75

mit LITVZ S. 68-74, 7 TAF

Sinn und Zweck der vorliegenden Arbeit soll es sein, auch dem mit der Materie der politischen Psychologie nicht Vertrauten Einblick in ausgesuchte theoretische Erklärungsmodelle für rechtsextremistisches Handeln von Menschen zu geben. Was motiviert den Einzelnen zu Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und nationalistischem Denken? Was treibt die Gruppe rechtsextremistischer Gewalttäter zur Jagd auf Ausländer? Warum "scheint der Rechtsextremismus dem Normalen - dem gesunden Volksempfinden entsprechend - viel näher als der Linksextremismus"? Wie verhält es sich mit der oftmals kolportierten Annahme, dass die latente Anlage für rechtsextremistische, explizit rassistische Gesinnung nicht die Inkarnation im Rechtsextremisten betrifft, sondern in der Mitte der Gesellschaft verwurzelt ist? Fragen, auf die diese Arbeit versucht, Antworten zu geben. Gerade im ersten Teil wird dabei der abstrakten, rein begrifflichen Betrachtungsweise das Hauptaugenmerk zugewendet. Unmöglich ist es jedoch, eine allgemein gültige Wahrheit zur Erklärung des Phänomens "Rechtsextremismus" zu präsentieren, ist das Problem doch zu differenziert und komplex. Aus diesem Grund greift der Verfasser aus dem Konglomerat und der Summe von Ursachen selektiv jene heraus, die sich mit den Erscheinungen und Zuständen des bewussten und unbewussten Seelenlebens beschäftigen. Nur so ist es möglich, planmäßige Verfahrensweise und Methodik als Arbeitsmaßstab zu gewährleisten. Am Ende einen Erklärungsversuch aus ausschließlich psychologischer Warte abgeben zu haben, der per se einen Mosaikstein bei der Ursachenforschung des Rechtsextremismus darstellt, ist erklärtes Ziel. Im zweiten Teil der Arbeit soll der Versuch unternommen werden, die theoretischen Ausführungen anhand soziologischer Erhebungen anerkannter Institute zu verifizieren. Es ist hilfreich, hierbei nur auf ausgewählte Ergebnisse dieser Studien einzugehen, um Überblick und vorgegebenen Umfang zu wahren.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Einstellung; Rassismus; Ausländerfeindlichkeit; Erklärungsansatz; Ursachenforschung; Ideologie; Nationalismus; Psychosozilogie; Psychoanalyse; Psychogramm; Image; Tätertypologie; Sozialer Hintergrund; Herrschaftsstruktur; Autoritarismus; Bevölkerungseinstellung; Deprivation

Knape, Michael

Erfahrungen im polizeilichen/taktischen Einsatz mit Rechtsextremismus

Die Polizei, 2006, 3, S. 79-87

Extremismus/Terrorismus [Akademietage], Münster; BR Deutschland, 2005 [22.06.]
mit 46 QU

Der Autor schildert seine praktischen Erfahrungen im Umgang mit rechtsextremistischen Veranstaltungen und beleuchtet auch einfachrechtliche und verfassungsrechtliche Problematiken. Einleitend wird die rechte Szene in Berlin in ihren verschiedenen Erscheinungsformen beschrieben. Hierzu zählen neben den eigentlichen politischen Gruppierungen, die Hooligan-Szene, die Musikszene und die Skinheads. Bei den verfassungsrechtlichen Betrachtungen geht der Autor sehr ausführlich auf die Freiheitsrechte und die Menschenwürde ein und leitet daraus die Verpflichtung der Polizei zu konsequentem Einschreiten und permanentem Kontrolldruck bei Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene ab. Weiter wird die Vorgehensweise der von dem Autor geleiteten Polizeidirektion gegen rechtspolitisch motivierte Kriminalität beschrieben. Hervorzuheben ist hierbei eine spezielle Auswerteeinheit für taktisch-operative Präventivmaßnahmen. Im weiteren wird das Vorgehen gegen die Musik- und Skinheadszenen beschrieben, deren Veranstaltungen regelmäßig durch Razzien begleitet werden. Hierbei wird auch auf versammlungsrechtliche Aspekte insbesondere der Problematik der Öffentlichkeit eingegangen. Abschließend werden ausführlich versammlungsrechtliche Aspekte im Zusammenhang mit rechtsextremistischen Aufmärschen behandelt. Interessant sind hierbei auch die Überlegungen zu den regelmäßig organisierten Gegendemonstrationen und der daraus resultierenden Einschreitproblematik der Polizei, insbesondere wenn genehmigte Aufzüge von Rechts von der Gegenseite blockiert werden.

Erfahrungsbericht; Polizeiliches Einschreiten; Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsradikalismus; Skinheads; Hooligan; Razzia; Berlin; Gegendemonstration; Polizeiliche Praxis; Polizeiliches Handeln; Versammlung; Demonstration; Musikszene; Gefahrenabwehr; Rechtsgrundlage

Rieker, Peter

Rechtsextremismus - ein Jugendproblem?; Altersspezifische Befunde und forschungsstrategische Herausforderungen

Diskurs, 2006, 2, S. 245-260
mit 4 TAB, 39 QU

Seit den neunziger Jahren wird Rechtsextremismus in Deutschland vor allem als Jugendproblem thematisiert. Um zu prüfen, inwieweit diese Fokussierung der öffentlichen und wissenschaftlichen Aufmerksamkeit auf Jugendliche gerechtfertigt ist, wird in diesem Beitrag untersucht, wie stark Jugendliche auf verschiedenen Feldern des Rechtsextremismus präsent sind. Diese Informationen zu rechtsextremen Organisationen, zu den Wahlerfolgen rechtsextremer Parteien, zu rechtsextremen Straf- und Gewalttaten sowie zum rechtsextremen Einstellungspotential der Bevölkerung ergeben ein differenziertes Bild. Aktionistische Gruppierungen in der rechtsextremen Szene, Wahlentscheidungen für rechtsextreme Parteien und fremdenfeindliche Straf- und Gewalttaten sind Felder, auf denen junge Männer in den letzten Jahren überproportional auffallen. Rechtsextremen und fremdenfeindlichen Einstellungen wird dagegen von älteren Menschen im Durchschnitt stärker zugestimmt, und auch in rechtsextremen Parteien organisieren sich in der Regel eher Erwachsene. Abschließend werden Zusammenhänge zwischen diesen Feldern skizziert und forschungsstrategische Herausforderungen benannt. Erweiterte Forschungsbemühungen in die in diesem Beitrag skizzierten Richtungen könnten nicht nur dazu beitragen, in Zukunft bessere Auskünfte dazu zu geben, inwieweit wir es beim Rechtsextremismus mit einem Jugendproblem zu tun haben, sondern auch dazu, worin die spezifische Qualität der jugendlichen Hinwendung zum Rechtsextremismus besteht. Angeregt und aufgezeigt werden z.B. Aufklärungen der hier aufgeführten Einzelaspekte, früh ansetzende und vergleichende Längsschnittuntersuchungen sollten durchgeführt werden, schließlich wären auch die emotionalen, ideologischen und lebensweltlichen Bezugspunkte jugendlicher Rechtsextremisten zu klären u.v.m.

Rechtsextremismus; Jugendlicher; Heranwachsender; Jugendkultur; Jugendgruppe;
Kriminalistisch-kriminologische Forschung; Forschungsergebnis; Rechtsextremistische
Organisation; Fremdenfeindlichkeit; Bevölkerungseinstellung; Politische Meinung; Statistik;
Statistische Angaben; Lebensalter; Politische Partei; Wahlkampf; Tatverdächtigenstatistik; Deliktart;
Rechtsextreme Gewalt; Rechtsextremistische Einstellung; Geschlechterverhältnis; Altersgruppe;
Kriminalitätsentwicklung; Entwicklungstendenz

Decker, Frank; Miliopoulos, Lazaros

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in der Bundesrepublik; Eine Bestandsaufnahme

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2004/2005, 2005, S. 117-155

mit 2 TAB, 1 TAF, 63 QU

Die Phänomene von Rechtsextremismus und Rechtspopulismus werden aus historisch-kritischer Sicht bilanziert und es wird nach Erfolg versprechenden Gegenstrategien gefragt. Die zugrunde liegenden Begriffsfelder werden präzisiert und auf einer Differenzierung zu den verschiedenen Spielarten des Rechtskonservatismus bestanden. Die einzelnen Erscheinungsformen erfahren eine phänomenologische Beschreibung nach historischen Hintergründen, Ideologien und organisatorischer Entfaltung im gesellschaftlichen Umfeld. Die drei Wellen des Rechtsextremismus nach 1945 - frühe 50er Jahre, nach 1966 und in den 80er Jahren - werden knapp geschildert. Die "Republikaner", die NPD und die DVU werden im Einzelnen beschrieben und ideologisch-programmatisch charakterisiert. Auf den regionalen Sonderfall der "Schillpartei" (Hamburg 2001) wird eingegangen und die Problematik des populistischen "Projekt 18" der FDP kritisch erörtert. Aktionistische und terroristische Formen des Rechtsextremismus, vor allem in den 90er Jahren werden im Blick auf das soziale Profil der Tätergruppen beschrieben. Die prominenten Erklärungsansätze "Generelle Desintegration und Protestwahlverhalten" und die These des Modernisierungsverlustes erfahren eine kritische Würdigung. Theoreme über die Einstellung der Beteiligten sowie des institutionellen und politisch-kulturellen Kontextes werden erläutert. Als Gegenstrategie verweisen die Autoren auf die rechtlichen Sanktionsmöglichkeiten nach GG und StGB (GG Art. 9 Abs. 2; Art. 18; Art. 21 Abs. 2; Art. 33; Art 5 Abs. 3; Art. 20 Abs. 4; Art. 87 a Abs. 4; Art. 91; StGB §§ 86 Abs. 1; 86 a; 130, 131), bevorzugen als langfristige präventive Strategie eine überzeugende symbolische Repräsentation auf der Werteebene, sowie tragfähige politische Konzepte zur Erneuerung des Wohlfahrtsstaates, einer Förderung der Zivilgesellschaft sowie eine Lösung des Integrationsproblems.

Rechtsextremismus; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Republikaner; Deutsche Volksunion; Historische Entwicklung; Rechtsextremistische Einstellung; Konservatismus; Rechtsextreme Gewalt; Modernisierung; Protestpotential; Integration; Desintegration; Sanktionsmaßnahme; GG Art 9 Abs 2; GG Art 18; GG Art 21 Abs 2; GG Art 33; GG Art 5 Abs 3; GG Art 20 Abs 4; GG Art 87 a Abs 4; GG Art 91; StGB P 86 Abs 1; StGB P 86 a; StGB P 130; StGB P 131

ID-nummer: 20051365

Braun, Stefan

Entspricht die Organisationsstruktur der Behörden für Verfassungsschutz extremismustheoretischen Kategorisierungssystemen?

Beiträge zur inneren Sicherheit,
Aspekte der nachrichtendienstlichen Sicherheitsarchitektur, 2005, Bd 26, S. 69-107
mit 3 TAF, 107 QU

Der Autor beschäftigt sich mit der Frage, inwieweit die Organisationseinheiten der Verfassungsschutzbehörden den gegenwärtigen Herausforderungen des Extremismus und Terrorismus in ihren unterschiedlichen Ausprägungen gewachsen sind. An Hand weltweiter Beispiele der vergangenen Jahrzehnte werden die verschiedenen Erscheinungsformen des Terrorismus und Extremismus mit zahlreichen Quellenverweisen beleuchtet. Unterschieden wird hierbei zwischen Rechts- und Linksextremismus, religiösen und separatistischem Extremismus. Breiten Raum nimmt die Betrachtung des religiösen Extremismus im Bereich des Islamismus ein. Danach werden die Organisationen der Verfassungsschutzämter des Bundes und der Länder betrachtet, wobei auf deren Entstehungsgeschichte eingegangen wird. Hierbei wird u.a. festgestellt, dass die Ämter keine einheitlich nachvollziehbare Systematik in ihrer Strukturierung aufweisen und insbesondere das Aufgabengebiet Ausländerextremismus kaum Bezüge zu den heute existierenden Erscheinungsformen aufweist. Weiterhin erschwert die vorliegende Arbeitsteilung die Zuordnung extremistischer Phänomene über die Abteilungsgrenzen hinweg. Der Autor plädiert abschließend für eine Aufgabengliederung innerhalb der Verfassungsschutzämter nach den Bereichen: Rechtsextremismus, Linksextremismus, religiöser Extremismus, separatistischer Extremismus und Spionagebekämpfung mit Geheim- und Sabotageschutz.

Extremismus; Linksextremismus; Rechtsextremismus; Ausländerextremismus;
Ausländerterrorismus; Terrorismus; Religionsgemeinschaft; Religion; Verfassungsschutz;
Verfassungsschutzbehörde; Organisationsstruktur; Aufgabenbereich; Islamismus;
Verfassungsfeindlichkeit; Definition; Ideologie; Erscheinungsform

ID-nummer: 20051603

Dietel, Alfred

Was tun gegen rechtsextremistische Aufmärsche?

Die Polizei, 2005, 10, S. 281-282

Der Beitrag steht thematisch in unmittelbarem Zusammenhang zum Aufsatz des Autor aus dem Jahre 2004, "Der opponierende Versammlungsteilnehmer als Beteiligter im Verwaltungsverfahren der Versammlungsbehörde" und stellt zugleich eine Ergänzung zum Aufsatz "Rechte Aufmärsche im Ostteil Berlins belasten die dort wohnende Bevölkerung erheblich - das malträtierte Sicherheitsgefühl" von Knappe, Michael dar.

Rechtsextremistische Organisation; Versammlungsfreiheit; Demonstrationsablauf; Störer;
Gegendemonstration

ID-nummer: 20051350

Wolff, Peter; Gourmelon, Andreas

Skinheads - Inbegriff der Ausländerfeindlichkeit?; Skinheads - personifizierter Rechtsradikalismus?

Die Polizei, 2005, 9, S. 259-263
mit 17 QU

Vom 22. bis 26.8.1992 griffen in Rostock mehrer hundert Rechtsradikale eine Flüchtlingsunterkunft vietnamesischer Gastarbeiter an und hielten diese fast eine Woche unter dem Beifall vieler Anwohner besetzt. In Rostock dabei war Jens B. aus Dortmund, der sich heute von den Gewalttaten distanziert. Warum er eigentlich Skinhead geworden ist, kann er sich heute nicht erklären. Zu Beginn der 1990er-Jahre verging fast kein Tag, an dem man nicht in der Tagespresse von prügelnden Skinheads lesen konnte. Auch heute ist das Thema "rechtsradikale Skinheads" weiterhin aktuell - und zwar in Ost und West. Skinheads, eine Subkultur, die für viele den personifizierten Rechtsradikalismus darstellt. Zu Recht? Dieser Frage geht dieser Beitrag nach.

Skinheads; Rechtsextremistische Einstellung; Jugendsubkultur; Politische Meinung; Lebenseinstellung; Wertesystem; Jugendprotest; Musikszene; Hooligan; Rechtsradikalismus; Gewaltbereitschaft; Rechtsextreme Gruppierung; Sozialgeschichte

ID-nummer: 20061130

Was finden Jugendliche am Rechtsextremismus so attraktiv?; Interview mit Birgit Rommelspacher

Psychologie Heute, 2005, 8, S. 36-39
mit 3 BILD

Im Gespräch mit der Psychologieprofessorin Birgit Rommelspacher werden die Einstiegsmotive in den Rechtsradikalismus näher betrachtet. Ein erster Einstieg erfolgt meist über die Musik, die an das Gedankengut und die Subkultur der Rechtsradikalen heranzuführt. Dabei heben sich drei Ideologisierungspfade hervor. Durch Gruppenzugehörigkeit bei gemeinsamen Aktivitäten (z.B: Sonnenwendfeier und Wettkämpfe) wird Kameradschaft und Anerkennung erfahren (Ideologisierung durch Vergemeinschaftung). Die Gewaltbereitschaft, die oft schon im zerrütteten Elternhaus geschürt wird, gegen gesellschaftlich Schwache oder Ausländer, nimmt einen hohen Stellenwert ein. Politische Anliegen sind der dritte mögliche Weg. Wissenschaftliche Studien belegen, dass die Hälfte der Bundesbürger die Ansicht vertreten, dass in Deutschland zu viele Ausländer leben, die uns nichts nützen. Geht es um Rassismus gegen Schwarze oder Juden, so sind doch Schnittmengen erkennbar. Aber keinesfalls wird Gewalt akzeptiert, will doch der "normale" Bürger auch ins Ausland reisen. Die rechtsradikale Gesinnung der Jugendlichen kann sicherlich nicht absolut verhindert werden, aber eine gewaltfreie Erziehung trägt als erster Schritt dazu bei. Erkennbare Verhaltensmuster sollten von Erziehungsberechtigten, Lehrern und professionell ausgebildeten Helfern korrigiert werden.

Rechtsextremismus; Fremdenfeindliche Gewalt; Rechtsextreme Gewalt; Kameraderie; Politische Beeinflussung; Gruppendynamik; Gruppenstruktur; Gruppenzwang; Tatmotiv; Rassismus; Ideologie

Sigrist, Hans

Polizeiliches Einschreiten gegen Skinhead-Konzerte; Gewerberechtliche und versammlungsrechtliche Aspekte

Die Polizei, 2005, 6, S. 165-167
mit 13 QU

Der Autor stellt dar, dass Skinheadkonzerte, bei denen Musikgruppen mit eindeutig rechtsextremem Liedgut auftreten, oder bei denen der Veranstalter selbst dieser Szene zuzurechnen ist, regelmäßig keine gewerblichen Veranstaltungen sind, auch wenn ein Eintrittsgeld verlangt wird und eine Bewirtung der Teilnehmer erfolgt. Eine Benachrichtigung der Gewerbebehörde entfällt damit. Heranzuziehen ist die Gewerbebehörde nur dann, wenn die polizeiliche Aufklärung das Fehlen eines rechtsextremen Hintergrundes ergibt und die vorgenannten Voraussetzungen erfüllt sind. Ist dieser rechtsextreme Hintergrund vorhanden, so ist regelmäßig davon auszugehen, dass durch die Art der Veranstaltung ein entsprechendes politisches Weltbild bei den Teilnehmern erzeugt bzw. gefestigt werden soll. Damit dienen diese Veranstaltungen in den üblichen Fällen der "politischen Meinungsbildung". Der Autor kommt sodann zu dem Ergebnis, dass derartige Veranstaltungen infolgedessen von der die Versammlungsaufsicht führenden Behörde nach den Regeln des Versammlungsgesetzes zu behandeln sind, weil sie als Versammlungen einzustufen sind. Eine Verwirkung ihres Grundrechtsschutzes aus Art. 8 GG tritt daher nur aufgrund eines Parteien- oder Vereinigungsverbotes ein, nicht aber schon durch ihre bloße politische Agitation, auch wenn diese eindeutig verfassungsfeindliche Ziele aufweist.

Musikveranstaltung; Skinheads; Polizeiliches Einschreiten; Gewerberecht; Versammlungsrecht; Eingriffsbefugnis; Versammlungsauflösung; Öffentliche Veranstaltung; Rechtsextremismus; Unterhaltungsprogramm; Politische Betätigung; Propaganda; StGB P 130; Versammlungsbegriff; Entscheidungskriterium; Ordnungsbehörde; Gewerbeaufsichtsamt; Zuständigkeitsregelung

Denkowski, Charles A. von

Rechtsextremismus, Versammlungsfreiheit und der 8. Mai 2005; Mehr Staatschutz durch weniger bürgerliche Freiheit?

Kriminalistik, 2005, 4, S. 208-216

Nach § 130 StGB macht sich strafbar, wer öffentlich oder in einer Versammlung den öffentlichen Frieden in einer die Würde des Opfers verletzende Weise dadurch stört, das er die nationalsozialistische Gewalt- und Willkürherrschaft billigt, verherrlicht oder rechtfertigt. Zum anderen regelt das Gesetz mögliche Versammlungsverbote an Gedenkstätten von historisch herausragender Bedeutung, welche an die Opfer der menschenunwürdigen Behandlung unter der NS-Gewalt und Willkürherrschaft erinnern. Mit großer Sorge beobachtet man heute die wachsenden Zahlen zur Entwicklung des Phänomenbereichs Rechtsextremismus. In den fünfziger Jahren sammelten sich unverbesserliche Nationalsozialisten um die neu gegründete Sozialistische Reispartei (SRP). Deren Programmatik war verfassungswidrig und 1952 wurde die SRP verboten. 1964 gründeten Funktionäre der verbotenen SRP die NPD. Darunter befanden sich auch ehemalige Angehörige der NSDAP. In der Zeit danach drohte die NPD nach mehrfachem Überwinden der 5%-Hürde in Bundesländern in den Bundestag einzuziehen.

Das Potenzial an Rechtsextremisten nahm und nimmt zahlenmäßig zu. Nichtstaatliche wie staatliche Präventionskonzepte erreichen nicht die gewünschte Wirkung. Kritiker bewerten die Erweiterung des § 130 StGB mit hohem verfassungsrechtlichem Risiko. Keinesfalls kann und darf Repression die notwendige Auseinandersetzung mit den zu erforschenden Ursachen von Rechtsextremismus als Basis für nachhaltige Prävention ersetzen.

GG Art 5 Abs 2; StGB P 130; Rechtsextremismus; GG Art 5 Abs 1; Versammlungsverbot; VersG; Rechtsextremistische Organisation; Historie; Rechtsextreme Gewalt; Statistische Angaben; Nationaldemokratische Partei Deutschlands

Pilz, Gunter A.

Von der Repression zur Prävention - Entstehungsgeschichte, Entwicklung und Perspektiven der sozialen Arbeit mit Fußballfans und der Fanprojekte

Die Kriminalprävention, 2005, 4, S. 126-135
mit 19 QU

In dem 1979 vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegebenen und 1982 veröffentlichten Gutachten "Sport und Gewalt" wurde erstmals ein zielgruppenorientierter Einsatz von Sozialarbeitern in der Fanszene gefordert. In Folge dieses Gutachtens entstanden die ersten Fanprojekte in Hamburg, Frankfurt und Berlin. Dabei stellt sich die Frage, was Fanprojekte zu leisten vermögen. Eine allgemeingültige Aussage ist nicht möglich und würde der Heterogenität der Projekte, deren Problemkonstellationen und Arbeitsbedingungen nicht gerecht werden. Auch wenn es um die Frage geht, was soziale Arbeit mit Fußballfans zu bewirken vermag ist die positive Entwicklung des sich stetig verbessernden Zusammenspiels zwischen Prävention und Repression. Andererseits müssen wir analog gesellschaftlicher Entwicklungstrends eine Zunahme rechtsextremistischer Orientierung im Fußballumfeld (Ultras) feststellen. Gelungen ist die Steigerung von Selbstwertgefühl und Verhaltenssicherheit bei jugendlichen Fußballanhängern. Die wachsende gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit der Fan-Projekte hat auch vermehrt zu einem Klima geführt, dass gesellschaftliche Institutionen zu mehr Engagement für Jugendliche bewegt. Jugendarbeit, Straßensozialarbeit, Fan-Projektarbeit können und müssen einen Beitrag zur strukturellen Änderung, zur Humanisierung der Lebensbedingungen Jugendlicher leisten. Fan-Arbeit darf nicht zur selbstzufriedenen Routine-Arbeit werden. Veränderungen in der Fan-Szene müssen auf Hintergründe und Perspektiven befragt werden. Fan-Arbeit muss eine kulturelle Isolierung vermeiden. Sie muss versuchen, die kulturelle Eigenwelt der Fans durch Elemente der Erwachsenenwelt zu ergänzen. Präsenz während der Spiele, Organisation von Fan-Turnieren und offene Türarbeit dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, dass bezüglich der aufsuchenden Jugendarbeit in den Stadtteilen der Fans noch Defizite bestehen. Eine heikle und kontrovers geführte Diskussion betrifft die Frage, ob es sinnvoll ist, das Fanpädagogien auch mit Hooligans arbeiten. Wenn Sozialarbeiter Hooligans auf deren Gewalttouren begleiten laufen sie Gefahr, instrumentalisiert zu werden. Es ist wichtig, unterschiedliche Gewaltmotive zu erfassen und Handlungsstrategien hierauf auszurichten. Ein zentrales Anliegen muss die Vernetzung der Fan-Projekt-Arbeit mit der kommunalen und verbandlichen Jugendarbeit sein. Die Fan-Projektarbeit muss sich daran messen lassen, ob es ihr gelingt, durch ihr Engagement die Welt der Fans lebenswerter zu machen.

Fanprojekt; Sozialarbeit; Fußballfan; Streetworker; Sozialer Konflikt; Gewaltprävention; Hooligan; Jugendarbeit; Verhaltenssteuerung; Gewaltbereitschaft; Internet; Rechtsextremismus; Fremdenfeindlichkeit

ID-nummer: 20050939

Stock, Rainer

Subkultur - Warum Jugendliche in den Rechtsextremismus abdriften

Polizei-heute, 2005, 3, S. 83-87
mit 1 BILD

Eine der wesentlichen Ursachen des Abdriftens Jugendlicher in den Rechtsextremismus ist in der Familie zu suchen. So kann eine diffuse Wertevermittlung oder aber eine orientierungs- und perspektivlose Erziehung Kinder anfällig für rechtsextremistisches Gedankengut machen. Das Medium Musik und das Medium Internet spielen eine große Rolle bei der Rekrutierung von Jugendlichen. Dies gilt besonders für die NPD, die sich auch zum Ziel gesetzt hat, "Nationalsozialismus in die Schule zu tragen". Für Aussteiger aus dem Rechtsextremismus werden in Deutschland eine Reihe ganz spezieller Programme angeboten.

Jugendlicher; Rechtsextremismus; Jugendsubkultur; Skinheads; Fremdenfeindlichkeit;
Antisemitismus; Heranwachsender; Konfliktursache

ID-nummer: 20050269

Braun, Stephan

Rechtsextremismus - Die Netzwerke der rechten Szene

Deutsche Polizei, 2005, 1, S. 6-11
mit 2 BILD, 3 TAF

In Deutschland gibt es 169 rechtsextremistische Organisationen und Personenzusammenschlüsse mit insgesamt rund 41.500 Mitgliedern und nichtorganisierten Sympathisanten. Die Zahl der Neonazis ist mit rund 3.000 um rund 15% gestiegen. Neonazis knüpfen an die Ideologie des Nationalsozialismus an und streben einen autoritären Führerstaat auf rassistischer Grundlage an. Das Gefahrenpotential hinter solchen Entwicklungen ist nicht zu unterschätzen. Nach wie vor gibt es in Deutschland einen stabil zweistelligen Prozentsatz von Menschen, die fremdenfeindlichen und antisemitischen Klischees anhängen und geneigt sind, sich Einstellungen rechtspopulistischer, -radikaler und -extremistischer Wortführer zu Eigen zu machen.

Politische Partei; Rechtsextremismus; Neonazismus; Nationaldemokratische Partei Deutschlands;
Politische Meinung; Kriminalitätsentwicklung; Gewalttätigkeit; Statistische Angaben; Deliktart;
Entwicklungstendenz

ID-nummer: 20040738

Soine, Michael

Rechtsextremistische Musik unter Grundrechtsschutz?

Juristische Schulung - JuS, 2004, 5, S. 382-387
mit 77 QU

Rechtsextremistische Skinheads und ihr Umfeld bilden seit Anfang der neunziger Jahre die zahlenmässig grösste Gruppe der gewaltbereiten Rechtsextremisten in der Bundesrepublik Deutschland. Hierzu zählen nicht nur Gewalttäter, sondern auch Personen, die Gewaltanwendung billigen oder dazu aufrufen. Sie treten immer wieder durch spontane Gewalttaten und aggressive rechtsextremistische, zum Teil volksverhetzende Musik in Erscheinung. Der Beitrag geht der Frage nach, ob bzw. inwieweit solche Musikveranstaltungen von der Versammlungs-, Meinungs- und Kunstfreiheit geschützt sind - eine Thematik, die rund um den 1. Mai regelmässig zahlreiche Gerichte beschäftigt. Das "Auffanggrundrecht" der allgemeinen Handlungsfreiheit gemäss Art. 2 I GG wird in diesem Aufsatz nicht thematisiert, ist aber immer im "sachgedanklichen Mitbewusstsein" zu halten.

Rechtsextremismus; Musikveranstaltung; Rechtsschutz; GG Art 3; GG Art 5; GG Art 8; Meinungsfreiheit; Politische Meinung

ID-nummer: 20050190

Bussmann, Kai D.; Werle, Markus

Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt - Standortnachteil Ost

Neue Kriminalpolitik, 2004, 3, S. 96-99
mit 5 TAF, 6 QU

Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt wirken sich in vielfältigen Entscheidungsprozessen in Bezug auf Standortentscheidungen der Unternehmen aus. Wie aus Untersuchungen hervorgeht, gilt dies für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer gleichermaßen. So rechnen in den Neuen Bundesländern 28 % der Unternehmen mit einer (erneuten) Beeinflussung durch Fremdenfeindlichkeit, dagegen sind es in den alten Ländern nur 17%. Auch gaben im Bundesdurchschnitt 30% der Unternehmen an, dass Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt in Bewerbungsgesprächen thematisiert werden. Eine aktive Kriminalprävention im Verbund mit einer gezielten Wirtschaftsförderung kann einer Stigmatisierung des Wirtschaftsstandortes Ost-Deutschland entgegenwirken.

Fremdenfeindlichkeit; Rechtsextreme Gewalt; Ostdeutschland; Kriminalitätsfurcht; Wirtschaftsunternehmen; Sicherheitslage; Regionalstruktur; Einflussfaktor

ID-nummer: 20050436

Wächter, Franziska

Links und rechts kann man nicht verwechseln; Zum Verständnis eines politischen Codes bei Jugendlichen

Diskurs, 2004, 1, S. 45-53
mit 11 BILD, 5 QU

Umfragen zur politischen Stimmung und Selbsteinschätzung verwenden zur Beschreibung des Spektrums ein Links-Rechts-Konzept, das voraussetzt, dass der Befragte etwas damit anfangen weiß. Studien über den Umgang 15-25jähriger in Deutschland zeigen noch immer eine relative Vertrautheit mit diesem Konzept, wobei der Prozentsatz mit zunehmendem Alter ansteigt. Je geringer das Interesse an Politik, desto größer die Schwierigkeiten damit, Frauen zeigen dabei weniger Interesse als Männer, schlechter Gebildete weniger als besser Gebildete. Vor die Wahl gestellt, das politische Spektrum von links nach rechts mittels Parteien oder Themen zu bestimmen, wählen die Jugendlichen überwiegend die Herangehensweise mittels Themen (Ideologien), da ihnen die Parteien zu unprofilert erscheinen. Darüber hinaus wissen sie eher "rechts" einzuordnen als "links", das für sie vor allem dort anzusiedeln ist, wo "rechts" nicht ist.

Jungerwachsener; Heranwachsender; Politik; Linksextremismus; Politische Bildung; Rechtsextremismus

ID-nummer: 20040314

Pfahl-Traughber, Armin

Ursachen rechtsextremistisch motivierter Gewalt; Kritische Prüfung von Erklärungsansätzen anhand der wissenschaftlichen Forschung

Kriminalistik, 2004, 1, S. 38-43
mit 25 QU

Anfang der 1990er Jahre setzte eine Welle von rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten ein, wofür unterschiedliche Ursachen vorgetragen wurden. Der Beitrag konfrontiert diese Erklärungsansätze mit den Ergebnissen der empirischen Forschung und nimmt somit eine kritische Prüfung der Theorien anhand der Empirie vor. Nicht ein einzelner Bedingungsfaktor, sondern unterschiedliche Ursachen in einem komplexen Wechselverhältnis erklären das Aufkommen rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten.

Fremdenfeindliche Gewalt; Gewaltursache; Gewalttäter; Jugendgewalt; Erklärungsansatz; Politisch motivierte Straftat; Rechtsextremistische Einstellung; Ursachenanalyse; Ursachenforschung

ID-nummer: 20041413

Pitzer, Beatrice V.; Korn, Yasmin T.; Schulz, Thomas

Rechtsextremismus und Autoritarismus: Zu den Hintergründen rechter Gewalt

Schriftenreihe Polizei & Wissenschaft, 2003, S. 601-625

Polizei & Psychologie [Tagung], Frankfurt am Main; BR Deutschland, 2003 [18.03.-19.03.]
mit 4 TAF, 34 QU

Eine in Dortmund durchgeführte Studie zum Phänomen des Rechtsradikalismus aus dem Jahr 2002 wird kritisch dargestellt. Die definitorischen Probleme der Erfassung von "Rechtsextremismus" werden benannt und die Häufigkeit des Phänomens diskutiert. Auf die Bedeutung der klassischen Studie zum Autoritarismus von Adorno et.al (1950) wird eingegangen und die forschungsleitende Rolle des Modells von Altemeyer (1981 u.ö.) gewürdigt, das über Adorno hinaus auf einem Konzept sozialen Lernens basiert, Autoritarismus nicht als Persönlichkeitsmerkmal sondern als Einstellung versteht und in der Ausführung auf drei operationalisierbaren Grundfaktoren basiert. Die Durchführungsprobleme sowie die Hypothesenbildung werden skizziert und das Messverfahren erläutert. Die untersuchte Gruppe wird charakterisiert und signifikant höhere Werte im Bereich Autoritarismus und Gewaltbereitschaft nachgewiesen. Als überraschend wird der Aufweis einer geringen Affinität zu konservativen Werten im Gegensatz zu einer Selbstbeschreibung im Lichte liberal-progressiver Tendenzen gewertet. Die Bedeutung des Autoritarismusmodells wird abschließend nochmals betont.

Rechtsextremismus; Wertesystem; Rechtsextremistische Einstellung; Empirische Sozialforschung; Empirische Untersuchung; Untersuchungsmethode; Autoritarismus; Gewaltbereitschaft; Politische Meinung

Pfahl-Traughber, Armin

**Die Skinhead-Szene als länderübergreifend aktive rechtsextremistische Subkultur;
Besonderheiten und Entwicklung am Beispiel der Situation in der Bundesrepublik
Deutschland**

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit, 2003, S. 219-249
mit 50 QU

Skinheads kamen in Großbritannien Ende der 60er Jahre als subkultureller Gegenentwurf zum materialistischen Lebensstil der "Mods" auf. Entsprechend der überwiegenden Herkunft ihrer Anhänger betonte man einen proletarischen Stil. Wie auch bei der ersten deutschen Gruppierung stand zunächst keine politische Richtung im Vordergrund, sondern Alkoholkonsum, Fußball und Gewalt. Dass die Skinheads eine stärker werdende rechtsextreme Ausrichtung bekamen, hängt mit wesentlichen Komponenten dieser Subkultur zusammen, die sich gut in Neonazismus integrieren ließ: Körper-Kult, Faszination von Gewalt und Voluntarismus. Auch unradikale Musikgruppen bedienen in ihrer Musik ein Gefühl der Abgrenzung, des Rebellentums und der Aggression. Bands mit neonazistischen Hintergründen verwenden außerdem Texte mit ausländerfeindlichen oder antisemitischen Inhalten, z.T. beziehen sie sich auf das nationalsozialistische Deutschland, wobei (aus juristischen Gründen) extremere Vertreter wohl eher aus dem Ausland agieren. Die Internationalität des extremen Nationalismus und seiner Zusammenarbeit ist einer der widersprüchlichen Aspekte der Skinhead-Bewegung, die sich weniger durchstrukturiert und reflektiert als diffus und spontan zeigt. Die Skinheads verhalten sich einer Subkultur typisch wenig geneigt, einer organisierten Politikform unterzuordnen, auch wenn die organisierte Minderheit starken Einfluss auf die Gesamtszene ausübt. Entsprechend äußert sich die Radikalität weniger in geplanten Aktionen, als spontanen Angriffen auf Feinde, wobei deren Gefährlichkeit politisch oder genetisch (Feind des Blutes) begründet sein kann und etwaige Todesfolgen bewusst miteinkalkuliert werden.

Fremdenfeindlichkeit; Jugendsubkultur; Musikszene; Nationalismus; Neonazismus; Rechtsextreme Gewalt; Zeitgeschichte; Skinheads; Rechtsextremismus; Großbritannien; Subkultur; Jugendszene; Jugendkultur; Phänomenologie; Deutsche Demokratische Republik; Deutschland; Gewaltbereitschaft; Ideologie; Schichtzugehörigkeit

Pfahl-Traughber, Armin

Rechtsextremistische Parteien in der Bundesrepublik Deutschland; Entwicklung und Wählerbasis

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit,

Jahrbuch Öffentliche Sicherheit 2002/2003, 2003, S. 167-196

mit 28 QU

Im Deutschland nach 1945 gab es eine Reihe unterschiedlicher Parteien, die phasenweise vor allem bei Landtagswahlen, später auch Europawahlen, Erfolge erzielen konnten, so die DKP - DRP, die SRP, NPD, DVU und REP. Zwischen den drei Epochen relativen Erfolges um 1950, Mitte bis Ende der 60er und neunziger Jahre bestehen kaum Kontinuitäten, das Gesamtbild wird durch Zersplitterung, Konkurrenzdenken und strukturelle Defizite geprägt. Obwohl in der Basis der Wunsch nach einer sowohl Strömungsintegrierenden und nach außen wirkenden Person wie Haider oder Le Pen verbreitet ist, zeigt sich in der Parteiführung vor allem Abgrenzung und eigenes Dominanzstreben. Da mit der DVU in Sachsen-Anhalt die Partei mit dem kürzesten Wahlprogramm im Bundesland mit dem geringsten Ausländeranteil den größten Erfolg erzielte, zeigt sich, dass diffuse und inhaltlich knappe Forderungen durchaus Erfolge erzielen können. Da zudem Untersuchungen zeigen, das rechtsextremistische Einstellungspotential je nach gewähltem Ansatz zwischen 6 und 17 Prozent liegt, die größten Erfolge bei ganz unterschiedlichen Wahlen jedoch nicht zwingend von einfachen Bedingungen wie Ausländeranteil oder Arbeitslosigkeit abhängig gemacht werden können, müssen verschiedene Bedingungen zusammen kommen, die eine rechtsextreme Partei als Wahlpartei dauerhaft in Erscheinung treten lassen, und die in Deutschland bisher offensichtlich nur punktuell gegeben waren.

Integration; Deutsche Volksunion; Republikaner; Nationalismus; Neonazismus; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Rechtsstaat; Rechtsextremismus; Politische Partei; Parteizugehörigkeit; Wählerverhalten; Rechtsextremistische Einstellung; Zeitgeschichte

Scharenberg, Albert

Plädoyer für eine Mehrebenenanalyse des Rechtsextremismus

Deutschland Archiv, 2003, 4, S. 659-672
mit zahlr. QU

Die Überwindung monokausaler Erklärungsmuster in der Rechtsextremismusforschung wird begrüßt, zugleich aber - mit kritischem Seitenblick auf die stilbildenden Studien Wilhelm Heitmeyers - auf die Gefahr einer gewissen Beliebigkeit heterogener pluraler Forschungsansätze verwiesen. Als Rahmen theoretischer Forschungsbemühungen wird von transnationalen Tendenzen ausgegangen, die das europaweite Phänomen sowohl populistischer, wie offen rechtsextremer politischer Strömungen als Reaktionen auf einen globalen gesellschaftlichen Transformationsprozess begreifen. Klassische Ansätze der Kapitalismuskritik (Horkheimer) und aktuelle Modernisierungstheorien werden mit den vom Autor konzidierten europäischen Wohlstandschauvinismus und den Problemen einer brüchigen kollektiven Identitätsbildung konfrontiert. Sowohl auf europäischer wie auf deutscher Ebene erscheint Rechtsextremismus als Phänomen, das in der Mitte der Gesellschaft entsteht. Eine mögliche weiterwirkende Tradition spezifisch deutschen Autoritarismus wird im Rekurs auf die klassische Studie von Adorno et.al. diskutiert und die populär gewordene These vom Zusammenhang von antiautoritärer Erziehung und dem Entstehen rechtsextremistischer Einstellungen verworfen. Für die Situation in Ostdeutschland erscheinen spezifische Nachwirkungen sozialistischer Herrschaft, eine schwach entwickelte Zivilgesellschaft und die doppelte Umbruchsituation: Transformation eines sozialistischen in ein kapitalistisches Wirtschaftssystem bei gleichzeitigem rapiden Wandel des Kapitalismus selbst bemerkenswert. Die Rolle nachwirkender autoritärer Traditionen der DDR- Gesellschaft wird im einzelnen diskutiert.

Rechtsextremismus; Wirtschaftssystem; Autoritarismus; Erziehung; Forschungsmethode; Internationaler Vergleich; Kapitalismus; Globalisierung; Gesellschaftlicher Wandel; Sozialismus; Deutsche Demokratische Republik

Rechtsextremismus von Jugendlichen; Zur Erklärungskraft verschiedener theoretischer Konzepte

KZfSS, 2003, 4, S. 654-678
mit 72 QU, 5 TAB, 3 TAF, ANL

Der Rechtsextremismus unter Jugendlichen ist in der öffentlichen Wahrnehmung gegenüber anderen Topoi aus dem Themenbereich "Innere Sicherheit" in den Hintergrund getreten. Gleichwohl stellt sich nach wie vor die Frage nach Ausmass und Ursachen des Rechtsextremismus in Deutschland. Es wird zunächst knapp das Ausmass rechtsextremer Einstellungen unter Jugendlichen beschrieben. Anschliessend wird eine pfadanalytische Überprüfung verschiedener theoretischer Erklärungsansätze anhand einer repräsentativen Befragung von ca. 4.300 Jugendlichen vorgenommen. Neben der Anomietheorie und dem Desintegrations-Verunsicherungs-Theorem werden die sozioökonomische Lage und die wahrgenommene Deprivation sowie die Transgressionsbereitschaft, der Autoritarismus und die Kontakthypothese berücksichtigt. Unter den Erklärungsansätzen erweist sich der Autoritarismus als am erklärungskräftigsten - auch für das Desintegrations-Verunsicherungs-Theorem kann eine durchgängige (wenngleich niedrigere) Wirkung nachgewiesen werden. Aus den Ergebnissen werden abschliessend Überlegungen zur Weiterentwicklung der theoretischen Erklärung des Rechtsextremismus abgeleitet. Rechtsextreme Einstellungen werden dabei als Folge sozialer Wandlungs- und Desintegrationsprozesse verstanden, auf die Jugendliche mit einem Rückgriff auf archaische Persönlichkeits- und Sozialformen reagieren, was in einer Übersteigerung der eigenen Person und einer damit einhergehenden Abwertung Anderer zum Ausdruck kommt.

Jugendlicher; Jugendforschung; Kriminalitätsursache; Kriminalitätstheorie; Ursachenforschung; Rechtsextremistische Einstellung; Forschungsstudie; Kriminologische Untersuchung; Fremdenfeindlichkeit; Gewaltbereitschaft; Gewalttätigkeit; Autoritarismus; Statistik; Kriminalitätsanalyse

ID-nummer: 20030585

Pfahl-Traughber, Armin

Gewaltbereiter und gewalttätiger politischer Extremismus in Deutschland; Darstellung, Einschätzung und Vergleich des Gefahrenpotenzials

Kriminalistik, 2003, 4, S. 202, 204-208
mit 23 QU

Seit Beginn der neunziger Jahre wird die Bundesrepublik Deutschland wieder nach "dem Niedergang" des Linksterrorismus der siebziger Jahre mit politisch motivierter rechtsextremistischer Gewalt im Zusammenhang mit fremdenfeindlichen Straftaten konfrontiert. Rechtsextremistische Gewalt richtet sich stärker gegen Personen im Vergleich zum Linksextremismus, der primär sich gegen Sachen richtet.

Der Schwerpunkt der rechtsextremistisch orientierten Gewalttaten lag im Jahre 2001 eindeutig in den östlichen Bundesländern.

Darüber hinaus ist die Gefahr des islamistischen Terrorismus seit dem 11. September 2001 auch für Deutschland relevant. Dies wird u.a. nicht zuletzt durch die Existenz der "Schläfer" in Deutschland offensichtlich. Unter dem Aspekt des Gewaltanteils der drei Extremismusformen (Linksextremismus, Rechtsextremismus und islamischer Terrorismus) ergibt eine vergleichende Betrachtung, dass "die größte Gefahr politisch motivierter Gewaltanwendung vom islamistischen Terrorismus ausgeht.

Gewaltbereitschaft; Kriminalitätslage; Extremismus; Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Islamistischer Terrorismus; Ausländerextremismus; Fremdenfeindlichkeit; Gewalttätigkeit; Entwicklungstendenz; Rechtsextremismus

ID-nummer: 20030455

Meise, Manfred; Maier, Kurt; Roth, Siegfried

Verkennung der Kriminalität junger Menschen; Am Beispiel rechter Cliques

Kriminalistik, 2003, 3, S. 159-162
mit 3 QU

Lücken in der Wahrnehmungsstruktur führen zu Fehleinschätzungen beim Phänomen der Jugendkriminalität. Dies schlägt sich bei der Einschätzung der Ausländerkriminalität und rechtsextremer Formen der Kriminalität jugendlicher Menschen nieder. Studien haben die Existenz von "flächendeckenden rechten Cliques" in Hessen aufgezeigt. Die darin verwobenen Jugendlichen geben zum Teil die in der Gesellschaft vorhandenen diffusen Ängste vor Arbeitslosigkeit, Drogen und Kriminalität sowie die Teilreflexion dieser Probleme auf Ausländer wieder. Ursächlich für das Verhalten der rechten Jugendlichen ist auch der Umgang der Gesellschaft mit der Thematik "Ausländerkriminalität". Hier wurde versäumt darzustellen, dass dieses Phänomen nicht breite Ausländerschichten, sondern insbesondere die Intensivkriminalität von Wenigen betrifft. Präventionskonzepte müssen daher nicht nur bei den Schülern, sondern zu einem Umdenken auch bei der Polizei und einem Ansetzen bei der Gesamtgesellschaft führen.

Jugendkriminalität; Drogenkriminalität; Kriminalphänomenologie; Rechtsradikalismus; Ausländerkriminalität; Gesellschaft; Vorurteil; Strafverfolgung; Rechtsextremismus

ID-nummer: 20030835

Heller, Friedrich Paul

Zur Sprache rechtsextremer Gewalttäter - eine journalistische Perspektive

Bewährungshilfe, 2003, 2, S. 158-163
mit 4 QU

Rechtsextreme Gewalt steht offenbar unter eigenen Vorbedingungen und Regeln. Zum Tathintergrund gehört eine eigene, legitimierende Symbolsprache. Die Täter gehen von einem staats- und straffreien Raum aus und sehen ihre Taten von einer höheren Gewalt, der des "Volkes" oder "Reiches" legitimiert. Wer auf diesem Feld etwas bewirken möchte, braucht die Kenntnisse dieser Symbolsprache.

Rechtsextremismus; Opfergruppe; Jugendlicher; Hassdelikt; Gewalttäter; Sprache; Symbolfunktion

ID-nummer: 20030840

Bjorgo, Tore

Auswege; Grundlagen und Perspektiven skandinavischer Exit-Projekte

Bewährungshilfe, 2003, 2, S. 134-157
mit 17 QU

Untersucht wird die Bedeutung und der Einfluss der Gruppe auf jugendliches Verhalten. Es wird dargestellt, weshalb sich junge Menschen extremistischen Gruppierungen anschließen und sie wieder verlassen (wollen). Hingewiesen wird auf die der Gruppe eigenen Haltekräfte und die dennoch vorhandenen Optionen zum Ausstieg. Im Einzelnen wird das Entstehen und die Arbeit von Exit-Projekten in Norwegen, Schweden und Finnland geschildert. Es wird deutlich gemacht, dass der Kampf gegen Nationalsozialismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit eine Chance hat, wenn es gelingt, Jugendliche davon abzuhalten, sich Gewalt ausübenden Gruppen anzuschließen, und wenn Aussteigewilligen beim Verlassen der Gruppe geholfen wird.

Neonazismus; Neonazistische Gruppe; Jugendlicher; Jugendszene; Rechtsradikalismus; Fremdenfeindlichkeit; Rassismus; Empirische Forschung; Projektbeschreibung; Schweden; Norwegen; Finnland

ID-nummer: 20030197

Kubiciel, Michael

Rechtsextremistische Musik von und mit V-Leuten; Sozialadäquanz und Rechtfertigung im Normbereich der §§ 86, 86 a, 130 StGB

NStZ, 2003, 2, S. 57-61
mit 47 QU

Es stellt sich die Frage, ob eine V-Person gegen die Normbefehle der §§ 86, 86 a, 130 StGB verstößt, wenn sie sich dem milieubedingten Jargon anpasst und sich mit den dort üblichen Utensilien ausstattet. Der Autor untersucht in diesem Zusammenhang die Sozialadäquanz wegen der Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen, die Sozialadäquanz wegen der Verfolgung künstlerischer Zwecke und die Rechtfertigung strafbaren Verhaltens von V-Leuten. Aus systematischen und teleologischen Erwägungen lassen sich milieubedingte Handlungen einer V-Person nicht allein wegen der Zielsetzung in Gestaltung der "Abwehr verfassungswidriger Bestrebungen" als sozialadäquat einstufen und aus dem tatbestandlichen Anwendungsbereich der Norm ausgliedern. Nach der gegenwärtigen Rechtslage bleibt nichts anderes übrig, als den handelnden V-Leuten in bestimmten Grenzen die Erlaubnisnorm des § 34 StGB zuzugestehen. Den verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Fehlen einer Ermächtigungsgrundlage ist zuzustimmen. V-Leuten sind diejenigen milieubedingten Handlungsweisen verschlossen, die zu Sonderopfern von Individuen zugunsten anderer Rechtsgüter führen. Der "Königsweg", die grundsätzliche Normierung der V-Person-Problematik, harrt weiterhin seiner legislativen Regelung.

Rechtsextremismus; V-Mann; Verhaltensmaßregel; StGB P 86; StGB P 86 a; StGB P 130; StGB P 34; Rechtfertigungsgrund; Strafbarkeitsbedingung; Notstandshandlung; Musikszene; Kunstfreiheit; Propaganda; Handlungsfreiheit

ID-nummer: 20021190

Kubink, Michael

Rechtsextremistische und fremdenfeindliche Straftaten

Zeitschrift für Rechtspolitik - ZRP, 2002, 7, S. 308-312
mit 54 QU

Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und entsprechend motivierte Gewalttaten beschäftigen Kriminalpolitik und Kriminologie seit Anfang der neunziger Jahre. Die Öffentlichkeit wird aufgeschreckt durch persönliche Übergriffe, Brandanschläge gegenüber Asylbewerberheimen und Schändungen jüdischer Einrichtungen. Größte Aufmerksamkeit erlangen nachvollziehbar Tötungsdelikte. Für den Zeitraum von 1991 bis 2000 gibt das Bundesamt für Verfassungsschutz eine Zahl von 25 Todesopfern an. Aber selbst bei dieser schwersten Straftat scheinen institutionelle Erfassungsparameter zu versagen, denn aus anderen Sammlungen und Quellen liest man von 93 Menschen, die in den neunziger Jahren im Rahmen rechtsextremistischer Gewalttaten getötet wurden. In Fachkreisen sind daher in jüngster Zeit verstärkte Zweifel an der Zuverlässigkeit öffentlicher Statistiken zu rechtsextremistisch motivierten Straftaten aufgekommen. Seit dem 01.01.2001 verwenden die hiesigen Polizeibehörden nun neue Definitionen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, um solche Wahrnehmungsdefizite zu beseitigen. Dieser Beitrag stellt die Tauglichkeit alter wie neuer Definitionen in Frage.

Fremdenfeindlichkeit; Rechtsextremismus; Politisch motivierte Straftat; Statistik; Datenerfassung; Aussagewert

ID-nummer: 20021893

Kubink, Michael

Fremdenfeindliche Straftaten - ein neuer Versuch der polizeilichen Registrierung und kriminalpolitischen Problembewältigung

MschrKrim, 2002, 5, S. 325-340
mit 1 TAF, 1 TAB, 81 QU

In Fachkreisen wird die Zuverlässigkeit öffentlicher Statistiken zu rechtsextremistisch motivierten Gewalthandlungen in Zweifel gezogen. Selbst bei schwersten Straftaten gelangen unterschiedliche Fallsammlungen zu abweichenden Zählergebnissen. Seit dem 01.01.2001 arbeiten die hiesigen Polizeibehörden mit neuen Definitionen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, um solche Wahrnehmungsdefizite zu beseitigen. Der gefundene Definitionsansatz spricht jetzt von "Hassverbrechen". Der Beitrag steht dem Konzept skeptisch gegenüber. Es ist kaum anzunehmen, dass dieses Modell zur Objektivierung und damit zur Problemlösung beiträgt. Denn es geht weiterhin in erster Linie um (politische) Motivationen, die auf polizeilicher Ebene schwerlich seriös zu ermitteln sind. Auch künftig ist die Abwicklung einer recht festgefahrenen Ermittlungsroutine zu erwarten, die eine den öffentlichen Aufmerksamkeiten angepasste Vielzahl von sogenannten Propagandadelikten erfasst.

Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Hassdelikt; Rechtsextremismus; Fremdenfeindlichkeit; StGB P 86; StGB P 86 a; StGB P 130; Kriminalstatistik; Propaganda; Gewaltkriminalität

ID-nummer: 20020928

Zimmermann, Ekkart

Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit in Deutschland; Entwicklungen und theoretische Erklärungsdefizite

Deutschland Archiv, 2002, 3, S. 385-400
mit 41 QU

Zum Rechtsextremismus werden Entwicklungen in den einzelnen Bundesländern zwischen 1995 und 2000 sowie der ersten Hälfte des Jahres 2001 anhand von vier Indikatoren verfolgt: Gewaltaktivitäten, fremdenfeindliche Einstellungen, rechtsextremistische Organisationen und Wahlverhalten für rechtsextremistische Parteien.

Sind die Trends in den Daten durch die Daten des Bundesamt für Verfassungsschutz weitgehend eindeutig, so zeigt sich, dass die fremdenfeindlichen und antisemitischen Einstellungen weniger klar zu interpretieren sind, die Entwicklungen beider Indikatoren sind jedoch als gefährliche Herausforderung für die deutsche Demokratie zu betrachten. Die offiziellen Daten rechtsextremistischer Organisationen belegen zumindest eine Stagnation, bei rechtsextremistischen Parteien bei Wahlen überwiegen deutliche Wahlniederlagen.

Ein kurzer Überblick über einige theoretische Erklärungen zu den untersuchten Indikatoren in der Fachliteratur und auch in der Presse ergänzt das Thema.

Rechtsextremismus; Fremdenfeindlichkeit; Antisemitismus; Ländervergleich; Statistische Angaben; Gewaltbereitschaft; Bevölkerungseinstellung; Rechtsextremistische Organisation; Erklärungsansatz; Prognose

Richter, Dagmar

Möglichkeiten und Grenzen des Vereinsverbots im rechtsextremistischen Bereich

Recht der Jugend und des Bildungswesens - RdJB, 2002, 2, S. 172-192
mit 139 QU

Die zahlreichen Verbote rechtsextremistischer Vereinigungen in den vergangenen zehn Jahren sind Anlass für diese Untersuchung hinsichtlich der Besonderheiten dieser Verbote. Ein Vereinsverbot ergibt sich nicht unmittelbar aus Art. 9 Abs. 2 GG, sondern erst durch die konkretisierende Verfügung einer Verwaltungsbehörde. Zuständige Behörden sind je nach Tätigkeitsgebiet des Vereins die Landes- oder das Bundesinnenministerium. Zu prüfen ist auch die Frage der Zweckmäßigkeit eines Verbotsverfahrens, welches von den Gegnern grundsätzlich mit der Begründung abgelehnt wird, dass dies nur die Konspiration fördere, Quellen gefährde und den Corpsgeist stärke. Da Parteien nicht in den Anwendungsbereich des Vereinsgesetzes fallen, ist festzustellen, ob es sich bei der Organisation um eine Vereinigung oder eine Partei handelt. Für das Verbot einer Gruppierung sprechen neben der Bildung einer kriminellen Vereinigung, Aktivität, die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder die Völkerverständigung richten bzw. eine Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus oder eine kämpferisch-aggressive Grundhaltung. Darüber hinaus ist auch die Zurechenbarkeit kritischer Äußerungen und Aktivitäten Einzelner zu einer Vereinigung zu prüfen. Die aufgezeigten Handlungsmöglichkeiten des Staates führen derzeit im rechtsextremistischen Milieu zur Bildung sogenannter Kameradschaften und Freundeskreise, um so den Verbotsmöglichkeiten des Vereinsgesetzes zu entgehen. Vor dem Hintergrund der Vereinbarkeit des deutschen Rechts zum Vereinsverbot mit Art. 14 EMRK sollte in der Bundesrepublik jedoch zukünftig auch überlegt werden, ob man sich im Umgang mit Extremisten nicht etwas mehr Gelassenheit leisten könnte.

Rechtsextremismus; Vereinsverbot; VereinsG; Verfassungsfeindlichkeit

Sulzbacher, Klaus

Rechts-Rock; Botschaften von Hass und Gewalt

Die Kriminalpolizei, 2002, 2, S. 65-66

Beschrieben werden neonazistische Musikgruppen, ihr Auftreten, ihre Musik und ihre Texte mit rechtsextremistischen Gedankengut voller Hass und Gewalt, in denen unverhohlen zu Mord und Totschlag in erster Linie gegen Juden und "Nigger" aufgerufen wird. Anstelle der strenggescheiterten Neonazis bestimmen heute Skinheads die rechtsextreme Landschaft. Ihre aggressiv-rhythmische Musik wird meist durch martialisches Gebrüll anstelle von Gesang unterlegt. Die Textinhalte der sogenannten Oi-Musik oder White Noise Szene glorifizieren den Nationalsozialismus, propagieren das Recht des Stärkeren und huldigen dem Führermythos. Neben Angriffen auf die demokratische Grundordnung beschreiben die Texte rassistische und antisemitische Vernichtungsphantasien, die von unerträglicher Gewaltverherrlichung, Brutalität und Niedertracht zeugen. In Deutschland gibt es knapp hundert Neonazi- und Skinheadbands. In den letzten zehn Jahren sind ca. 1,5 Millionen Tonträger mit rechtsextremistischer Musik verkauft worden. Werden Titel von der Bundesprüfstelle für Jugendgefährdende Schriften indiziert, können diese Titel aus dem Internet problemlos heruntergeladen oder mit Gleichgesinnten getauscht werden. Die Zahl der Konzerte ist in den letzten Jahren auf mittlerweile über hundert pro Jahr angestiegen. Die Besucherzahlen halten sich zwar noch in Grenzen, doch waren in Garitz auch schon einmal 2000 Glatzen auf einem einschlägigen Konzert. Der Autor verweist darauf, dass rechtsextremistische Musik kein deutsches Phänomen ist, sondern in vielen anderen Ländern Europas und in Amerika existent ist, und dass ihre Wurzeln in der englischen Skinheadbewegung liegen. Den geschätzten 51.400 Rechtsextremisten in Deutschland sollte nicht allein mit erzieherischen und präventiven Maßnahmen entgegengetreten werden, sondern auch mit den repressiven Mitteln von Seiten der Polizei und der Justiz.

Rechtsextremismus; Antisemitismus; Fremdenfeindlichkeit; Musikszene; Musikveranstaltung; Gewaltverherrlichung; Skinheads

Albrecht, Hans Jörg; Kilchling, Michael

Rechtsextremistische Gewalt, Strafrechtliche Sozialkontrolle, Täter-Opfer-Ausgleich und Wiedergutmachungsansätze

Recht der Jugend und des Bildungswesens - RdJB, 2002, 1, S. 82-93
mit 77 QU

Nach gut zwanzigjähriger Praxis hat der Täter-Opfer-Ausgleich (TOA) in Deutschland ein recht breites Anwendungsspektrum erreicht. Die jüngste Schätzung beläuft sich auf etwa 13.000 Anwendungsfälle im Jahr 1997 (9000 Mitte der neunziger Jahre). Es besteht gleichwohl Forschungsbedarf zur Praxis des TOA im Bereich des Rechtsextremismus, da entsprechende empirische Untersuchungen bislang nicht veröffentlicht wurden. Abgesehen von Fällen mit extrem schweren Tatfolgen eignen sich prinzipiell auch rechtsradikal motivierte Gewalttaten für eine Mediation oder einen Mediationsversuch. Gerade beim Einsatz im Jugendbereich ist davon auszugehen, dass mit dem TOA sowohl Elemente der Erziehung wie der Ahndung zum Tragen kommen; 70 % der Tatverdächtigen im Bereich extremistischer Gewalttaten entfallen auf die Altersgruppen der 14- bis 20-jährigen, lediglich 3 % der Tatverdächtigen sind 30 Jahre oder älter. Selbst wenn man strafende (Neben-) Funktionen jeder Art verneint, handelt es sich dabei für Täter- und im Übrigen auch für die Opferseite ohne Frage um eine eingriffsintensive Prozedur. Durch interaktive Elemente vermag der Täter-Opfer-Ausgleich als strukturelle Lernsituation zu wirken, in der Betroffenheit (im Sinne von Braithwaites Theorie des "Reintegrative Shaming") erzeugt wird. Und gerade im Kontext rechtsextremer Gewalt erscheint der Konfliktansatz weitaus passender als in vielen anderen Bereichen herkömmlicher Kriminalität. Es ist zu prüfen, ob Opfer(schutz)aspekte einem mediativen Erledigungsversuch entgegenstehen können.

Extremismus; Empirische Sanktionsforschung; Gewaltanwendung; Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Jugendstrafrecht; Konfliktschlichtung; Mediation; Opferbehandlung; Rechtsextremismus; Sanktionsalternative; Schadensausgleich; Täter-Opfer-Ausgleich; Sozialkontrolle; Verbrechensbekämpfungsgesetz; Entschädigung

Edinger, Michael; Hallermann, Andreas

Rechte Jugendliche im Osten; "Ostdeutschen" Erklärungsmustern auf der Spur - das Beispiel Thüringen

Deutschland Archiv, 2002, 1, S. 51-59
mit 2 TAB, 2 TAF, 25 QU

Die Resultate einer Repräsentativbefragung unter Jugendlichen und jugendlichen Erwachsenen im Freistaat Thüringen durch das Meinungsforschungsinstitut Infratest werden referiert. Im Zentrum der Untersuchung stand die Frage, ob die durch die Medien vermittelten Vorstellungen einer gewaltbereiten, rechtsextremistischen Jugend im Bereich der ehemaligen DDR eine Stütze in der Realität finde. Die forschungslogischen Probleme der Definition und Operationalisierung der Begriffe und ihre Anwendung werden diskutiert und auf die konträre Forschungskontroverse - Rechtsextremismus als Nachwirkung der SED-Diktatur versus Rechtsextremismus als Resultate sozialer Verwerfungen nach der Wiedervereinigung verwiesen. Die Studie bestätigt die einschlägigen soziodemographischen Daten und ihre Korrelation zwischen politischer Einstellung und sozialer Lage, bzw. Selbsteinschätzung. Ein signifikant höherer Anteil ausländerfeindlicher Einstellungen in der Alterskohorte der jungen Erwachsenen im Vergleich zu denen älterer Erwachsener könnte nicht aufgewiesen werden. Deutlich ist der Anteil von Rechtsextremen, die zugleich positive Einstellungen zu gesellschaftlichen Gegebenheiten in der ehemaligen DDR erkennen lassen. Neben den grundlegenden Befunden der Jugendforschung zum Zusammenhang von Bildung, Autoritätseinstellung und Distanz bzw. Nähe zum politischen System, legen die Daten und ihre Interpretation die Wirksamkeit spezifisch ostdeutscher Faktoren nahe. Vor einem stigmatisierenden Bild einer gewalttätigen ostdeutschen Jugend wird gewarnt.

Empirische Forschung; Meinungsumfrage; Jugendkriminalität; Rechtsextremistische Einstellung; Ostdeutschland; Thüringen; Jugendforschung; Gewaltbereitschaft; Fremdenfeindlichkeit; Erklärungsansatz

ID-nummer: 20021082

Rieker, Peter

Aktionsprogramme gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit - Überblick und Einschätzungen

Recht der Jugend und des Bildungswesens - RdJB, 2002, 1, S. 30-40
mit 10 QU

Von Zeit zu Zeit stehen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit - speziell dann, wenn sie bei Jugendlichen diagnostiziert werden - im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Neben repressiven Maßnahmen geht es dabei auch um die pädagogische Auseinandersetzung mit diesen Phänomenen. Bund, Länder und nicht-staatliche Initiativen haben eine Vielzahl von Programmen aufgelegt, so dass sich eine äußerst komplexe Programmlandschaft herausgebildet hat. Zu den speziellen Ausprägungen und Anforderungen sowie den Verzahnungen mit anderen Maßnahmen soll ein Ausblick gegeben werden. Im Vordergrund steht dabei die Frage nach dem Beitrag der einzelnen Programme zur Weiterentwicklung der pädagogischen Arbeit auf diesem Feld. Zwischenzeitlich liegen erste Erfahrungen und Einschätzungen zu den einzelnen Aktionsprogrammen vor. Mittel- und langfristig müssen sich die aktuellen Förderprogramme daran messen lassen, wie weit sie in der Lage sind, der pädagogischen Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit neue Impulse zu geben und fachliche Standards auf Grundlage der bestehenden Erfahrungen weiterzuentwickeln. Thematische Schwerpunkte dieser pädagogischen Auseinandersetzung sind die politische Bildung, die Beziehungsarbeit sowie geschlechterdifferenzierte und geschlechtsspezifische Arbeitsformen. Dringend voranzutreibende Querschnittsaufgaben in diesen Themenfeldern sind die Qualifikation der eingesetzten Kräfte sowie die Optimierung der Dokumentation und Evaluation der Programme.

Rechtsextremismus; Fremdenfeindlichkeit; Jugendlicher; Politische Bildung; Aktionsprogramm

ID-nummer: 20021081

Bromba, Michael; Edelstein, Wolfgang

Ethnozentrismus und Rechtsextremismus im Jugendalter - Ursachen und Potential unter besonderer Berücksichtigung Ostdeutschlands

Recht der Jugend und des Bildungswesens - RdJB, 2002, 1, S. 21-29
mit 40 QU

Das Vorhandensein rechtsgerichteter und ausländerfeindlicher Einstellungen bei Jugendlichen und Jungerwachsenen hat insbesondere in Ostdeutschland spezielle Ursachen, auf die in diesem Beitrag detailliert eingegangen wird. Maßgebend hierfür sind die schwierige Phase der Identitätssuche nach der Wiedervereinigung Deutschlands, die u.a. durch Jugendarbeitslosigkeit, Sinnverlust schulischen Lernens sowie das Fehlen von kollektiver Orientierung erfahren wird. Hier könnte die Schule durch handlungsorientierte Wissensvermittlung, die dem Einzelnen Motivation, Begeisterung und Sinn vermittelt, einen wichtigen Beitrag leisten.

Schule; Rechtsextremismus; Jugendlicher; Jungerwachsener; Ostdeutschland;
Ausländerfeindlichkeit; Wertesystem; Lebenssituation; Kulturkonflikt; Heranwachsender;
Fremdenfeindlichkeit

Ziercke, Jörg

Rechtsextremismus; Der Rechtsextremismus in Deutschland aus polizeistategischer Sicht

Kriminalistik, 2002, 1, S. 17-22

Die statistische Erfassung des Rechtsextremismus durch die Polizei stand Ende der neunziger Jahre in der Kritik der Medienberichterstattung. Die Konsequenz daraus ist die Schaffung einer umfassenden Informationsbasis auf der Grundlage des Begriffes der "politisch motivierten Straftat", mit dem Ziel einer aussagekräftigeren Lagedarstellung im Aufgabenbereich des polizeilichen Staatsschutzes. Darüber hinaus spielt der sensible Umgang mit Opfern rechter Gewalt sowie das Bild der Polizei bei rechtsextremistischen Kundgebungen und Aufmärschen als Gradmesser der Professionalität in der öffentlichen Wahrnehmung eine immer größere Rolle. Professionalität bedeutet aber auch in diesem Zusammenhang, dass die Polizei Demonstrationen gegen rechte Gewalt angemessen bewältigt. Das polizeistategische Konzept gegen Rechtsextremismus stellt für die Führungskräfte der Polizei eine intellektuelle Herausforderung dar. Eine adäquate Aus- und Fortbildung ist unabdingbar. Das Internet ist ein wichtiges Medium zur Verbreitung rechtsextremistischen Gedankengutes. Im Rahmen der europaweiten Bekämpfung des Rechtsextremismus muss auf eine Harmonisierung der Strafvorschriften hingewirkt werden. Der gesamtgesellschaftliche Ansatz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit muss insbesondere unter Präventionsaspekten bei den Jugendlichen als wichtige Zielgruppe ansetzen.

Polizeistategie; Polizeiliches Handeln; Innenministerkonferenz; Rechtsextremismus; Fremdenfeindlichkeit; Politisch motivierte Straftat; Präventionsarbeit; Bekämpfungskonzept; Hassdelikt

Hopf, Wulf

Sozialwissenschaftliche Erklärungsansätze des Rechtsextremismus - eine Zwischenbilanz

Recht der Jugend und des Bildungswesens - RdJB, 2002, 1, S. 6-20
mit 46 QU

Leistungen und Grenzend der gängigen sozialwissenschaftlichen Erklärungsansätze zum Problemfeld des Rechtsextremismus werden dargestellt und einer knappen Kritik unterzogen. Die veränderte Forschungslage seit der bahnbrechenden SINUS-Studie (1980) wird skizziert und vor dem Hintergrund des eingetretenen politisch-gesellschaftlichen Wandels diskutiert. Der Autor fordert eine klare analytische Unterscheidung von drei Bezugsebenen ein: neben dem biographischen Bezugspunkt die Interaktionsebene im Gruppengeschehen sowie die gesellschaftlich-historische Dimension. Auf die verschiedenen Fragestellungen, die im Kontext unterschiedlicher Disziplinen, Methoden und Forschungstraditionen entwickelt wurden, wird eingegangen. Dabei erfahren die Forschungen zur rechtsextremen Einstellung und ihr Bezug zum familiären Umfeld eine breite Würdigung, wobei das klassische Konzept der "Authorian Personality" (Adorno et.al. 1950) eine differenzierte Reformulierung erfährt. Die Konzeptionen des Verhältnisses von Einstellungen und realem Verhalten werden am Beispiel des interaktionistischen Ansatzes von Willems und Eckert (1988 u.ö.) diskutiert und als defizitär kritisiert. Als problematisch in ihrem Anspruch erscheinen auch die gesellschaftsgeschichtlichen Erklärungsversuche. Die vor allem von Heitmeyer (1987 u.ö.) vertretene Variante der Individualisierungsthese wird als Forschungsprogramm positiv gewertet, ihr tatsächlicher explanativer Wert jedoch in Frage gestellt. Vor allem das Fehlen empirischer Befunde in Form systematischer Zeitreihen wird als Manko beklagt. Die Stringenz der Individualisierungsthese wird im Hinblick auf die Ebene der Gesellschaft bestritten, ihr möglicher Wert allerdings für die Ebene des Individuums vermutet. Der weiteren Forschung wird angeraten, die möglichen Antworten zum Problem "Rechtsextremismus" immer im Blick auf die jeweilige Erklärungsebene zu überprüfen.

Gewaltursache; Kriminalitätsursache; Rechtsextremismus; Forschungsmethode; Soziologische Theorie; Sozialpsychologie; Sozialisation; Familienstruktur; Kriminalitätstheorie; Jugendlischer; Fremdenfeindlichkeit

Bjorgo, Tore

Themenschwerpunkt "Rechtsextremismus"; Rassistische Gruppen - Die Anwerbung reduzieren und den Ausstieg fördern

Journal für Konflikt- und Gewaltforschung, 2002, 1, S. 5-31
mit 2 TAF, 12 QU

Auch in Norwegen stellt sich das Problem, wie den Aktivitäten neonazistischer und anderer rechtsextremer Gruppierungen entgegen getreten werden kann. Hierzu wird die Naziszene in Norwegen, ihre Organisation und Struktur beschrieben und hinterfragt, wie auf die Gruppengröße und Laufbahnmuster in der neonazistischen und rassistischen Jugendszene Einfluss genommen werden kann. Es werden einige Fakten und Prozesse beschrieben, die junge Menschen in rassistischen Gruppierungen führen, was sie dazu motiviert, schließlich wieder auszusteigen, aber auch, was sie am Ausstieg hindert.

Die meisten dieser Faktoren können durch bewusste Intervention beeinflusst werden. An dem Projekt "Aktionsplan Brumunddal" werden Erfahrungen und Folgerungen wiedergegeben als es Anfang und Mitte der 90 er Jahre in mehreren Ortschaften in Norwegen ernsthafte Probleme mit fremdenfeindlicher Gewalt und rassistischen Jugendgruppen gab. Folgeeinrichtungen sind der "Interdisziplinäre Beratungsdienst für lokale Aktionen gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit" sowie das "Projekt Exit - Ausstieg aus gewalttätigen Jugendgruppen", dessen Zielsetzung und Methoden (Elternnetzwerke, das strukturierte Problemgespräch zwischen Jugendlichen, Eltern und Experten und das in Schweden entwickelte Fünf-Phasen-Programm) ausführlich beschrieben werden.

Rechtsextremismus; Rechtsextreme Gruppierung; Neonazistische Gruppe; Jugendlicher; Jugendszene; Empirische Forschung; Schweden; Norwegen; Projekt

Scheffler, Sonja

**Selbstverständnis und Zielsetzung der bedeutendsten rechtsextremistischen Jugendorganisation
- die "JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN" (JN)**

Beiträge zur inneren Sicherheit,
Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus. Internationalität, Paradigmenwechsel, Jugend- und
Kampagnenarbeit, Homosexualität, 2001, Bd 14, S. 113-169
mit 33 QU, 9 BILD, 1 TAF

Ausgehend von Erfahrungen in der Jugendarbeit im Land Brandenburg wird der Versuch unternommen, die Ideologie der "Jungen Nationaldemokraten" überblicksmäßig darzustellen. Die Geschichte der Organisation seit 1969 und ihr Verhältnis zur Mutterpartei NPD wird beschrieben und ihre Rolle als Nahtstelle zwischen neonazistischem und rechtsextremistischem Spektrum in den letzten drei Jahrzehnten aufgewiesen. Die gegenwärtige Struktur wird als weltanschaulich geschlossene Jugendbewegung mit stark ausgeprägten kaderhaft-hierarchischem Gepräge charakterisiert. Auf die beiden zentralen Publikationen "Der Aktivist" und "Einheit und Kampf" wird knapp eingegangen. Die Programmatik der JN basiert auf der Vorstellungswelt eines dritten Weges zwischen Kapitalismus und Kommunismus, der als "Nationalismus mit Zügen eines völkischen Kollektivismus" beschrieben werden kann. Rassismus und Xenophobie - "Ethnopluralismus" in der Terminologie der JN - folgen aus dieser Grundeinstellung zwingend. Gegen Artikel 20 GG und 79 Abs. 3 GG wird für einen Einheitsstaat plädiert, der als Systemalternative aufgefasst wird. Neben dem Führerprinzip zielen die JN auf die Wiederherstellung eines Deutschen Reiches in den Grenzen der nationalsozialistischen Expansion. Neben einem völkisch interpretierten Umweltschutz wird eine "sozialistische" Wirtschaftsordnung angestrebt. Auf den Begriff des "politischen Soldaten" wird eingegangen und die Aktivitäten für eine nationalistische Gemeinschaft mit anderen nationalen Bewegungen Europas beschrieben. Die Auseinandersetzung mit dem NS-System bewegt sich im Rahmen des Geschichtsrevisionismus, der die Untaten des Regimes als vernachlässigbar marginalisiert. Abschließend wird eine bis in die Begrifflichkeit gehende Parallele zur NS - Ideologie aufgezeigt. Die politische Wirkung des Verbandes wird gering bewertet, was eine erneute Resonanz der NPD als Protestwählerpartei nicht ausschließt.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Organisation; Ideologie; Nationalismus;
Nationalsozialismus; Organisationsstruktur; Zielsetzung; Politische Motivation;
Verfassungsfeindlichkeit; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Jugendorganisation

ID-nummer: 20041350

Simon, Marc

Rechtsextremismus in Schweden; Die Bedrohung der Demokratie im politisch - gesellschaftlichen Kräftefeld

Beiträge zur inneren Sicherheit,
Aktuelle Aspekte des Rechtsextremismus. Internationalität, Paradigmenwechsel, Jugend- und Kampagnenarbeit, Homosexualität, 2001, Bd 14, S. 13-52
mit 1 BILD, 37 QU

Der Verfasser gibt ein aktuelles Lagebild über den schwedischen Rechtsextremismus. Er beschreibt die Binnenentwicklung mit spektakulären und äußerst brutalen Gewalttaten sowie die Ausbreitung menschenverachtender Ideologie unter einem verschwindend geringen Teil der jugendlichen Bevölkerung Schwedens. Er gibt Hintergrundinformationen über die einzelnen Gruppierungen und ihre internationalen Verbindungen, und er erläutert die politisch-sozialen Ursachen der Entwicklung

Rechtsextreme Gruppierung; Rechtsextremismus; Neonazismus; Lagebild; Ursachenanalyse; Schweden

ID-nummer: 20020108

Krafeld, Franz Josef

Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen - eine Bilanz

Unsere Jugend, 2001, 12, S. 507-514
mit 5 QU

Das Konzept einer "Akzeptierenden Jugendarbeit" ist seit den fremdenfeindlichen Ausschreitungen 1991 in der früheren DDR als pädagogisches Instrument zur Bewältigung des Umgangs mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen verstärkt propagiert worden. Gegen den in der Öffentlichkeit vorherrschenden Eindruck, dass diese Form der Jugendarbeit gescheitert sei, werden differenzierende Einwände geltend gemacht. Die Grundlage des Konzepts wird referiert und auf die Problematik der emotionalen persönlichen Nähe der Pädagogen zu einer Form der Jugendszene hingewiesen, die eine in der Sache distanzierende Grenzziehung erfordere. Die Schwächen des "Aktionsprogramms der Bundesregierung gegen Aggression und Gewalt" von 1992 werden benannt und die ausreichende politische wie pädagogische Sensibilität der Mitarbeiter kritisch eingeschätzt. Der Begriff "Akzeptanz" wird als Scheinbegriff problematisiert und dagegen eine Konzeption von "gerechtigkeitsorientierter Jugendarbeit" in die Diskussion gebracht. Die selbstkritische Befragung der Verhältnisse in der deutschen Alltagswelt sollte an die Stelle einer bloß moralisierenden Abwehr rechtsextremistischen Gedankenguts treten.

Jugendarbeit; Sozialarbeit; Rechtsextremismus; Ostdeutschland; Jugendgruppe; Akzeptanz; Sozialpädagogik

Knape, Michael

Polizeiliche Lagebewältigung im Zusammenhang mit Demonstrationen rechtsextremer Gruppen

Polizeispiegel, 2001, 10, S. 217-224; 11, S. 239-248
mit 110 QU

Rechtsextremistische Versammlung sind politisch wie gesellschaftlich unerwünscht und schaden dem Ansehen der Bundesrepublik Deutschland in der Weltöffentlichkeit. Der Verfasser erörtert umfassend und unter Berücksichtigung der Rechtssprechung die aktuelle Problematik der rechtsextremistischen Versammlungen und Demonstrationen. Das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit ist für ein freiheitlich demokratisches Gemeinwesen konstituierend und wurde als Instrument der streitbaren Demokratie zur Verfügung gestellt. Es lässt sich auch im Umgang mit rechtsextremistischen Versammlungen und Demonstrationen nicht auf ein politisch gewünschtes Maß reduzieren. Ob das den Polizeikräften zur Zeit zur Verfügung stehende Eingriffsinstrumentarium ausreicht muss differenzierend diskutiert werden. Problematisch erscheint insbesondere aber nicht die Anwendung des versammlungsrechtlichen Eingriffsinstrumentarium, sondern vielmehr dessen Reichweite im Einzelfall. So sollte eine enge Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft vor und während eines Einsatzes und die Beratung durch einen Volljuristen dem verantwortlichen Polizeiführer den Rücken freihalten. Aber auch § 15 Abs. 1 VersG bietet wirkungsvolle Beschränkungsmöglichkeiten, wobei zahlreiche Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts belegen, dass Präventivverbote rechtsextremistischer Veranstaltungen ultima ratio sind.

Demokratie; Öffentliche Ordnung; Ordnungsrecht; Rechtsextremismus; Polizeiliches Eingreifen; Polizeiliches Handeln; Versammlungsfreiheit; Versammlungsrecht; Uniformverbot; Polizeirecht; Demonstrationsfreiheit; Gegendemonstration

ID-nummer: 20011999

Dahm, Volker

Freibrief für Rechtsextremisten?; Zur gegenwärtigen Rechtsprechung bei öffentlicher Verwendung von "Kennzeichen" nationalsozialistischer Organisation

Deutsche Richterzeitung - DRiZ, 2001, 9, S. 404-415
mit 1 TAF, 22 QU

Der § 86 a StGB hat eine lange Geschichte und unterlag immer wieder Veränderungen. So wurde beispielsweise dem Versuch den Tatbestand der Verfälschungen von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen zu umgehen, mit Einführung des § 86 a StGB Rechnung getragen. In den letzten Jahren standen insbesondere die Armdreiecke der Hitler-Jugend und des Bundes Deutscher Mädel mit ihrem spezifischen Erscheinungsbild und nationalsozialistischem Hintergrund in der Diskussion. So liegt ein Historikergutachten vor, das beschreibt, dass das Dreieck als solches keine Symbolfunktion im Kontext der NS-Ideologie gehabt hätte. Insbesondere fehlen die Symbole, die damals und im Bewusstsein der Nachwelt mit der äußeren Selbstdarstellung des Nationalsozialismus und seiner Ideologie in Verbindung gebracht wurden und werden (z.B. Hakenkreuz). Mittlerweile liegt unterschiedliche Rechtsprechung zum Tragen dieser Symbole vor, wobei sich ein Teil der Gerichte auf das o.g. Gutachten bezieht. In den Urteilen wird auch auf die Wahrnehmung des unbefangenen Dritten in Bezug auf die Kennzeichen abgestellt. Der Autor unterzieht sowohl die Urteile als auch das Gutachten einer kritischen Betrachtung, wobei er die ursprüngliche Intention des Gesetzgebers und den Schutzzweck der Vorschrift in den Vordergrund stellt.

Historie; StGB P 86 a; Rechtsprechung; Kennzeichen; Kennzeichenverbot; Nationalsozialismus; Rechtsextremismus; Symbolfunktion; Rechtsanwendung

ID-nummer: 20011996

Neubacher, Frank

K(r)ampf gegen rechts?; Acht Einwände gegen populäre Irrtümer beim Vorgehen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Deutsche Richterzeitung - DRiZ, 2001, 9, S. 376-386
mit 1 TAB, 22 QU

Der Beitrag behandelt acht alltagstheoretische Positionen, die in der kriminalpolitischen Auseinandersetzung um Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Neonazismus anzutreffen sind und denen nach dem Stand der sozialwissenschaftlichen Erkenntnisse widersprochen werden muss: 1. Dramatische Zunahme rechtsextremistischer Straftaten. 2. Jugendlicher Rechtsextremismus stellt eine Reaktion auf Zuwanderung dar. 3. Es handelt sich um Protestverhalten von eher unpolitischen Jugendlichen. 4. Es handelt sich überwiegend um arbeitslose und desorientierte Jugendliche. 5. Parteiverbote bringen nichts. 6. Gegen rechts muss man mit (akzeptierender) Jugendarbeit vorgehen. 7. Die Justiz ist auf dem rechten Auge blind. 8. Die Politik muss das Strafrecht verschärfen.

Rechtsextremismus; Fremdenfeindlichkeit; Bekämpfungsstrategie; Neonazismus; Parteiverbot; Nationaldemokratische Partei Deutschlands; Strafzumessung; Strafverschärfung; Jugendarbeit; Jugendforschung; Ursachenanalyse; Maßnahmeauswirkung

ID-nummer: 20011994

Ostendorf, Heribert

Der Umgang des Gesetzgebers mit Extremismus

Deutsche Richterzeitung - DRiZ, 2001, 9, S. 364-370
mit 28 QU

Extremistische Straftaten richten sich nicht allein gegen Leib und Leben, gegen das Eigentum von Bürger, sondern auch gegen die Menschenrechte bestimmter Bürger, gegen die Gleichheit der Menschen, gegen das Gewaltmonopol des Staates. Derartige extremistische Straftaten können sowohl aus einer "rechten" als auch aus einer "linken" Gesinnung/Ideologie begangen werden. Zur Zeit werden gesetzgeberische Aktivitäten gegen rechtsextremistische Straftäter in einer Weise entwickelt, dass man schon von einer "Hochkonjunktur" sprechen kann. Die Möglichkeiten des Strafrechts zur Eindämmung von extremistischen Straftaten sind jedoch begrenzt, sie werden vielfach überschätzt. Und trotzdem muss die Strafjustiz ihre begrenzten Möglichkeiten nutzen. Solange die Strafe ein Steuerungselement in unserer Gesellschaft ist und als solche von den Bürgern erkannt wird, müssen zum Schutz der Mitmenschen, gerade der Schwachen, der Ausgegrenzten, konkret der Ausländer, der Asylbewerber, der Behinderten, der Obdachlosen, die Eingriffsmöglichkeiten genutzt werden.

Extremismus; Rechtsextremismus; Linksextremismus; Anti-Terror-Gesetz; Hassdelikt;
Rechtsgrundlage

ID-nummer: 20012017

Mletzko, Matthias

Gewaltdiskurse und Gewalthandeln militanter Szenen; Unterschiede am Beispiel "Antifa" und "Anti-Antifa" dargestellt; Der Bereich des gewaltbereiten Rechtsextremismus

Kriminalistik, 2001, 8-9, S. 543-548; 10, S. 639-644
mit 3 TAF, 31 QU

Neben fremdenfeindlich und rechtsextremistisch motiviertem Handeln hat sich - sozialwissenschaftlich kaum beachtet - die gewaltsame Bekämpfung des politische Gegners zu einem bemerkenswerten Aktionsfeld entwickelt. Vor diesem Hintergrund werden Konturen feindfixierter Gewalt militanter Szenen untersucht, d. h. Ausmaße und Qualitäten des gegnerfixierten Gewalthandelns, Eskalations- und Gewaltbegrenzungsinteressen. Es werden zunächst die Szene militanter autonomer Gruppen, dann die Szene militanter Rechtsextremisten im Vergleich untersucht.

Gewalttätigkeit; Rechtsextremismus; Gewaltbereitschaft; Politisch motivierte Straftat; Autonome Gruppe; Skinheads; Neonazistische Gruppe; Statistik; Gewaltkriminalität; Körperverletzung; Tötungsdelikt

ID-nummer: 20012030

Roetteken, Torsten von

Versammlungsfreiheit und Rechtsradikalismus

Kritische Justiz, 2001, 3, S. 330-337
mit 13 QU

Der Autor beschäftigt sich mit der Problematik des Versammlungsverbots von rechtsradikalen Aufzügen und Kundgebungen. Hierbei vertritt er die Ansicht, dass die Gerichte, insbesondere das Bundesverfassungsgericht, die Möglichkeiten des Grundgesetzes nicht ausschöpfen. Er stellt u. a. fest, dass Veranstaltungen Rechtsradikaler sich oftmals gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten. Dies ist ein bedeutendes Rechtsgut und kann nach Meinung des Autors unmittelbar zur Auslegung des Friedlichkeitsgebots des Art. 8 Abs. 1 GG herangezogen werden. Demnach sind Versammlungen wegen Ausrichtung gegen den öffentlichen Frieden im Innern wie nach außen hin unfriedlich, wenn sie gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind. In diesem Zusammenhang erläutert er auch das Verhältnis zwischen Art. 8 und 9 GG. Er beschreibt weiter, warum alleine schon das Anreizen zur Rassendiskriminierung dem Gedanken der Völkerverständigung zuwider läuft. Weiter führt er ein Urteil des Hessischen Staatsgerichtshofes vom 04.08.1950 an, in dem eine rechtsradikale Kundgebung mit Hinweis auf die Unvereinbarkeit mit dem Gedanken der Völkerverständigung verboten wurde. Er fordert abschließend bei entsprechenden Anmeldungen abzuklären, welche Ziele der Anmelder, sein Umfeld, die Teilnehmer, ihre organisatorischen Träger einschließlich der mit ihnen netzwerkartig verbundenen Personen und Organisationen verfolgen. Weiter ist festzustellen, welcher grundlegenden Weltanschauungen die Veranstaltung oder ihre prospektiven Teilnehmer verpflichtet sind.

Versammlungsverbot; Versammlungsfreiheit; Rechtsradikalismus; Rechtsextremismus; GG Art 8 Abs 1; GG Art 9 Abs 2; Unfriedliche demonstrative Aktion; Rechtsstaatlichkeit

ID-nummer: 20011567

Bacher, Johann

In welchen Lebensbereichen lernen Jugendliche Ausländerfeindlichkeit?; Ergebnisse einer Befragung bei Berufsschülern und Berufsschülerinnen

KZfSS, 2001, 2, S. 334-349
mit 7 TAB, 27 QU

Auszubildende werden in der Jugendforschung weitgehend vernachlässigt. Die wenigen Befunde zur Ausländerfeindlichkeit von Lehrlingen sind widersprüchlich. Ausgehend von diesem mangelhaften Erkenntnisstand untersucht der Beitrag auf der Grundlage einer Befragung von 374 Berufsschülern und Berufsschülerinnen in Nürnberg, in welchen Lebensbereichen (Familie, Freunde, Schule, Arbeitsplatz) Auszubildende ausländerfeindliche Einstellungen erlernen. Es ergeben sich deutliche Hinweise auf eine besondere Bedeutung von Familie und Freundeskreis.

Jugendforschung; Ausländerfeindlichkeit; Rechtsextremismus; Kontrolltheorie; Soziales Umfeld

Neidhardt, Klaus

Politisch motivierte Straftaten; Polizeiliche Bekämpfungsansätze gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Kriminalistik, 2001, 2, S. 93-99
mit 8 QU

Rechtsextremistische, fremdenfeindliche und antisemitische Straftaten sind eingebettet in ein gesellschaftliches Klima, haben u.a. ihre Basis in Einstellungen von Teilen der Bevölkerung und sind bei polizeilichen Konzepten zu berücksichtigen. Dazu gehört die anhaltende öffentliche Diskussion, z.B. um ein NPD-Verbot, Asyl- und Einwanderungspolitik. Zu diesem Thema gibt der Autor punktartig einen Überblick und vermittelt Hinweise auf polizeiliche Präventions- und Kontrollerfordernisse: z.B. Strategien könnten durch positiv definierte Ziele weitaus besser und dauerhafter sein, bei komplexen Problemen (Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit) seien tiefere Problemdiskussionen zu erfassen, um bei Ursachen anzusetzen, es bedürfe eines "gesamtgesellschaftlichen Ansatzes" (Lebensbedingungen, Bildung, Ausbildung, Berufs- und Lebenschancen). Jeder könne seinen Beitrag leisten, seien es staatliche oder kommunale Behörden, private Einrichtungen oder einzelne Bürger. Was genau ist die Rolle der Polizei? Was hat sie bisher getan? Diesen Fragen geht der Autor ausführlich nach und erläutert polizeiliche Bekämpfungsansätze und -strategien und insbesondere Präventivmaßnahmen von herausragender Bedeutung (Verunsicherung der Szene, Internet als Tatmittel) als auch gefahrenabwehrende Maßnahmen (rechtsextremistische Versammlungen) sowie Möglichkeiten effektiver Strafverfolgung. Opferaspekte müssten noch mehr Berücksichtigung finden. Im Bereich rechter Straftaten sei eine intensive Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Dienststellen erforderlich. Abschließend appelliert der Autor an das polizeiliche Alltagshandeln und die Bedeutung für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, wobei auch das Selbstverständnis der Kollegen und Kolleginnen stimmen müsse. Eine Streitkultur in der Polizei sei wünschenswert, die rechtsextreme und fremdenfeindliche Ansichten in die Schranken weise.

Politisch motivierte Straftat; Rechtsextremismus; Fremdenfeindlichkeit; Antisemitismus;
Bevölkerungseinstellung; Präventivmaßnahme; Polizeiaufgabe; Entstehungsbedingung;
Bekämpfungsstrategie

ID-nummer: 20020133

Wahl, Klaus; Gaßebner, Martina; Peucker, Christian

Fremdenfeindliche Straftäter; Von A wie "Alkohol" bis Z wie "Zecken klatschen"

Diskurs, 2001, 2, S. 9-15
mit 1 TAB, 1 BILD, 17 QU

Der Aufsatz fußt auf fünf Studien des Deutschen Jugendinstituts (teils in Zusammenarbeit mit den Universitäten München und Jena) über fremdenfeindliche Jugendliche und Straftäter. Üblicherweise hat die Forschung bislang ökonomische und idealistische Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Sozialmilieu, Wertefall usw. untersucht, d.h. späte Glieder in der Ursachenkette von Fremdenfeindlichkeit und Aggression. Dagegen interessieren sich die Studien des Deutschen Jugendinstituts mehr für die unbekannten Seiten des Phänomens, i.e. für die frühen oder tieferen Dimensionen der Motivation zu solchem Verhalten, insbesondere für die Rolle der Emotionen. Stichworte des Artikels sind unter anderem: Emotionen, Entwicklungspfade von Fremdenfeindlichkeit und Aggression, rechtsextreme Frauen, Geschlechtsbeziehungen in der rechtsextremen Szene, Jugendcliquen, Opfer und Fragen der Strafabschreckung.

Fremdenfeindlichkeit; Sozialforschung; Fremdenhass; Rechtsextremismus; Alkoholabhängigkeit; Gewalttat; Verhaltensmuster; Jugendbande; Soziales Milieu

ID-nummer: 20011566

Brauner-Orthen, Alice

Die "Neue Rechte" in Deutschland

Vorgänge, 2001, Bd 40, 2, Nr. 154, S. 119-126
mit 11 QU

Der Begriff "Neue Rechte" wird u.a. von Medien, deutschen Verfassungsschützern und Sozialwissenschaftlern recht unterschiedlich benutzt, und es wurde bislang nicht versucht, den Terminus eindeutig zu definieren. Die Schwierigkeiten resultieren vor allem daraus, dass es sich bei der "Neuen Rechten" um eine Vielzahl kaderförmiger Kleingruppen handelt, die sowohl rechtsextremistische als auch konservative Ideologieelemente vereinen. In dem Beitrag sollen unter dem Oberbegriff "Neue Rechte" jene intellektuellen Zirkel und publizistischen Organe subsumiert werden, die bemüht sind, die Ideen der Weimarer Konservativen Revolution aufzugreifen und daraus ein metapolitisches und programmatisches Konzept entwickeln. Ihre Ziele und Methoden sowie die Weiterentwicklung der intellektuellen Gruppen, Diskussionszirkel und Zeitschriftenprojekte und ihres Umfeldes - vor allem nach der politischen Wende 1989 - stehen im Mittelpunkt des Beitrags. Insbesondere geht der Autor auf die Ideologie der Konservativen Revolution und den biopolitischen Aspekt als ideologisches Programm ein, die die beiden wesentlichen Bausteine für die Identität der "Neuen Rechten" darstellen. Weiterhin stellt er thesenhaft Überlegungen und Untersuchungsergebnisse zum Einfluss der "Neuen Rechten" und den von ihr ausgehenden Gefahren zur Diskussion. Er kommt zu dem Schluss, dass die "Neuen Rechten" über keine abgeschlossene Ideologie verfügen, in ihrer Gesamtheit zu heterogen und somit nicht politikfähig sind. Dennoch sei es notwendig, die Entwicklung der "Neuen Rechten" in Zukunft zu beobachten.

Rechtsextremismus; Rechtsextremistische Organisation; Ideologie; Politische Meinung; Politik

Schad, Ute

**Jugend und Rechtsextremismus - Die gesellschaftspolitische Dimension von
Fremdenfeindlichkeit**

Diskurs, 2001, 1, S. 51-57
mit 5 BILD, 16 QU

Der Beitrag skizziert die gesellschaftspolitische Dimension von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus und setzt sich mit der Frage auseinander, ob diese Form der Gewalt unter der Perspektive eines "Jugendphänomens" analysiert werden kann. Die Verfasserin unterstreicht die Vielfalt und Uneinheitlichkeit im "rechten Spektrum" und beleuchtet die Defizite einer soziologisch-pädagogischen Betrachtungsweise, die als Desintegrationsansatz bekannt geworden ist. Gleichzeitig beschäftigt sich der Beitrag mit der Frage, warum sich sowohl gut integrierte soziale Gruppen als auch marginalisierte Gruppen auffällig für autoritäre Einstellungsmuster, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zeigen. Die Autorin plädiert für einen mehrdimensionalen Ansatz, der politische, historische, soziologische und psychologische Bezüge berücksichtigt und sich den politischen Herausforderungen rechtsextremer und fremdenfeindlicher Tendenzen stellt.

Rechtsextremismus; Jugendlicher; Rechtsextremistische Einstellung; Fremdenhass; Rassismus; Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Episodische Kriminalität; Gewaltbereitschaft; Entstehungsbedingung; Desintegrationsprozess; Autoritarismus; Machtausübung; Minderheit; Gesellschaftspolitik; Sozialstruktur

ID-nummer: 20010960

Farin, Klaus

Alles Rechtsextreme? Skins..., Glatzen... rechte Erscheinungsformen in Jugendkulturen

DVJJ-Journal, 2001, 1, S. 39-44
mit 6 QU

Studien zur Gewalt an Schulen belegen, dass über 90 % der Schüler nicht gewaltaktiv sind, d.h. diese 90 % spielen in der Medienberichterstattung - auch in der Aufmerksamkeit der Politik - in der Regel keine Rolle. Man spricht von über 400 Jugendkulturen in Deutschland, drunter sind nur sehr minoritär neonazistische oder überhaupt gewaltbereite Jugendszenen. Beim Thema "Rechtsextremismus" ist festzustellen, dass sich das Interesse von großen Teilen der Politik, der Medien, der Wissenschaft, der Pädagogik und der politischen Bildung immer wieder auf drei Aspekte und Thesen reduziert: 1. Rechtsextremismus erscheint vor allem als Jugendproblem, konzentriert sich 2. Vor allem in den neuen Bundesländern und er nimmt 3. Zu. Stimmt das eigentlich? Wie misst man "Rechtsextremismus"? Diesen Fragen geht der Autor nach und untersucht die Aussagekraft von Statistiken (Dunkelziffer - Interpretationsspielräume), in wie weit wird Rechtsextremismus als (Medien-)Geschäft instrumentalisiert, wie ist "Gewalt" zu messen? Ausführlich untersucht der Autor die Entwicklung der Skinheadszene, deren Mythos und Realität sowie die Wesensmerkmale der jungen rechtsextremen Szenen. Abschließend fordert er die Entwicklung und Förderung einer "Kultur der Zivilcourage". Der Begriff "Demokratie" soll mit praktisch anwendbaren und erfahrbaren Inhalten gefüllt werden. Der Abbau von autoritären Strukturen und Ideologiefragmenten ist nicht als Aufgabe der Jugend in erster Linie zu sehen, sondern eher Aufgabe der älteren Generationen. Diese tragen als erwachsene Vorbilder nicht nur eine besondere Verantwortung, sondern sitzen auch an der Schaltstelle der Macht.

Rechtsextremismus; Skinheads; Gewaltbereitschaft; Jugendkultur; Jugendlicher; Erscheinungsform; Jugendsubkultur; Gesellschaftsstruktur

ID-nummer: 20010393

Schneider, Hans Joachim

Politische Kriminalität - Hassverbrechen; Fremdenfeindlichkeit im internationalen Kontext

Kriminalistik, 2001, 1, S. 21-28
Politisch motivierte Kriminalität - Entstehungsbedingungen, Erklärungsansätze [Seminar], Münster; BR Deutschland, 2000 [04.09.]
mit 52 QU

Rechtsextremistische, rassistische und fremdenfeindliche Gewalt sind seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts aktuelle Probleme, die die demokratisch-rechtsstaatliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland schleichend zu gefährden drohen. Die pluralistischen Gesellschaften Europas und Nordamerikas leiden fast alle mehr oder weniger unter diesen Phänomenen, für die man international das kriminologische Konzept der Hassverbrechen entwickelt hat. Der Aufsatz gibt einen Überblick über Häufigkeit, Erscheinungsformen, Erklärungsansätze, Vorbeugung und Kontrolle dieser neuen kriminologischen Deliktskategorie im internationalen Kontext.

Staatsschutzkriminalität; Hassdelikt; Rechtsextremismus; Rassismus; Fremdenfeindlich motivierte Straftat; Organisierte Kriminalität

Weidenkaff, Ingo

Propaganda und Kommunikation; Rechtsextremistische und neonazistische Auftritte im Internet

Jugend & Gesellschaft, 2001, 1, S. 18-19
mit 2 BILD

Das Internet wird neben seiner Bedeutung als Agitationsforum verstärkt als Kommunikationsmittel der gewaltorientierten Szene eingesetzt. Die Zahl der von deutschen Rechtsextremisten - oft anonym über U.S.-amerikanische Internet-Server - betriebenen Homepages im World Wide Web hat sich nach Angaben des bundesdeutschen Verfassungsschutzes erhöht. Doch gemessen an der Zahl der Gesamtangebote im weltweiten Datennetz macht die rechtsextremistische Informationsarbeit via Internet bisher nur einen kleinen Teil aus. Dennoch besteht kein Grund zur Verharmlosung. Die derzeitige Situation der Internet-Landschaft, ihrer Anbieter und Nutzer im rechtsextremistischen Bereich, Chancen und Grenzen der Anonymität im Internet z.B. für politische Sympathiekundgebungen, Rekrutierung neuer Mitglieder, die Quantität extremistischer Linkverweise auf ganz bestimmte Internetseiten, die zunehmende Verbreitung von neonazistischer Musik über MP3-Dateien im Internet etc. werden dargestellt und diskutiert. Der Autor kommt zu dem Fazit, daß rassistische und neonazistische Auftritte im Internet trotz aller politischen und polizeilichen Bemühungen nicht verhindert werden können.

Propaganda; Kommunikationstechnologie; Kommunikationsmittel; Rechtsextremismus;
Neonazismus; Internet; Nationalsozialismus

Schindler, Friedmann; Glaser, Stefan

Rechtsextreme Jugendszene im Internet

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis - KJuG, 2001, 1, S. 15-17

Jugendschutz.net, die Zentralstelle der Länder für Jugendschutz im Internet, hat sich im letzten Jahr intensiv mit der rechtsextremen Jugendszene im Internet auseinandergesetzt. Ausgangspunkt für die Überlegung war, dass rassistische Propaganda vor allem dann potentiell jugendgefährdend wirkt, wenn die Sprache bewusst gesellschaftlich proaktiv, frech, betont jugendlich und oppositionell ist. Das Rechercheprojekt wurde von der Bundeszentrale für politische Bildung finanziert, die Ergebnisse der Untersuchung werden dargestellt: Demnach nutze die rechtsextreme Szene das Internet zur Kommunikation und Propaganda, wobei die Betreiber dieser Angebote sämtliche technische Möglichkeiten ausloten, um ihre Sites attraktiv zu gestalten (Flash-Animationen, Download von Sounddateien, Kommunikationsangebote). Generell spielt die Musik in der rechtsradikalen Szene eine bedeutende Rolle, z.B. ist "Faschorock" ein verbindendes Element in der neonazistischen Skinheadszenen - aggressive Sounds werden mit rassistischen Texten unterlegt. Neue technische Entwicklungen machen das World Wide Web zu einem attraktiven Medium sowohl für die Verbreitung neonazistischer Songs als auch, um rechtsextreme Spiele per Download zugänglich zu machen. Die Bildung rechtsextremer Spieleclans im Netz ist zu beobachten. Ebenso präsentieren sich rechtsextreme, regional aktive Kameradschaften ("Thüringer Heimatschutz", "Siegener Bärensturm", "Nationaler Widerstand Württemberg"). Die Betreiber rechtsextremer Websites nutzen die Möglichkeit, ihre Angebote über Gästebücher und Foren zu vernetzen (Informationen, Termine, Neuigkeiten aus der rechtsextremen Szene). Abschließend werden Überlegungen angestellt, wie im Internet gegen Rechtsextremismus vorzugehen wäre, z.B. müsse man mit einem Grundbestand an rechtsextremen Websites leben; dies bedeute nicht, sich mit neonazistischen Angeboten im Netz zu arrangieren, sondern vielmehr Stellung im Internet zu beziehen und die argumentative Auseinandersetzung mit Neonazis zu suchen.

Rechtsextremismus; Internet; Jugendgefährdung; Propaganda

ID-nummer: 20010957

Walkenhorst, Philipp

Rechtsorientierte Jugendliche in Ost- und Westdeutschland; Erscheinungsformen und Ursachen

DVJJ-Journal, 2001, 1, S. 13-30
mit LITVZ S. 28-30

Seit langer Zeit wird über eine zunehmende Gewaltbereitschaft und -akzeptanz diskutiert. Primär werden die Gewaltbereitschaft, Fremdenfeindlichkeit, Extremismus sowie konkrete Gewaltanwendung von Kindern und Jugendlichen in den Vordergrund der Überlegungen gerückt. Oft wird der Eindruck erweckt, das Phänomen beschränkte sich auf eine, die junge Generation. Die Gewalt ist in der Tat vor allem Gewalt junger Männer. Der öffentliche Diskurs über rechtsextremistische Jugendgewalt entlastet jedoch Erwachsene im allgemeinen und wirtschaftliche und politische Eliten im besonderen nicht von ihrer Verantwortung für das Aufwachsen der jungen Menschen. Auf der politischen Ebene dürfen keinesfalls missverständliche, populistische Äußerungen von Politikern demokratischer Parteien ("Das Boot ist voll" usw.) einer Ausgrenzung und Gewalt rechtfertigenden Mentalität den Boden bereiten. Auf keinen Fall darf es bei bestimmten jungen Menschen zu dem verhängnisvollen Irrglauben kommen, sie seien nur der verlängerte Arm eines weiter verbreiteten "Volkszorns". Die Beschäftigung mit den Opfern rechtsextremistischer Bedrohung, gewalttätiger Übergriffe muss einen neuen, größeren Stellenwert in der theoretischen Diskussion, aber vor allem auch in der pädagogischen Praxis bekommen.

Kriminalphänomenologie; Gewaltursache; Heranwachsender; Rechtsextremismus; Jugendlicher; Ostdeutschland; Fremdenfeindlichkeit; Aggression; Nationalismus; Antisemitismus; Asylant; Gewaltbereitschaft; Ursachenforschung; Ausländerfeindlichkeit

ID-nummer: 20010956

Flad, Henning

Kleine Einführung in die Musik der militanten Rechten

DVJJ-Journal, 2001, 1, S. 11-13

Bei der Musik der Gruppen "Kraftschlag", "Landser", "Macht und Ehre", "Spreegeschwader" handelt es sich um das wichtigste Mittel zur Verbreitung nationalsozialistischer Propaganda unter Jugendlichen. Obwohl diese Musik von Fernsehen und Radio komplett boykottiert wird und die CD's in keinem normalen Plattenladen zu kaufen sind, machen diese den "namhaften" Bands zumindest unter männlichen Jugendlichen ernsthafte Konkurrenz. 1999 fanden in der Bundesrepublik mindestens 160 Konzerte der Szene statt. Die Qualität der Musik ist sehr schlecht. Dabei handelt es sich um abstoßenden Vernichtungsantisemitismus oder Gewalt gegenüber Gegner der Szene. Die Texte sind hochgradig ressentimentbeladen. Der Autor gibt einige Textpassagen wieder und bespricht diese kurz.

Musik; Gewaltverherrlichung; Musikszene; Musikgruppe; Neonazismus; Propaganda

ID-nummer: 20010730

Freise, Josef

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bei deutschen Jugendlichen; Überlegungen im Anschluss an die Shell-Studie "Jugend 2000"

Jugend & Gesellschaft, 2001, 1, S. 8-10
mit 3 BILD, 7 QU

Allgemeine Gesellschaftsanalysen zum Wertewandel werden heute zunehmend unter dem Stichwort der Individualisierung vorgenommen. Gesellschaftliche Werte und Normen sind nicht mehr fest vorgegeben, sondern müssen persönlich ausgewählt und angeeignet werden. Jugendliche sind nicht mehr auf familien- und schichtenspezifische Vorbilder des Erwachsenwerdens festgelegt. Sie wachsen nicht mehr in eine traditionelle Wertestruktur hinein, sondern basteln sich ihre eigene Biographie und den eigenen Wertekosmos zusammen. 77 % der Jugendlichen, meinen, den Menschen fehle heute ein richtiger Halt. Halt geben Eltern, Freunde, ein fester Arbeitsplatz und eine sichere Zukunftsperspektive. Dass dieser Halt oft fehlt, ist für die jüngste Shell-Studie "Jugend 2000" Hauptgrund für die wachsende fremdenfeindlichen Einstellungen, die sich in einem erschreckenden Maße in die Umfrageergebnissen widerspiegeln. Die Shellstudie zieht die Schlussfolgerungen: "Die Angst vor der eigenen Arbeits- und Chancenlosigkeit, die sich in der These von der Konkurrenz zu Asylanten und Ausländern, die zu zahlreich seien und einem deshalb die Stellen wegnähmen, niederschlägt" ist der eigentliche Motor für Ausländerfeindlichkeit.

Wertewandel; Fremdenfeindlichkeit; Rechtsextremismus; Jugendlicher; Ausländerfeindlichkeit; Asylant; Arbeitslosigkeit; Jugendsubkultur

ID-nummer: 20011050

Keupp, Heiner

Zivilgesellschaftliches Engagement - Das Rezept gegen Extremismus?

Kinder- und Jugendschutz in Wissenschaft und Praxis - KJuG, 2001, 1, S. 3-12
mit 19 QU

Im ersten Teil des Beitrags werden mögliche Ursachen und Deutungsmuster für die Zunahme von Gewalthandlungen bei Jugendlichen - auch anhand von Beispielen - aufgezeigt. Im zweiten Teil werden die Potenziale zivilgesellschaftlichen Engagements dargestellt und als eine grundlegende Möglichkeit der Prävention von Gewalt herausgearbeitet.

Erklärungsmodell; Gewaltbereitschaft; Fremdenfeindlichkeit; Jugendgewalt; Gewaltursache; Psychosozialogie; Rechtsextremistische Einstellung; Jugenderziehung